BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 5 Köln, 25. Mai 1959 Preis DM 1,50

Vierter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer - Reimar von Bonin
Ulrich W. Doering - Helmut Dörr
Josef Emonds - Hermann Etzel
Georg Groeninger - Walter Hagemann
Johannes Hessen - Hans Iwand
Yasushi Nishiwaki
Manfred Pahl-Rugenstein - Rudolf Pikola
Franz Rauhut - Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder - Renate Riemeck
Franz Paul Schneider - Ernst Schwarz
Katharina Seibert
Hermann Strathmann - Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen - Hans Wirtz
und anderen

Inhalt:

- *Dr. Achim von Borries, „Annäherung an die Realitäten"* S. 365
- *Prof. Dr. Renate Riemeck, „Wann geht es um Deutschland?"* S. 376
- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Von der nationalen Würde"* S. 379
- *Johannes Weidenheim, „An die Herren Militaristen"* S. 385
- *Oberbürgermeister i. R. Rob. Scholl, „Sie wissen nicht, was sie tun"* S. 388
- *Dr. Helmut Brandes, „Der Kanzler ging ..."* S. 393
- *Dr. med. Ernst Hass, „Der Geist von Solferino"* S. 399
- *Ludwig Ritter von Rudolph, „Die unbewältigte Vergangenheit"* S. 403
- *„Brief an meine Mutter in Japan"* S. 408
- *Hans Henny Jahnn, „Das Wort"* S. 411
- *Werner Hansen, „Die Volksbewegung gegen die Atombombe in Norwegen"* S. 417
- *Tian Olff, „Aktionsausschuß gegen deutsche Offiziere in Oslo"* S. 419
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 421

Dr. Achim von Borries

Annäherung an die Realitäten

Das Paket ist zu schwer

In zahlreichen Erklärungen hatte die sowjetische Regierung seit November vorigen Jahres ihre Vorstellungen über eine Lösung der Deutschland-Frage dargelegt (Friedensvertrag, Konföderation, Disengagement, Freie Stadt Westberlin) und auf eine Diskussion dieser Vorschläge gedrängt. Es ergab sich für die Westmächte daraus der heilsame Zwang, nach dem Zerfall so vieler Scheinpositionen aus den Jahren des „Kalten Krieges" nun ebenfalls ein konstruktives Deutschland-Programm auszuarbeiten, das den Gegebenheiten des Jahres 1959 Rechnung trägt. Als Ergebnis zahlreicher notdürftiger Kompromisse zwischen den heute

bereits sehr weit auseinandergehenden Konzeptionen der USA, Englands, Frankreichs und der Bundesregierung liegt nun in Genf dieser „neue" Deutschland-Plan des Westens vor. Fragt man danach, welche Möglichkeiten einer weltpolitischen Entspannung und einer Annäherung in der „deutschen Frage" er bietet, so muß die Antwort von dem sehr zwiespältigen Eindruck ausgehen, den dieses Verhandlungs-„Paket" hinterläßt. Es kann seine innere Widersprüchlichkeit nicht verleugnen, die eben auf jene wachsenden Gegensätze unter den Westmächten selbst und auf das Bedürfnis, diese Gegensätze aus konferenz-taktischen Gründen vorübergehend zu verdecken, zurückzuführen ist. Gewisse Fortschritte in der Richtung eines größeren Realismus sind unverkennbar. Aber ebensowenig läßt sich verkennen, daß diese positiven Ansätze durch die Gesamtkonzeption selbt vorläufig wieder entwertet werden. Denn in allen entscheidenden Fragen beharrt dieser Plan noch einmal auf den alten längst als irreal erwiesenen Positionen und Zielsetzungen. Der Fortschritt ist einzig darin zu sehen, daß dem Problem des Modus der Wiedervereinigung Deutschlands weit mehr als bisher Rechnung getragen wird. Das für die Sowjetunion vorläufig inakzeptable Postulat der „freien Wahlen" ist zwar nicht aufgegeben, aber doch zurückgestellt worden. Das heißt, der Westen fordert nicht mehr einfach die „mechanische" Wiedervereinigung durch den unmittelbaren Anschluß des heutigen Ostdeutschland an das heutige Westdeutschland. Der westliche Plan trägt dem (an dieser Stelle seit langem hervorgehobenen) Umstand endlich Rechnung, daß, wenn eine deutsche Wiedervereinigung überhaupt möglich sein soll, sie dann nur ein Wiedervereinigungs-Prozeß, eine Wiedervereinigung in Etappen sein kann, nicht ein einmaliger kurzfristiger Akt. Er sieht vier „Stufen" vor, und es ist in ihm ausdrücklich von „Jahren" die Rede, die dieser Prozeß in Anspruch nehmen soll. Die Problematik oder, entschiedener gesagt, die Unzulänglichkeit dieses Konzepts zeigt sich nun aber an der beinahe „perfektionistischen" (und doch eben überaus einseitigen) Art und Weise, wie hier jede dieser „Stufen" der Wiedervereinigung mit einer „Stufe" des Prozesses der militärpolitischen Entspannung verknüpft ist. Dabei kann nicht übersehen werden, daß das Sicherheits-Problem als solches hier zum erstenmal von westlicher Seite wirklich anerkannt wird: nämlich als Korrelat des Problems der Wiedervereinigung Deutschlands. Für alle europäischen Völker ist es eine Lebensfrage, in welchem Maße ein wiedervereinigtes Deutschland ihr elementares Sicherheitsinteresse unmittelbar oder mittelbar berührt. Aber gerade an diesem Punkt bleibt der Westen einmal mehr auch im Banne der Vorstellungen aus der Zeit des „Kalten Krieges". Mit einem Paradox ausgedrückt: wenn die Verbindung des Wiedervereinigungs- mit dem Sicherheits-Problem in diesem „Paket" prinzipiell ein wichtiger Fortschritt ist, so ist andererseits die starre Verbindung des Sicherheits-Problems mit dem Wiedervereinigungs-Problem eine schwere Hypothek, die jenen Fortschritt nahezu entwertet. Handelt es sich dabei doch nur um eine Erneuerung jenes alten, verhängnisvollen Junktims, das seit Jahr und Tag konstruktiven Deutschland-Verhandlungen im Wege steht (und nach dem Willen der Initiatoren Adenauer und de Gaulle heute abermals solche Verhandlungen blockieren soll). Mit anderen Worten: es ist längst erwiesen, daß diese Art von

Junktim von Sicherheits- und Wiedervereinigungs-Problem sowohl die unerläßliche militärpolitische Entspannung als auch den Anfang einer relativen deutschen Wiedervereinigung verhindert. Es geht dabei, vom deutschen Standpunkt aus, nicht um irreale Wünschbarkeiten und Maximal-Programme, sondern um die bescheidenen Möglichkeiten in der Wiedervereinigungs-Frage, die nach Lage der Dinge heute mit dringenden Erfordernissen in der Frage der Entspannung verbunden sind, aber derart, daß eine allseits befriedigende Lösung des Sicherheits-Problems die unerläßliche Voraussetzung ist für jede Art von Wiedervereinigung. Die entschiedene Antwort des sowjetischen Außenministers hat denn auch umgehend deutlich gemacht, wie völlig utopisch die Vorstellung ist, die Sowjetunion werde sich jenes vom Westen noch einmal (und man hat Grund zu sagen: wohl ein letztes Mal) postulierte Junktim aufdrängen lassen. Die Kontroverse um dies Kernstück des westlichen Verhandlungs-Paktes hat freilich den Vorteil, gerade der westlichen Öffentlichkeit abermals die absolute Irrealität dieser vor allem von Bundeskanzler Adenauer seit Jahren betriebenen Junktim- (und Stärke-)Politik vor Augen zu führen. — Aber der Widersprüche in diesem Plan sind noch andere. Auf der Stufe II des Wiedervereinigungs-Prozesses soll eine „Gesamtdeutsche Kommission" gebildet werden, deren Mitglieder von den Regierungen beider deutscher Staaten zu bestellen wären.*) Dieses erste interimistische gesamtdeutsche Organ trägt also dem Faktum der heutigen deutschen Zwei-Staatlichkeit Rechnung. Aber auch hier wieder ist der Fortschritt mit einer Auflage verknüpft, die ihn wieder aufhebt. Denn es wird zwar de facto anerkannt, daß es zwei deutsche Staaten, zwei deutsche Regierungen gibt (deren Außenminister ja heute schon beide in Genf anwesend sind): aber gleichzeitig wird verlangt, daß 25 westdeutschen nur 10 ostdeutsche Vertreter gegenüberstehen sollen; dieser Vorschlag geht dabei von den verschiedenen Bevölkerungs-Anteilen beider Staaten aus und setzt sich damit in offenen Widerspruch zu der eben noch anerkannten Tatsache, daß es sich um zwei Staaten handelt, die ungeachtet der Bevölkerungszahlen selbstverständlich den Anspruch auf Parität in irgendwelchen gemeinsamen Organen erheben werden. Nur unter dieser Voraussetzung der Parität könnte ein solcher Ausschuß für die Sowjetunion und die DDR von Interesse sein. Wir wiederholen: es geht dabei nicht um irgendwelche westdeutsche Wünschbarkeiten, sondern um die elementare politische Logik! Und wenn auch eine unmittelbare Majorisierung der Vertreter des einen Teiles Deutschlands durch die des anderen Teiles bei den Ausschuß-Beratungen über ein Wahlgesetz für Gesamtdeutschland durch den vorgeschlagenen Abstimmungs-Modus verhindert wird — die dann folgende Abstimmungs-Proze-

*) Ein interessantes Detail berichtete Die Welt vom 9. Mai: „Nach den Informationen der amerikanischen Zeitungen gilt der Verzicht auf die Wahl der Mitglieder einer gesamtdeutschen Kommission als Zugeständnis an Adenauer, der Besorgnisse über eine zu starke sozialdemokratische Vertretung geäußert habe". Westdeutsche „Demokratie" ... d. Verf.

dur und die schließenden Wahlen haben allzu offensichtlich keine andere Funktion als die (nur auf eine spätere Stufe verschobene, im Prinzip nach wie vor geforderte) Liquidation der DDR zugunsten der Bundesrepublik. Ist schon die Paritäts-Frage eine Grundsatz-Frage, deren negative Beantwortung den westlichen Plan von vornherein utopisch erscheinen läßt, so entwertet diese Zielsetzung ihn vollends und bestätigt, daß er doch nur eine letzte, verspätete Neuformulierung des alten Dulles-Adenauerschen Nato-Deutschland-Programmes darstellt. Es verwundert nicht mehr, daß aus diesen Wahlen eine „gesamtdeutsche Regierung" hervorgehen soll, der ausdrücklich „innen- und außenpolitische (d. h. also bündnispolitische) Entscheidungsfreiheit" zuerkannt wird, die also Gesamtdeutschland, nach den Erwartungen des Westens und dem Willen Dr. Adenauers, der Nato zuführen soll. Diese Regierung erst habe als Partner eines Friedensvertrages zu gelten!

An der Stelle der Forderung nach einer einmalig-kurzfristigen Liquidation der DDR ist also nur das Ansinnen an die Sowjets getreten, einer Liquidation „in Stufen" zuzustimmen, die einem Nato-gebundenen Gesamtdeutschland den Weg zu bereiten hätte... Nun, wenn irgendetwas heute als Prämisse jeder Deutschland-Politik des Westens feststehen muß, dann die Einsicht, daß die Sowjetunion vorerst gar keiner Preisgabe der DDR zustimmen wird und daß sie ein solches Ansinnen in jedem Fall als ein Symptom dafür wertet, daß der Westen nur den „Kalten Krieg" fortsetzen will, anstatt sich auf eine langfristige Koexistenz einzustellen, die mit der Zeit neuen konstruktiven Lösungen der heute offensichtlich noch unlösbaren Probleme den Weg bereiten kann. Ist es nicht ein letzter großer Widerspruch, daß der „neue" westliche Plan zwar einerseits den Zusammenhang des Sicherheits-Problems mit dem Wiedervereinigungs-Problem faktisch anerkennt, andererseits aber auch ausdrücklich an jener bündnispolitischen Entscheidungs-Freiheit einer gesamtdeutschen Regierung festhält, die die Skepsis gerade der ostdeutschen Völker gegenüber allen deutschen Wiedervereinigungs-Wünschen verewigen muß?

Die sowjetische Deutschland-Politik ist von dem nicht zuletzt durch Sicherheits-Erwägungen, aber auch durch grundsätzliche politische Überlegungen geleiteten Grundsatz geleitet, für die nächste Zeit immer von der Gegebenheit zweier deutscher Staaten auszugehen. Das weiß der Westen. Er kann darum nicht erwarten, daß sein alt-neues Maximal-Programm von der sowjetischen Regierung als Ganzes akzeptiert werden wird. Die sowjetische Konzeption schließt bekanntlich eine Annäherung der beiden deutschen Staaten nicht aus. Ebensowenig läßt sie — wie eine propagandistische Fehlinterpretation in Bonn es unterstellt, um jede solche Annäherung zu verhindern — eine primär offensive Absicht in der Deutschland-Frage erkennen. Außenminister Gromyko hat in Genf ausdrücklich erklärt, der von der Sowjetunion vorgeschlagene Friedensvertrag brauche nicht von „beiden deutschen Staaten" separat, sondern könne auch von einer Konföderation dieser beiden Staaten unterzeichnet werden. Das weist in die Richtung einer relativen Zwischen-Lösung des Wiedervereinigungs-Problems, wie sie im Moment allein vereinbar erscheint mit den unmittelbaren strategischen

und politischen Lebensinteressen aller Großmächte. Es ist nur nationalpolitische Torheit und Hochstapelei, wenn man in der Bundesrepublik glaubt, von diesen Gegebenheiten absehen zu können.

Mehr als eine gewisse Milderung der mit dem weltpolitischen Status quo in der Deutschland-Frage für die Deutschen verbundenen Schwierigkeiten ist vorerst also offensichtlich unmöglich. Eine solche aber setzt ernsthafte Kontakte zwischen den beiden deutschen Staaten selbst voraus. Von der sowjetischen Regierung eine einseitige Veränderung jenes Status quo zu ihren Ungunsten heute zu fordern (und ihr noch nicht einmal verbindliche Sicherheits-Garantien in bezug auf Gesamtdeutschland zu geben) ist unsinniger denn je. In alle entscheidenden Fragen im Rahmen des Gesamtproblems Wiedervereinigung stehen sich in Genf Ost und West weiter unversöhnlich gegenüber, wenn auch der Wille auf beiden Seiten zu erkennen ist, das Gespräch dennoch nicht einfach abzubrechen. Wie irreal das Junktim ist, auf das der Westen noch einmal pocht, haben wir bereits gesagt. Der Verhandlungs- und Entspannungs-Wille der Westmächte, einschließlich der Bundesrepublik, wird daran zu messen sein, wieweit er sich von dieser Konzeption löst, die jede Entspannung zu verhindern droht. Gewisse amerikanische Äußerungen der letzten Wochen deuten nun darauf hin, daß mit diesem Junktim zwar noch einmal das letzte Wort der verhängnisvollen alten Politik des Kalten Krieges gesprochen worden ist (die Initiatoren sitzen in Bonn und Paris), daß dieses Wort aber nicht mehr das letzte Wort der heutigen und erst recht nicht das Stichwort der künftigen amerikanischen Außenpolitik ist! Und es sind diese Anzeichen, die auch hinsichtlich des Ausganges der Genfer Konferenz zu einer gewissen Ermutigung Anlaß geben. Das „Paket" als Ganzes hat sich als zu schwer erwiesen. Aber — das „Aufschnüren" hat bereits begonnen!

Der Vorrang des Sicherheits-Problems

Im westlichen Lager setzt sich die Einsicht immer mehr durch, daß zwar eine befriedigende Gesamtlösung des Wiedervereinigungs-Problems vorläufig unmöglich, eine Lösung des Sicherheits-Problems aber unbedingt notwendig ist. Das elementare Lebensinteresse aller Völker verlangt heute gebieterisch die Preisgabe dieses Junktims, das doch immer nur dazu diente, Wiedervereinigung und Entspannung gleichzeitig zu verhindern, indem man sie gleichzeitig forderte! Das Genfer Paket ist nunmehr der Abgesang dieser Politik der Unwahrhaftigkeit. Ginge es freilich nach Bonn und Paris, so müßte der Westen ewig an ihr festhalten: denn Bonn und Paris können ihre national-egoistischen und großmanns-süchtigen Atomwaffen-Ambitionen nur befriedigen, wenn es zu keiner militärpolitischen Entspannung kommt. Sie sind auch die Hauptverantwortlichen für das irreale und nicht weniger willkürliche Junktim Berlin-Frage—Wiedervereinigung in der westlichen Deutschland-Konzeption. Aber auch diese Verknüpfung wird heute bereits von den USA (von Großbritannien ganz zu schweigen) in Zweifel gezogen. Vieles deutet darauf hin, daß die USA zu einer „interimistischen" Lösung des Berlin-Problems bereit sind und daß eine

solche sowohl die Aufhebung der von der Sowjetunion wiederholt angeprangerten westlichen Agenten-Zentralen in Westberlin wie auch die Anerkennung der Kontroll-Befugnisse der Organe der DDR an den Zufahrtsstraßen nach Berlin einschließen würde. Damit wäre nur den Gegebenheiten entsprochen, die der Westen allzulange einfach glaubte ableugnen zu können; ein solcher praktischer Realismus, der weder den Status Westberlins noch die Position der Westmächte in Deutschland gefährden würde, müßte bereits als Beitrag zu einer Politik der Entspannung-in-Etappen im deutschen Raume gelten. Das alles bedeutet aber, daß die Vereinigten Staaten sich immer entschiedener in Richtung auf eine de-facto-Anerkennung des Status quo in Deutschland bewegen und, entsprechend der Haltung Großbritanniens, zunächst einmal Anstrengungen machen, auf der Basis dieses Status quo das Sicherheits-Problem gewissen Lösungen näherzubringen. Washington hat nicht die Absicht, den Weg zur Gipfelkonferenz zu blockieren, an der vor allem Ministerpräsident C h r u s t s c h o w und Premierminister M a c M i l l a n interessiert sind. Aber es ist nicht nur aus solchen „taktischen", sondern auch aus grundsätzlichen weltpolitischen Gründen kompromißbereiter — als Bonn lieb sein kann. Wie man in den USA die Gesamtlage nach der ersten Konferenz-Phase einschätzt, berichtete am 21. Mai die Stuttgarter Zeitung aus New York: „Die bisherigen Manöver der ersten Phase laufen nach ü b e r e i n s t i m m e n d e r Ansicht sowohl der Washingtoner Regierungs-Kreise als auch der Pressekommentare auf einen erheblichen Prestigegewinn des Pankower Zonenregimes hinaus, das zwar nicht de jure, aber doch de facto hoffähig geworden ist... Die juristische Feinheit, warum die bundesrepublikanische Delegation in Genf nach außen nicht von Außenminister Brentano, sondern von Botschafter G r e w e geführt wird, stößt bereits bei amerikanischen Juristen auf totales Unverständnis... Offensichtlich ist man in den USA — wenn auch widerstrebend — dabei, einzusehen, daß man das Problem der Teilung Deutschlands nicht damit lösen kann, daß man die Existenz des abgetrennten Teils abstreitet". Diese rapide fortschreitende Emanzipation von der im Genfer „Deutschland-Paket" des Westens noch einmal fixierten Politik des Als-ob fand ihren wichtigsten Ausdruck in der Erklärung von Staatssekretär H e r t e r in Genf am 22. Mai: „Ich möchte deutlich festhalten, daß die Vereinigten Staaten n i c h t unwiderruflich die allgemeinen Abrüstungsmaßnahmen mit der Wiedervereinigung Deutschlands in Zusammenhang bringen. Wir sind bereit, die Verhandlungen über eine allgemeine Abrüstung in einem geeigneten Rahmen zu irgendeinem Zeitpunkt wieder aufzunehmen". *) Während sich die Bonner Delegation in Genf auf ein ebenso unfruchtbares wie lächerliches (um nicht zu sagen: beschämendes) Taktieren verlegt hat,

*) Herter hatte bereits am 18. Mai auf einer Pressekonferenz erklärt: weder die Bundesrepublik noch die DDR seien einzeln oder gemeinsam eine gesamtdeutsche Regierung oder befugt, einzeln oder gemeinsam für die völkerrechtlich fortbestehende Einheit Deutschlands zu handeln. Wie man es auch in Bonn drehen und wenden mag: der chimärische „gesamtdeutsche Anspruch" der Bundesregierung, der ohnehin niemals politisches Gewicht hatte, ist damit von dem mächtigsten Verbündeten der Bundesrepublik desavouiert.

beginnen die USA nunmehr, ihre weltpolitische Strategie zu modifizieren. Das Problem der allgemeinen Sicherheit, der Abrüstung, des Disengagement, vom deutschen Standpunkt aus gesehen also das Problem der unerläßlichen Voraussetzungen einer jeden Wiedervereinigung, rückt in den Vordergrund. Wenn die westdeutschen Einwände gegen jede Form von Disengagement bis vor kurzem einen nicht geringen Einfluß auf die Haltung auch der amerikanischen Regierung ausübten, so wird dieser Einfluß nun doch zusehends schwächer, obgleich die Macht der Interessengemeinschaft Pentagon-Nato-Hauptquartier-Bundesverteidigungsministerium auch jetzt nicht unterschätzt werden darf. Zu den Bedenken der besonnenen Politiker gegenüber dem ungehemmten Atomwaffen-Ehrgeiz der europäischen Nato-Mächte gesellen sich immer häufiger die Urteile unvoreingenommener namhafter militärischer Fachleute im Westen selbst, die für ein Disengagement plädieren, zumindest aber die These für absurd erklären, an der die Bonner Propaganda noch immer festhält: ein solches Disengagement bereite gewissermaßen einem militärischen „Untergang des Abendlandes" den Weg. Das Tabu, eine Anwesenheit amerikanischer Truppen in Deutschland sei „auf jeden Fall" für die Sicherheit Deutschlands unerläßlich, wurde Anfang Mai von keinem Geringeren als dem Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Europa, General Eddleman, durchbrochen, der vor Journalisten in Bonn die Ansicht äußerte, „absolut zwingende militärische Gründe gegen einen Rückzug der amerikanischen Streitkräfte hinter den Rhein bei einem entsprechenden Rückzug der Gegenseite sehe er nicht". Selbstverständlich proklamierte er damit nicht schon einen solchen Rückzug (über den zu entscheiden gar nicht in seine Kompetenzen fällt), aber er schließt ihn als „Möglichkeit" doch keineswegs aus und entkräftet damit alle Pseudo-Argumente der Bundesregierung gegen Verhandlungen über ein Disengagement in Mitteleuropa. Wir erinnern schließlich an die Aktivität des einflußreichen Senators Mansfield in der deutschen Frage, sowohl zugunsten von vermehrten Kontakten zwischen beiden deutschen Staaten, zugunsten einer deutschen Lösung des Berlin-Problems und schließlich zugunsten einer neuen amerikanischen strategischen Konzeption, die angesichts der ungeheuer gestiegenen Gefahr einer Kriegskatastrophe auf Grund ungeschlichteter weltpolitischer Gegensätze eine äußerst behutsame Politik der militärischen Entspannung vorbereiten sollte. Schon am 12. Februar wandte sich Mansfield in einer großen Rede im Senat dagegen, die gegenwärtigen militärischen Bindungen in Mitteleuropa für sakrosankt zu erklären: „Wir haben Erhöhungen des deutschen Militärbeitrages zur Nato in der Vergangenheit unter gewissen Umständen akzeptiert und ermutigt. Ich sehe nicht ein, daß wir unter anderen Umständen nicht auch Verringerungen dieses Beitrages akzeptieren und ermutigen können". *) Solche Einsichten bestimmen zwar noch nicht absolut die heutige amerikanische Deutschland-Politik, aber gerade unter dem Eindruck der Genfer Erfahrungen dürften sie sich weiter durchsetzen, einfach darum, weil sie den Realitäten nahekommen.

*) Wesentliche Teile der Rede hat am 23. April die Stuttgarter Zeitung wiedergegeben.

Und auch für die USA wird es nachgerade lebensgefährlich, diese Realitäten zu verkennen.

Gefährliche Begleitmusik

Daß die Wiedervereinigungs-Konzeptionen der Großmächte sich noch immer unversöhnlich gegenüberstehen und eine grundsätzliche Einigung über dies Problem vorerst ausgeschlossen scheint — dieses erste Genfer Zwischen-Ergebnis ist für die Deutschen schmerzlich. Aber es kann auch zu einer heilsamen Ernüchterung führen und damit eine deutsche Politik des Möglichen einleiten. Angesichts der Anwesenheit von Vertretern auch der DDR auf dieser Konferenz ist der irreale hochfahrende Bonner „gesamtdeutsche Anspruch" bereits einem peinlichen Katzenjammer und einer Taktik gewichen, die man nur noch als „geordneten Rückzug" bezeichnen kann. Zwar weicht die Bonner Delegation in Genf noch immer jedem Kontakt mit der Delegation der DDR aus und polemisiert gegen diese wie nur möglich (die hemmungslosen Beschimpfungen, die die Presse der DDR in den ersten Tagen der Konferenz auf die Vertreter des potentiellen Konföderations-Partners Bundesrepublik niederrasseln ließ, verraten freilich auch wenig politisches Fingerspitzen- und vollends kein nationales Taktgefühl) — aber sie dürfte sich bei diesem kläglichen Verhalten selbst darüber im klaren sein, daß ihre Position immer hoffnungsloser wird. Die regierungsfreundliche Frankfurter Allgemeine gab dem in Bonn herrschenden tiefen Unbehagen Ausdruck, wenn sie im 22. Mai schrieb: „Wer vor vier Jahren zu prophezeien gewagt hätte, ein Außenseiter Bolz werde sechs Bleistiftbreiten vom runden Tisch der Großmächte entfernt quasi mitverhandeln, wenn auch nur als eine Art unterbezahltes Double des sowjetischen Sprechers, wäre ausgelacht worden. Vielleicht lacht heute niemand mehr, wenn vorausgesagt wird, der Außenminister der „Zone" werde in der nächsten Konferenz über die „deutsche Frage" am runden Tisch sitzen wie jeder andere, sollte sich die Politik der Westmächte nicht ändern..." Nun, die Politik der Westmächte ändert sich — aber nicht etwa zugunsten der Bonner Politik des Kalten Krieges, wie wir gesehen haben. Der Katzenjammer ist, vom Standpunkt der bisherigen Adenauerschen Konzeption, deren völliges Fiasko die FAZ hier zugibt, nur allzu verständlich. Die Deutschen aber werden gut tun, sich von solcher Wehmut nach der „guten alten Zeit" des Kalten Krieges nicht mehr allzusehr beeindrucken zu lassen, sondern ihre Aufmerksamkeit nunmehr auf die Erfordernisse und die Möglichkeiten einer Entspannung einerseits, eines Kontaktes zwischen beiden deutschen Staaten andererseits zu richten. Es geht für uns darum, daß wir unseren Teil zu den unerläßlichen Voraussetzungen der „großen" Wiedervereinigung leisten, indem wir endlich alle Chancen der „kleinen" Wiedervereinigung wahrnehmen und die Unruhe-Herde in unserer eigenen Mitte ausschalten, die immer wieder das (leider berechtigte) Mißtrauen unserer Nachbarn gegen jede Wiedervereinigung erwecken.

Gerade die deutsche Nato- und Atomwaffen-Monomanie erweist sich immer häufiger als ein solcher Stein des internationalen Anstoßes, und längst nicht mehr nur im Osten, sondern auch bereits im Westen. Bonn provoziert dieses

Unbehagen durch seinen demonstrativen Nato-Eifer ausgerechnet im Augenblick der Genfer Konferenz. Die Raketen-Ausrüstung der Bundeswehr wird fortgesetzt. Am 7. Mai schloß die Bundesregierung (gleichzeitig mit Großbritannien, Holland, Griechenland und der Türkei) mit den USA ein Abkommen über den Austausch von Kern-Informationen. Und Anfang Mai sprach sich Dr. Adenauer in Cadenabbia mit besonderem Nachdruck für die Aufnahme des katholisch-autoritären Franco-Spanien in die Nato, die „Verteidigungsgemeinschaft" der „freien" Welt aus (daß er dabei ausgerechnet von den ebenfalls autoritären Regimes in Frankreich und der Türkei assistiert wird, erstaunt kaum) — ein Zeichen mehr dafür, daß der Kanzler mit verzweifelter Beflissenheit seine ausschließliche Nato-Politik fortzusetzen gewillt ist, auch wenn diese dabei die allerletzte ideologische Glaubwürdigkeit verliert. Es ist ein Spiel mit dem Feuer, wie die jüngste sowjetische Note an Bonn, die wiederum vor den militärpolitischen und politischen Folgen der westdeutschen Atomrüstung warnt, abermals zeigt. Gerade in einem Augenblick, wo ein überzeugender Beweis des deutschen Friedens-, Entspannungs- und Verhandlungs-Willens notwendiger ist denn je (und ohne jede Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik möglich ist), läßt die Bundesregierung es an jedem solchen Beweis guten Willens fehlen und gibt zu erkennen, daß ihr ein Scheitern der Genfer Konferenz im Grunde am liebsten ist ... Auch das Auftreten des bevollmächtigten Vertreters dieser Regierung im Genfer Konferenzsaal, Botschafter Grewe, bestätigt diesen Eindruck, erklärte dieser doch, daß er unter „Souveränität" der Bundesrepublik und Gesamtdeutschlands vor allem einen — Anspruch auf Atomwaffen verstehe ... Bedarf es noch einer Begründung der international verbreiteten Skepsis gegenüber solchen deutschen „Souveränitäts"-Aspirationen?

Zu dieser fragwürdigen deutschen Begleitmusik zur Genfer Konferenz gehört aber auch das demonstrative, stimmstarke und resolutionen-reiche Auftreten der sog. „Vertriebenen-Verbände" in der Bundesrepublik gerade in diesen Verhandlungs-Wochen. Es ist das Problem der deutschen Ostgrenzen, das hier einmal wieder propagandistisch ausgeschlachtet, für das nationalpolitische Problem Nr. 1 ausgegeben und nach wie vor gegen jeden vernünftigen Kompromiß mit den östlichen Nachbarn Deutschlands ins Feld geführt wird. Zwar hüten jene Verbände sich noch, offen eine Revision der Oder-Neiße-Grenze zu fordern, und betonen sogar immer wieder ihren „Gewaltverzicht". Faktisch laufen aber ihre Resolutionen auf nichts anderes als auf eine solche Forderung nach einer neuen Grenzverschiebung im Osten hinaus. Eine solche wird zur conditio sine qua non jeder Friedensregelung mit der Sowjetunion und mit Polen erklärt. Es wird allmählich zu einem Skandalon der deutschen Außen- und Innen-Politik, daß solche Gruppen eine gefährliche revisionistische Agitation ungestört treiben können, die durch keinen akuten Notstand gerechtfertigt ist (denn die übergroße Mehrheit aller Flüchtlinge ist längst wirtschaftlich integriert), einen an sich gutwilligen Bevölkerungs-Teil ständig in künstlicher Unruhe hält und schließlich die außenpolitische Vertrauenswürdigkeit der Bundesrepublik aufs schwerste schädigt! Die Bundesregierung stützt sich heute bei der Ablehnung

aller sowjetischen Friedensvertrags-Vorschläge und aller Entspannungs-Konzeptionen gerade auf diese Minderheiten, besser auf die ehrgeizigen professionellen „Flüchtlings-Politiker", die sich dieser Verbände als Machtinstrumente zu bedienen wissen. Die Minister Prof. Oberländer und Dr. Seebohm beteiligen sich an der Agitation mit Eifer. Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Krüger, ist Bundestagsabgeordneter der CDU. Was immer die Hintergedanken der Regierung bei diesem Bündnis gewesen sein mögen, heute bereits droht hier das Wort wahr zu werden: die Geister, die sie rief, die wird sie nicht mehr los ...

Ähnliches gilt von den sog. „Soldaten-Verbänden" und ihrem von Bonn geförderten, fragwürdigen Beitrag zur Erweckung des „Wehrwillens" in Westdeutschland. Geht es schon nicht an, daß solche Gruppen absolut unbelehrbarer nationalistischer und — das Wort ist hier leider am Platze — militaristischer Scharfmacher sich quasi zum Herrn des „gesamtdeutschen Schicksals" aufwerfen, so ist es beschämend, daß ihr Treiben auch noch die Unterstützung einer Regierung findet, die immer wieder ihren „Friedenswillen" und ihre „Verhandlungsbereitschaft" beteuert. All dem liegt einzig der grenzenlose parteipolitische Opportunismus zugrunde, der die Gemüter der Regierungspartei seit Jahr und Tag beherrscht. Daß diese Regierung bis heute eine klare, verbindliche, die östlichen Nachbarn Deutschlands wirklich überzeugende Grundsatzerklärung in der Frage der Ostgrenze versäumt hat und noch immer den lebensgefährlichen Illusionismus unterstützt, der den ehemaligen Flüchtlingen von ihren „Führern" unablässig suggeriert wird, ist eine ihrer größten staatspolitischen Unterlassungs-Sünden, die die Bundesrepublik immer teurer zu stehen kommen wird. Einzig und allein einige Politiker der Opposition haben bisher den Mut gehabt, das Unbequeme, aber einzig Realistische zu sagen: daß irgendein Ausgleich mit Polen und der Sowjetunion nur auf der Grundlage der Oder-Neiße-Grenze denkbar ist. Und daß der Frieden und die Entspannung heute dieses Opfer wert sind. Wenn an irgendeiner nationalpolitischen Frage, dann wird an dieser sich zeigen, ob das deutsche Volk wirklich reif ist zu einer Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit. Solange der revisionistischen Agitation in der Bundesrepublik Tür und Tor geöffnet ist, erscheinen die Aussichten auf eine solche Wiedervereinigung denkbar gering.

Der gesamtdeutsche Anspruch Bonns, das Postulat der bündnispolitischen Entscheidungs-Freiheit einer späteren gesamtdeutschen Regierung, die ungehemmte Atomwaffen-Politik und dieser latent nationalistische Revisionismus in der Grenz-Frage: diese heute unsinnigen und lebensgefährlichen Tendenzen der westdeutschen Politik blockieren in diesen Wochen der Genfer Konferenz noch immer den dringend notwendigen deutschen Beitrag zu Entspannung und Wiedervereinigung. Die ersten Wochen in Genf haben die Fronten geklärt. Nicht nur die Großmächte, auch die beiden deutschen Staaten wissen jetzt grundsätzlich, was für sie möglich und was unmöglich ist. Eine solche Erkenntnis ist die Voraussetzung jeder konstruktiven Politik. Es kommt nur darauf an, daß aus ihr auch die Konsequenzen gezogen werden. Den Großmächten gilt „Genf" zweifellos nur als ein

Anfang, als Auftakt einer Periode neuer umfassender Verhandlungen, deren Thema in erster Linie das Sicherheits-Problem in all seinen Aspekten sein wird. Durch eine Verständigung auf diesem Gebiet wird zweifellos auch die Wiedervereinigung Deutschlands, und zwar indirekt, gefördert, wird an dem Aufbau des Systems von Voraussetzungen für diese Wiedervereinigung gearbeitet, ohne das diese längst nicht mehr denkbar ist. Ob Genf nach diesem Prozeß der ersten unvermeidlichen Klärung der Standpunkte auch für die Deutschen unmittelbar zu einem Anfang wird, zum ersten Akt einer Annäherung der beiden deutschen Staaten: das wird sich einerseits an der Bereitschaft der Bundesrepublik, jenes irreale Wiedervereinigungs-Maximal-Programm endlich aufzugeben, die Atombewaffnung zu stoppen, die revisionistischen Tendenzen in die Schranken zu weisen und Verhandlungen mit der DDR aufzunehmen, entscheiden, und andererseits auch an dem loyalen nationalpolitischen Verhandlungs- und Kompromiß-Willen der ostdeutschen Regierung, den es endlich zu erproben gilt.

Prof. Dr. Renate Riemeck

Wann geht es um Deutschland?

Nur ein Geplänkel?

Rund oder eckig — das war hier die Frage. Er wurde rund, der Tisch. Es gibt kein Oben und Unten, kein Rechts und Links, soweit die Sitzordnung betroffen ist. Die Russen haben sich durchgesetzt. Zwar sind die Deutschen, entgegen dem sowjetischen Vorschlag, nicht in die Runde der vier „Großen" aufgenommen worden. Aber der Kreml hat doch erreicht, was er wollte. Es gelang ihm, die angeblich nicht existente DDR ins diplomatische Genfer Spiel zu bringen und auf eine Stufe mit der Bundesrepublik zu stellen. Gromyko überließ es daher der Bonner Regierung, die Höhe dieser Stufe zu bestimmen. Indem er vorschlug, die Viererkonferenz zu einem Sechsmächtetreffen zu erweitern, hatte er Bonn in eine Zwickmühle genommen. Die westdeutsche Delegation mußte gegen ihre eigene Zulassung als gleichberechtigter Partner stimmen und sich an einem Nebentisch niederlassen. Nur so konnte sie verhindern, daß die sogenannte „Sowjetzone" ihre de facto-Anerkennung als souveräner deutscher Staat bekam. Nicht zu verhindern freilich war, daß auch auf diese Weise die beiden deutschen Delegationen im Endergebnis eben doch gleichgestellt wurden: Im Genfer Konferenzsaal jedenfalls erhielten beide den gleichen Rang. Dadurch wurde ein Faktum geschaffen, das aller Voraussicht nach dem Auswärtigen Amt noch einige Schwierigkeiten bei der Aufrechterhaltung der Hallstein-Doktrin (es gibt nur einen deutschen Staat: die Bundesrepublik) bereiten wird.

So entstand gleich zu Beginn des Außenministertreffens eine recht prekäre Lage für die Bundesrepublik. Es bedurfte deshalb auch eines propagandistischen Seiltanzes, um diesen Sachverhalt vor der bundesdeutschen Öffentlichkeit zu korrigieren. Ganz verhüllen läßt er sich allerdings nicht. Und das Bild des Genfer Konferenzsaales, das durch die Weltpresse ging, wird bleiben: zwei deutsche Delegationen hinter ihren Schutzmächten sitzend; die Westdeutschen im Rücken der Amerikaner, die Ostdeutschen hinter den Russen — so wie es immer war und bleiben wird, wenn sich die Deutschen nicht untereinander verständigen.

Der Verlauf der Konferenz in ihrer ersten Phase läßt kaum einen Zweifel darüber, daß das Deutschlandproblem ohne eine sehr entschiedene deutsche Initiative ungelöst bleiben muß. Ein Volk, das sich nicht selbst aufgeben will, kann es nicht seinen Besiegern überlassen, seinen zerstückelten Staatskörper wieder zusammenzuflicken. Wir haben einen Krieg verschuldet und verloren. Als Folgen dieses historischen Vorganges haben wir nun den Verlust unserer staatlichen Einheit zu verzeichnen. Dürfen wir im Ernst erwarten, daß die Sieger des zweiten Weltkrieges diese Folgen rückgängig machen? Die Amerikaner machen amerikanische, die Engländer britische, die Franzosen französische, die Russen sowjetische Politik. Sie tun, was ihren Interessen dient. Deutsche Interessen können nur von Deutschen wahrgenommen werden. Der Verzicht Bonns auf eigene Vorschläge zur Überwindung der deutschen Spaltung mag den Wünschen des Westens entgegenkommen. Aber es erhebt sich die bange Frage, ob solch ein Verzicht in dieser für das deutsche Schicksal entscheidenden Stunde nicht ein Verzicht auf Deutschland ist. Wenn die Bonner Delegation hinter dem Rücken der Amerikaner sitzen bleibt, wird sich an dem Zustand der Zweiteilung Deutschlands nichts ändern. Die europäische Mitte bleibt ausgelöscht.

Schattenboxen

Im Verlaufe der Genfer Konferenz zeichnet sich bereits immer deutlicher ab, daß die Dispute über die Wiedervereinigung einem Schattenboxen gleichen. Die Sowjetunion hat den bereits im Januar veröffentlichten Friedensvertragsentwurf wieder vorgelegt. Er wird von Bonn in Übereinstimmung mit den Westmächten abgelehnt. Die Amerikaner haben das alte Junktim zwischen Wiedervereinigungs- und Abrüstungsphasen wieder hergestellt und als „Friedensplan" vorgetragen, der wiederum auf die Ablehnung der Sowjetunion stößt. Der „Friedensplan" bietet nach dem Urteil des „Daily Telegraph" der Sowjetunion „ein paar Zugeständnisse, an denen sie nicht interessiert ist". Das konservative englische Blatt ist deshalb der Auffassung, daß der Westen „in Wahrheit" gar nicht erst versucht, das „Paket" den Sowjets „zu verkaufen". Es dient in der Tat lediglich dazu, ein taktisches Manöver durchzuführen, das dem Westen gestattet, hinsichtlich der Wiedervereinigung sein Gesicht zu wahren. Darauf freilich muß es dem Westen ankommen. Die Sowjetunion hat in ihrem Friedensvertragsentwurf die Bedingungen genannt, unter denen sie bereit wäre, den in ihrem Machtbereich befindlichen Teil Deutschlands aus seinen Bindungen an das östliche Paktsystem zu entlassen. Die Bedingungen sind hart und zerstören die Illusionen, in denen sich die Mehrheit der Westdeutschen seit Jahren befand. Die sowjetischen Vorschläge vernichten die von der amtlichen Bonner Politik genährten Hoffnungen, daß die Wiedervereinigung als Ergebnis der einseitigen Parteinahme der Bundesrepublik für den Westen uns von selbst in den Schoß fällt. Die Politik der Stärke hat sich als Fehlschlag erwiesen. Die Spekulation, daß die Sowjetunion vor militärischem Druck zurückweichen würde, war falsch. Die Wiedervereinigung ist auf diesem Wege nicht erreicht worden. Sie ist nur zu erlangen, wenn zuvor die Frage des militärischen Status eines gesamtdeutschen Staatswesens geklärt ist. Gerade diese Frage aber klammert der Westen aus.

Er wahrt das Gesicht und legt seinen „Friedensplan" auf den Tisch. Er spricht darin von Wiedervereinigung und weiß doch, daß sie auf Grund seiner Vorschläge nicht kommen wird. Lassen wir ganz außer acht, weshalb die Sowjetunion das westliche „Paket" nicht in Empfang nehmen wird. Der „Friedensplan" ist auch bei nüchterner Betrachtung vom deutschen Standpunkt aus der Wiedervereinigung nicht dienlich. Denn wie ist eine Annäherung der beiden Teile Deutschlands in gemeinsamen Gremien denkbar, wenn nicht zuvor beide aus ihren Bindungen an den Westen bzw. Osten entlassen sind? Solange die beiden deutschen Staaten in den gegnerischen Lagern des West-Ost-Gegensatzes verankert sind, fehlen die Voraussetzungen für ein gemeinsames Denken, d. h. für eine gemeinsame Wirtschafts- und Außenpolitik. Die erwünschte Verständigung zwischen den Deutschen, die im Verlauf von nur zweieinhalb Jahren zu freien Wahlen führen soll, würde schon in den ersten Phasen der Wiedervereinigungsprozedur scheitern, und es fragt sich nur, welchen Deutschen letztlich der schwarze Peter für das Versagen zugespielt werden kann.

Walter Lippman, der bekannte amerikanische Publizist, hat schon vor Beginn der Außenministerkonferenz erklärt, daß die eigentliche Frage für den Westen nicht mehr die Wiedervereinigung ist, sondern ob man es sich jetzt schon leisten kann, dem deutschen Volk offen zu sagen, daß es endgültig auf die Wiedervereinigung verzichten muß.

Der „Friedensplan", den der amerikanische Außenminister Herter vorschlug, und den Couve de Murville heftig und Selwyn Lloyd gemessen verteidigte, ist vielleicht der letzte Versuch des Westens, auf der alten Linie zu operieren. Diese Linie, seit Jahren verfolgt, erleichterte es bisher dem Bundeskanzler, die Unvereinbarkeit von Integrationspolitik und Aufrüstung einerseits

und Wiedervereinigung andererseits übersehen zu lassen. Aber der Zeitpunkt dürfte nicht mehr fern sein, wo man westlicherseits den Deutschen raten wird, sich damit abzufinden, daß der eine Teil der Nation in Kleineuropa aufgeht und der andere sich endgültig in der slawischen Völkerfamilie beheimatet. Vorstellungen dieser Art sind bekanntlich ja sogar schon in einem mehr als regierungstreuen Publikationsorgan der Bundesrepublik geäußert worden.

Die Dispute um die Wiedervereinigung, die im Genfer Konferenzsaal geführt werden und für die Weltöffentlichkeit gesprochen sind, kreisen bereits um Probleme, die zu lösen der Westen längst als unmöglich betrachtet. Außerhalb des Palais des Nations, in den Villen und Hotels der Delegationen, finden die eigentlichen Gespräche statt. Sie bewegen sich um andere Fragen. Man weiß, daß vormittags die Ministertreffen stattfinden, deren Thematik sich erheblich von derjenigen der Rededuelle des Nachmittags unterscheidet. Die Wiedervereinigung spielt bei diesen Gesprächen offenbar keine Rolle. Es geht um den Berlin-Status und um Einzelfragen für ein Sicherheitsabkommen. Mit anderen Worten: Da sich der westdeutsche Beitrag zum Problem der Wiedervereinigung in einer Kritik am sowjetischen Friedensvertragsentwurf erschöpft hat, fassen die Großmächte den Status quo ins Auge, was offensichtlich von Anfang an beabsichtigt war.

Die zweite Genfer Konferenz

Für die Berlinfrage kann nur eine dauerhafte und befriedigende Lösung gefunden werden, wenn sie in den Zusammenhang einer deutschen Gesamtlösung, d. h. eines Friedensvertrages gestellt wird. Da die westlichen Regierungen aber glauben, daß der Abschluß eines Friedensvertrages nicht in ihrem Interesse ist (weil er nur um den Preis der militärischen Neutralität Gesamtdeutschlands zu haben wäre), müssen sie nach sogenannten „Übergangslösungen" für Berlin suchen. Das Berlin-Problem wird also bereits isoliert behandelt. Man scheint, Genfer Verlautbarungen zufolge, bei den inoffiziellen Ministertreffen darüber zu sprechen. Daß Christian Herter seinen sowjetischen Kollegen Gromyko zum Essen einlädt, gehört schon zum guten Ton. Es ist noch nicht lange her, da bereitete es einem amerikanischen Außenminister Kopfzerbrechen, ob er selbst am dritten Ort mit einem Sowjetmenschen zusammentreffen könne. Die Zeiten haben sich geändert. Es macht uns Mühe, diese Genfer West-Ost-Gespräche im kleinen Kreis als Fortschritte zu begrüßen, wenn man an die feindlichen deutschen Brüder und ihre Sondertische denkt. Denn diese Sondertische sind es, die es unmöglich machen, daß die deutschen Schicksalsfragen in würdiger Form von den Deutschen selber zu lösen versucht werden. Während die Berlinfrage zwischen Gromyko, Herter und Lloyd in Einzelgesprächen erörtert wird, beschäftigt sich Bonn hauptsächlich mit Kombinationen um die Kanzlernachfolge und Regierungsneubildung. Der Machtkampf zwischen dem scheidenden Bundeskanzler und seiner Fraktion ist ein Kampf für oder gegen die Vollendung der Integration Westdeutschlands in das Kleinsteuropa, das Dr. Adenauers politischer Leitstern war und ist. Dieser hartnäckige, mit allen taktischen Finessen geführte Kampf scheint wichtiger zu sein als das, was in Genf geschieht. Man scheint zu wissen, daß dort die Würfel schon gefallen sind. Das „Paket" des Westens hat alle Entwicklungsmöglichkeiten blockiert, die der Adenauerschen Integrationspolitik gefährlich werden könnten.

Aber die Dinge liegen nicht mehr ganz so einfach wie vor vier Jahren, als der bundesdeutsche Einspruch gegen eine militärisch verdünnte Zone (Eden-Plan) die Außenministerkonferenz lähmen und die Wiedervereinigungsverhandlungen auf unbestimmte Zeit vertagen konnte. Diesmal läuft neben den Viermächtebespre-

chungen eine zweite Konferenz in Genf: Die Beratungen der drei Atommächte über die Einstellung der Kernwaffenversuche gehen, unbeeinträchtigt von dem Geschehen im Völkerbundspalast, auch dann noch weiter, wenn die Erörterung der Deutschlandfrage auf den toten Punkt gekommen sein wird. Zwar ist durch die Bekanntgabe des amerikanischen Entschlusses, Großbritannien und Frankreich (!) bei der Entwicklung von Atomwaffen zu helfen, auch in dieser zweiten Genfer Konferenz für neuen Zündstoff gesorgt worden. Der Briefwechsel zwischen Eisenhower und Chrustschow deutet jedoch darauf hin, daß eine Einigung über das Verbot der Atombombenversuche auch dann noch den Weg zur Gipfelkonferenz öffnet, wenn das Außenministertreffen sich festgefahren haben sollte.

Die Entwicklung der modernen Kriegstechnik und ihre massenmörderischen Wirkungsmöglichkeiten setzen die alten Gepflogenheiten des kalten Krieges außer Kraft. Und während die Zeit, die einst diese Entwicklung heraufgeführt hat, über die veralteten Konzeptionen des Jahres 1950 längst hinweggegangen ist, und nun auch über uns und die Frage der Wiedervereinigung hinwegzugehen droht, sitzt der Bundesaußenminister in einer Villa am Genfer See, und sein Terminkalender bleibt viele Tage frei. Es heißt, daß er dann schon manchmal den Goldfischen im Teich zugeschaut habe und im Garten auf und abgegangen sei, weil das Haus — es stammt aus der Gründerzeit — so ungemütlich sei. Er konnte nicht verhindern, daß Dr. Lothar Bolz vor Botschafter Grewe das Wort erteilt bekam. Er wird auch nicht verhindern können, daß — trotz aller gegenteiligen Erklärungen — sich der Westen über kurz oder lang bereit findet, das „Paket" beiseite zu schieben und über Zonen begrenzter Rüstung, Sicherheitsmaßnahmen und die Berlinfrage separat zu verhandeln. Dr. von Brentano, so heißt es in einem Bericht, sei der veralteten Umgebung und der kalten Pracht seiner Genfer Unterkunft müde. Er wartet auf die Dinge, die da kommen sollen. Wir warten auch. Das ganze Volk wartet. Es fühlt sich nämlich in seiner Behausung ebenso wenig wohl wie Herr von Brentano in der seinen.

Prof. Dr. Walter Hagemann

Von der nationalen Würde

Es ist noch nicht lange her, da wurde in der Aula einer westdeutschen Universität über Möglichkeiten einer deutschen Konföderation diskutiert. Ein Student hielt dem Redner des Abends vor, daß eine Konföderation nur zwischen Gleichartigen möglich sei. Zwischen den beiden Teilen Deutschlands gebe es aber keine Gemeinsamkeit mehr. Redner: „Sie vergessen die Gemeinsamkeit einer tausendjährigen Kultur und Geschichte." Der Student: „Aber das sind doch Schlagworte aus der Mottenkiste!" Vor dreißig Jahren hätte eine solche Bemerkung flammende Proteste ausgelöst. Hier gab es kein Zischen, kaum Widerspruch. Höflich hörte man sich die Entgegnung des Referenten an. Der Student

war, wie sich später herausstellte, Mitglied einer Korporation, welche die Devise „Vaterland" in ihrem Wappen führt.

Dieser Vorfall erhellt blitzartig die deutsche Tragik. Deutschland ist nicht nur von der Landkarte verschwunden, es ist nicht nur militärisch und politisch ein Tummelplatz fremder Interessen geworden; Deutschland ist gestorben in den Herzen von Millionen von Deutschen, deren Väter einst für dieses Vaterland gekämpft und gelitten haben. Viele merken es nicht einmal, was mit ihnen geschehen ist. Aber die Fremden merken es. Sie sind es zwar gewöhnt, daß ihnen dieses Volk immer neue Rätsel aufgibt, sie mit immer neuen Eskapaden erschreckt. Aber ich habe noch keinen Ausländer getroffen, der begriffen hätte, daß das Volk Friedrichs II., Bismarcks und Hitlers, dessen Kraft und Machtwille seine Nachbarn erschreckte, zum nationalen Niemandsland geworden ist. Deshalb glauben manche Ausländer an eine besonders raffinierte deutsche Mimikri. Sie täuschen sich. Es ist die volle Wahrheit.

Das beginnt schon in der Welt der Begriffe. Einer jener Fälle, in denen man sich auf akademischem Boden mit Volk und Vaterland auseinandersetzte, war der Konflikt des Rektors der Wilhelmshavener Hochschule mit der örtlichen Studentenzeitung. Der Rektor warf den jungen Leuten vor, daß sie Volk und Vaterland verächtlich behandelt hätten. Für ihn wie für die ältere Generation hat das Vaterland seinen festen Platz im Weltbild des Staatsbürgers. Die Studenten sagten: „Niemand hat uns gelehrt, was das eigentlich ist: Vaterland." Niemand? Gibt es nicht Schulen, Universitäten, Korporationen, Schulungstage, Bundes- und Landeseinrichtungen zur Pflege von Kultur und Heimat? Dennoch, so scheint es, hat niemand den jungen Menschen sagen können, was ihr Vaterland ist. Welch ein erschütternder Vorwurf gegen die ältere Generation. Es wäre ungerecht, die Jugend anzuklagen, die ein Opfer unserer zerrissenen Zeit und Gesellschaft geworden ist. Die Schuld liegt bei uns Älteren, deren Sache es gewesen wäre, auch im Zusammenbruch aller Werte das Vaterland nicht zu verlieren.

Wie konnte es dahin kommen? Das deutsche Nationalgefühl hat den Sturz der Monarchie von 1918 heil überstanden, ja, es steigerte sich im Zeichen der Niederlagen zum leidenschaftlichen Aufbegehren. Hitler hat es meisterhaft verstanden, diese nationalen Gefühle gegen die Diktatbestimmungen von Versailles, gegen die Rassenfremden und die Novemberlinge anzustacheln. Er mißbrauchte zynisch diese Gefühle im Interesse seiner Machtgelüste. Schlimmer: Indem er sie in ihr Gegenteil umfälschte, führte er alle nationalen Begriffe ad absurdum. Deutschlands Grenzen? Hitler dehnte die Grenzen des „deutschen Lebensraumes" ins Maßlose; aus Bismarcks Reich wurde Großdeutschland, und dahinter tauchte bereits ein Größt-Deutschland auf. Das deutsche Volk? Zum deutschen Volk gehörten für Hitler nicht allein die Österreicher, die Sudetendeutschen, die Baltendeutschen; auch unter den Holländern, den Norwegern, ja bei den Polen suchten seine Beauftragten die Angehörigen der germanischen Rasse. Vaterlandsliebe? Hitlers Lehre forderte nicht allein die Einordnung des Einzelnen in sein Volk, er gab vielmehr die Parole aus: „Du bist nichts, Dein Volk ist alles"; er leitete daraus seinen Anspruch her, „im Namen des Volkes" den Deutschen seine diktatorische Willkürherrschaft aufzuzwingen. Noch eines tat er, was sich in schrecklicher Weise gegen das Volk kehren sollte: Er gab zwar die Parole von Blut und Boden aus, aber er ließ sich nicht davon abhalten, Hunderttausende von Volksdeutschen umzusiedeln und zugleich Millionen von Slawen zu vertreiben oder zu vernichten: Die größte Völkerwanderung aller Zeiten wurde im Namen der nationalen Konsolidierung ins Werk gesetzt. Und was taten weite nationale Kreise unseres Volkes? Sie griffen erst zögernd, dann bereitwillig diese Parole auf. Sie führten in der Verwaltung, in der Wehrmacht, in der SS beflissen die neuen

Richtlinien durch, die ihnen als Erfüllung der geheimsten alldeutschen Träume erschienen.

Wir wissen, wie es geendet hat. Mit der Völkerwanderung von 12 Millionen deutschen Flüchtlingen, mit der Amputierung und Expropriierung deutschen Bodens und mit der Herrschaft von vier fremden Besatzungssystemen über deutsches Land und Volk. Für Millionen von Menschen brach eine Welt von Illusionen zusammen. Sie flüchteten sich in das Wunschdenken oder in den Nihilismus. Schlimmer als das: Manche von ihnen verloren ihre letzte menschliche Würde, indem sie sich den Besatzern an den Hals warfen. Churchills erschreckendes Wort sollte sich bewahrheiten, daß man die Deutschen entweder an seiner Kehle oder zu seinen Füßen finde. Die würdelose Kriecherei und der blinde Gehorsam erreichten einen vorher nie gekannten Stand. Überhand nahmen Fremdtümelei und lächerliche Nachahmung, das Agententum und die Korruption. Nicht nur im großen grauen Heer der Existenz- und Heimatlosen, Männer wie Frauen, die in ihrer Not nach jedem Strohhalm griffen. Schlimmer war, daß auch in der neuen Führungsschicht, die sich für den Wiederaufbau zur Verfügung stellte, sich mancher nicht energisch genug fremden Zumutungen in den Weg stellte, auf die Gefahr hin, in Ungnade zu fallen. Vieles von dem, was im Nachkriegsdeutschland an Neuerungen eingeführt wurde, in Wirtschaft und Gesellschaft, in Verwaltung und Justiz, vor allem in der Sphäre der Machtverteilung, ist von fremden Weisungen maßgebend bestimmt worden und hat sich mit der „normativen Kraft des Faktischen" auch dort durchgesetzt, wo es keine Rechtsformen annahm.

So zerfiel die Nation oder was von ihr übriggeblieben war, nicht allein nach Klassen und Regionen, sondern auch nach den widersprechenden Wertvorstellungen, welche die Siegermächte uns präsentierten. War es in Westdeutschland die Lehre von der Dollar-Demokratie, so im östlichen Teil die Lehre Lenins. An die Stelle der nationalen Grundüberzeugungen trat ein Gemisch von unverdauten Vorstellungen, die in ihrer Summe das Vakuum der deutschen Seele nur notdürftig ausfüllten. Millionen wurden vom Evangelium des wirtschaftlichen Wohlstandes verführt, vom Zwang der sozialistischen Planung erfaßt. Wer aber nicht bereit war, in diesem allgemeinen Schicksal aufzugehen, für den hielt man neue Ideale bereit. Da die Nation für tot erklärt war, griff man in die Schatztruhe der Geschichte, um die übernationalen Bindungen des mittelalterlichen Kaisertums, des Karolingischen Reiches wieder wachzurufen. Die Propagandisten der abendländischen Heilslehre redeten den jungen Deutschen ein, daß das Zeitalter der Nationalstaaten zu Ende sei und daß es für die Völker keine höhere Aufgabe gebe, als in höheren Ordnungen aufzugehen. Man redete sich ein, daß die westlichen Völker den gleichen Wunschträumen nachhingen wie das deutsche Volk, daß sie bereit seien, sich einer europäischen Konföderation mit eigener Regierung, eigenem Parlament und einer eigenen Hauptstadt unterzuordnen. Coudenhove Kalergi's Paneuropa der zwanziger Jahre wurde aufgefrischt und umgefälscht in das Kleinsteuropa von 1950, Karls des Großen Reich sollte wiedererstehen in einer christlich-abendländischen Gesellschaftsordnung, unter der Autorität eines neuen Führers und mit dem Segen der Kirche. In zahlreichen Vorformen dieses Europa, wie der Montanunion, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, dem Euratom und anderen kommerziellen und militärischen Zweckgebilden begann dieses Europa Gestalt zu gewinnen. Die neuen Planungen traten an die Stelle der alten nationalen Ordnungsgebilde, die der Zeitensturm hinweggeschwemmt hatte.

Etwas anderes geschah östlich der Zonengrenzen. Hier hatten die Ideen der Besatzungsmacht nur schwer Eingang gefunden, denn die Bevölkerung war west-

lich-bürgerlich, nicht aber östlich-sozialistisch orientiert. Es war daher ein Vorgang von nicht zu unterschätzender Bedeutung, daß man den Deutschen der DDR außer dem Weltbild des Marxismus eine Aufwertung des nationalen Denkens nahebrachte, ähnlich jenem Weg der nationalen Selbstbesinnung, den die Sowjetunion unter Stalin durchgemacht hatte. Eine nationale Front mit einem Nationalrat wurde ins Leben gerufen, eine nationale Fahne und Hymne, Nationalpreise und nationale Traditionen wurden neu geschaffen, freilich unter sorgfältiger Ausklammerung jener preußisch-deutschen Traditionen, denen man die Hauptschuld an der deutschen Katastrophe beimaß. Und während man in der Bundesrepublik auf den Wonnepfühlen des Wirtschaftswunders sanft entschlummerte, hielt man drüben das Bewußtsein der nationalen Lebensgemeinschaft unter marxistischen Vorzeichen sorgfältig wach und wurde nicht müde, die Westdeutschen zu Gespräch und Verhandlungen über die Wiedervereinigung einzuladen. Während bis heute der Gedanke an die Wiedervereinigung bei der Mehrzahl der Menschen in der Bundesrepublik nur ein wehmütiges Achselzucken erweckte, ist dieser Gedanke drüben ständig wach und übt eine starke Integrationskraft auf die aus der gesamtdeutschen Gemeinschaft ausgestoßenen 17 Millionen.

Man muß sich diese verschiedene psychologische Situation vor Augen halten, um das widersprüchliche Verhalten der beiden deutschen Teilstaaten zu begreifen. Als aus der Tri-Zone unter amerikanischem Druck die Bundesrepublik entstand, folgte „Pankow" nur zögernd nach. Während in der Bundesrepublik die Wehrpflicht eingeführt wurde, beschränkte man sich in der DDR auf eine Freiwilligen-Armee. Bei jedem neuen Akt einer weiteren nationalen Verfremdung trafen in Bonn Unterhändler oder Noten ein, die eindringlich vor diesen Schritten warnten. Daß alle diese Appelle in Bonn taube Ohren fanden, ist freilich nicht nur mit Gedankenlosigkeit oder einem falschen Sicherheitsgefühl zu erklären. Der Blick nach Osten war den Westdeutschen verstellt durch die Mauer der Kommunistenfurcht, die seit über zwanzig Jahren mit allen Mitteln der Propaganda aufgerichtet und durch die Gewalttaten und Niederlagen im Gefolge des Dritten Reiches sogar scheinbar bestätigt worden waren. Der abendländische Kreuzzug gegen den „Weltbolschewismus" ist bereits seit 25 Jahren im Gange. Er vollzieht sich, ebenso wie auf der Gegenseite, mit dem vollen Aufgebot publizistischer Mittel, wissenschaftlicher Argumentationen, intensiver Agententätigkeit, Unruhen und Zwischenfällen. Die Abendländer träumen von einer neuen und letzten Runde um die Niederringung der bolschewistischen Weltgefahr. Das Zauberwort aber, das die Menschen in Bewegung setzt, heißt nicht etwa Großkapital oder Eigentum oder Lebensraum, denn ihre Zündekraft ist zu gering. Der moralische Kreuzzug wird unter der Fahne der Freiheit geführt. Es hat sich als überflüssig erwiesen, den Leuten deutlicher zu sagen, was unter dieser Freiheit verstanden wird, ob die Freiheit von äußerer oder innerer Bedrückung, die Freiheit zur Ausdehnung der eigenen Lebensweise auf fremde Völker oder jene Freiheit des Gewissens, die kein Tyrann zu brechen vermag. Man hat Erklärungen nicht nötig, denn Freiheit gehört zu jenen magischen Zauberworten, bei denen jeder etwas anderes denkt, das ohne Erklärung geglaubt wird. Auch Hitler hat gern von der Freiheit geredet. Man glaubte ihm bereitwillig, daß alle Einschränkungen der Freiheit nur dazu dienen sollten, dem Volk die nationale Freiheit und damit die Macht zu geben. Auch aus den Reihen der Abendländer hören wir heute die Versicherung, daß man die Freiheit beschränken müsse, um sie zu retten.

Um die Freiheit zu retten, braucht man vor allem andere Waffen, und zwar Atomwaffen. So sind heute die Generale zu Vorkämpfern der Freiheit geworden. Aber der Druckknopfkrieg der Atomexperten erfordert ein neues soldatisches Denken, das nichts mehr zu tun hat mit den alten Vorstellungen vom Tod für

das Vaterland. Die Atombombe kennt keine Grenzen zwischen Freund und Feind, zwischen Angreifer und Verteidiger, zwischen Soldat und Zivilist. So gibt es auch für ihre Dirigenten andere sittliche Maßstäbe als für gewöhnliche Sterbliche. Sie betreffen auch die Gehorsamspflicht des Soldaten. In einer nationalen Wehrmacht repräsentiert der militärische Führer den Willen des Staatsvolkes. In der Nato-Armee repräsentiert er eine übernationale Organisation, in der viele Interessen sich überschneiden. Exponenten fremder Nationen können hier über die Frage entscheiden, wer Freund und wer Feind ist, wer für die Freiheit kämpft und wer für die Sklaverei. Die Perspektiven sind erschreckend für ein geteiltes Volk. Bruderkrieg im Namen der Freiheit kann die letzte schauerliche Konsequenz dieser Abhängigkeit werden. Deutsche Soldaten können zu modernen Landsknechten werden, die für fremde Machtkämpfe sterben müssen. Seit den Tagen, als die Soldaten deutscher Duodezfürsten gegeneinander auf den Schlachtfeldern fremder Länder kämpften, hat der deutsche Patriotismus nicht mehr einen so tiefen Stand erlebt wie heute. „Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung", so hörten wir jene Epoche in der Schule nennen. Welchen Namen wird man einmal unserer Ära geben?

Ein Bezirksgericht in Tokio hat am 30. März 1959 die Stationierung von amerikanischen Truppen in Japan als verfassungswidrigen Akt erklärt. Wer die Härte kennt, mit der M c A r t h u r diesem Lande den amerikanischen Willen aufzwang, und wer an Ort und Stelle erfahren hat, wie stark auch heute noch das nationale Empfinden dieses Volkes ist, für den bedeutet dies Urteil keine Überraschung. Zu seinem Glück ist Japan weder geteilt noch den Experimenten verschiedener Besatzungsmächte ausgeliefert worden. Trotzdem wächst der Haß gegen die amerikanischen Besatzungstruppen. Auch bei uns gibt es gelegentlich Spannungen zwischen Bevölkerung und Fremdtruppen. Aber in der Bundesrepublik hält man es für ganz in Ordnung, daß Politiker und Leitartikler die fremden Truppen wegen ihrer Verdienste um die Freiheit feiern und sie öffentlich darum bitten, weiter im Lande zu bleiben. Als das State Department dem Kreml offiziell erklärte, die Truppen der drei Westmächte ständen „mit dem Recht des Siegers" in Berlin, haben die deutschen Zeitungen diese Erklärung in großer Aufmachung wiedergegeben. Ihre Redakteure scheinen nicht gespürt zu haben, wie tief uns diese 14 Jahre nach Kriegsende abgegebene Erklärung als Nation entwertet.

C h r u s t s c h o w hat in einer Note an die Bundesregierung geschrieben: Wir verstehen den deutschen Wunsch, die Heimat unabhängig und frei zu sehen. Keine Zeitung in der Bundesrepublik hat diesen erstaunlichen Satz eines Kommentars für würdig gehalten. Es ist nicht der einzige Hinweis dieser Art in sowjetischen Noten an die Bundesregierung. Solche Sätze hält man offenbar für leere Worte. Es ist aber schwerlich daran zu zweifeln, daß die Sowjets es damit ernst meinen und daß sie von sich selbst auf andere Völker schließen. Erst seitdem durch Stalin den kommunistischen Tendenzen die nationalen Motive hinzugefügt wurden, hat das Regime seine innere Festigung gefunden. Mit seiner Parole der nationalen Unabhängigkeit hat Moskau in der farbigen Welt mehr Freunde gewonnen als der Westen mit all seinen Investitionen und guten Lehren. Durch die meisten sowjetischen Noten seit 1945 zieht sich der Gedanke, daß Deutschland eines Tages wieder einig und frei sein müsse. Man kennt in Moskau die europäische Geschichte und weiß, was die Vorenthaltung nationaler Forderungen an Verhängnissen nach sich ziehen kann. Wenn sie es heute in Genf ablehnen, über die Wiedervereinigung zu verhandeln, so hat dies andere Gründe als die Unterschätzung der nationalen Kräfte, es ist eine Folge diplomatischer Taktik und eine Frage seines Prestiges als Vormacht der kommunistischen

Welt. In Moskau rechnet man mit einer Wiedervereinigung, will sie aber nicht mit einem „Verrat" an den kommunistischen Grundsätzen erkaufen. Man ist in Moskau gewiß realistisch genug, um vorauszusehen, daß bei einer Konföderation, wie Moskau sie fördert, der stärkere Partner auch die größeren gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Chancen hat.

Umsonst waren bisher die Versuche aus Moskau und Ostberlin, neuerdings auch aus den USA und Großbritannien, den Westdeutschen die Vorteile einer Konföderation plausibel zu machen. Wer für die Wiedervereinigung nur müde Resignation aufbringt, wird schwerlich bereit sein, die Risiken und Möglichkeiten einer solchen Konstruktion sachlich gegeneinander abzuwägen. Wer die Nation für eine überwundene Lebensform hält und sich im westdeutschen Teilstaat wohlfühlt, dem kann man auch mit Engelszungen die Durchführbarkeit der nationalen Einigung nicht beweisen. Wie wäre es sonst möglich, daß sich seit Jahren ausländische Politiker und Publizisten unseren Kopf über die deutsche Wiedervereinigung zerbrechen, während die maßgebenden Kreise in der Bundesrepublik gleichmütig diesen Bemühungen zusahen. Es gibt genug Leute in der westlichen Welt, die sich nur zu gern damit abfinden würden, daß Deutschland geteilt und schwach bleibt. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß die Wiedervereinigungsfrage auch bei den Westmächten in den Vordergrund der diplomatischen Bemühungen gerückt ist und daß die Formel von Dulles nicht mehr gilt, man müsse mit der Wiedervereinigung nötigenfalls noch 50 bis 100 Jahre warten. Auch im Westen haben maßgebende Kreise begriffen, daß eine Verewigung der deutschen Spaltung die Gefahr einer nationalen Explosion in sich schließt, einer Explosion, die wahrscheinlich in Blut ertränke, aber zugleich die Welt in die Katastrophe hineinreißen würde.

Die Entscheidungen der Menschen werden seltener durch rationale Beweggründe bestimmt als durch Werthaltungen, die sich in vorgefaßten Meinungen manifestieren. Millionen von Westdeutschen haben sich an den bestehenden Zustand gewöhnt und betrachten jede Änderung des Status quo als einen Eingriff in ihre Rechte und Interessen. Das zeigte sich deutlich bei den Wahlen der letzten Jahre. Es erweist sich vor allem an der Skepsis gegenüber jedem noch so behutsamen Schritt zur Wiedervereinigung. Immerhin können wir feststellen, daß in der letzten Zeit eine Art heilsamer Unruhe über die Deutschen gekommen ist. Manche beginnen daran zu zweifeln, ob das Wirtschaftswunder wirklich das höchste Glück der Erdenkinder sei. Allmählich wachen sie aus dem „gesamtdeutschen Tiefschlaf" auf. Sie erinnern sich, daß wir einmal ein Volk waren und nicht nur eine Masse egoistischer Einzelgänger. Die wachsende Verfremdung, die in den vergangenen 14 Jahren zwischen den Deutschen aufgebrochen ist, hat ein Gefühl der Vereinsamung entstehen lassen. Die moralischen Unterlegenheits- und Minderwertigkeitskomplexe der Nachkriegszeit können schwerlich eine Dauererscheinung bleiben. Inzwischen hat der kleineuropäische Traum, wie demoskopische Umfragen beweisen, auch seine blindesten Enthusiasten enttäuscht. In den vergangenen Monaten ist der Prozeß des Umdenkens nicht zuletzt unter dem Einfluß einschneidender außenpolitischer Entwicklungen weitergegangen. Die Konföderation, seit langem das Tagesgespräch der DDR, wird neuerdings auch in der Bundesrepublik diskutiert und angesehene Politiker und Wissenschaftler haben dazu Entwürfe ausgearbeitet. Darin spricht sich der Wille aus, die nationalen Aufgaben ernst zu nehmen und einen Weg zur Überwindung der deutschen Spaltung zu suchen.

Das ist eine Entwicklung, die wir mit vorsichtiger Genugtuung konstatieren wollen. Sie beweist, daß nationale Empfindungen noch vorhanden sind und nur

einer entsprechenden Erweckung und Aufmunterung bedürfen. Die Vorgänge auf der Genfer Konferenz werden das ihre dazu tun, die deutsche Öffentlichkeit zu alarmieren. Schon jetzt verfolgen Millionen von Deutschen mit kritischer Aufmerksamkeit alles, was am Genfer See gesagt, getan und unterlassen wird.

Johannes Weidenheim

An die Herren Militaristen

Der Verfasser dieser Zeilen ist überzeugt, keinen antisoldatischen Komplex zu haben. Soldat zu sein, ist in der hergebrachten Form zwar nicht mehr ganz zeitgemäß, aber doch auch immerhin nicht eigentlich eine Schande. Es ist nie etwas anderes gewesen als ein notwendiges Übel. Man ist Soldat, solange man es kraft Gesetzes unbedingt sein muß; man tut seine soldatische Pflicht, aber man schielt mit Wehmut nach dem L e b e n hinüber — das naturgegeben ander ist — und begrüßt die Stunde der glücklichen Rückkehr in das Leben mit unverhohlener Freude. Wird das Vaterland, dem man dient, angegriffen, kann man plötzlich sogar mit Bewußtsein Soldat werden, denn nun geht es um die ehrenvolle Aufgabe, das Dasein der Unbewaffneten im Hinterland zu schützen; aber auch diesen äußersten Fall — und diesen erst recht — wird man hinterher so schnell und so gründlich wie möglich geistig zu eliminieren trachten durch verstärkte Teilnahme an jenem Leben, für das man seine Haut hatte zu Markte tragen müssen.

Eine solche Einstellung zum Soldatentum entspringt nicht nur der hintergründigen Philosophie eines Braven Soldaten Schwejk, sondern wird tatsächlich seit eh und je von den meisten Völkern praktiziert. Sie haben eine Auffassung entwickelt, die den Soldaten zwar nicht im geringsten verächtlich macht, aber doch mehr als U n g l ü c k l i c h e n denn als Heroen betrachtet. Äußerlich drückt sich das in manchen Ländern zum Beispiel auch so aus, daß man den Rekruten zunächst einmal die Köpfe kahl schert; das ist zwar zum Teil eine hygienische Maßnahme, bringt aber auch zum Ausdruck, daß der junge Mann sich von nun an in einem gesellschaftlichen Zustand befindet, der sich zum wirklichen Leben verhält wie etwa ein Vortrag über die Liebe zum Erlebnis der Liebe selber.

Gefährlicher wird's erst, wo diese Relation sich verschiebt: wo das Soldatische sich in die Gewänder des L e b e n s zu kleiden trachtet und wo versucht wird, aus einer pflichtgemäßen Not d i e gesellschaftliche Tugend schlechthin zu machen. Dann ist der Tatbestand des M i l i t a r i s m u s gegeben. Es ist dies eine Weltschau, unter deren Ambition sich die gesamte Wirklichkeit in die Schmalspurmoral von Kommando, Kameraderie und Lust am Knallen verkleinert.

Erfunden haben wir Deutschen den Militarismus nicht; vielmehr geht auch er, wie so manches bei uns, auf unsere verhängnisvolle Schwäche für die Antike — bzw. auf deren Mißverständnis — zurück. Aber wir haben den Militarismus perfektioniert. Charakteristisch für seine Anhänger ist, daß sie auch zivile Probleme nur militärisch zu sehen vermögen. Wären wir nicht ein militaristisches

Volk gewesen, hätten die beiden großen militärischen Niederlagen von 1918 und 1945 nicht jedesmal auch komplette gesellschaftliche Katastrophen für uns bedeuten müssen. Wo aber der militärische Teilaspekt dem Ganzen gleichgesetzt wird, kann es immer nur auf Biegen und Brechen gehen. Ein Militarist ist einem Einäugigen vergleichbar: er ist unfähig, die Welt stereoskopisch zu sehen; nur beim Blick über Kimme und Korn kann er Tüchtigkeit an den Tag legen. Der Blick über Kimme und Korn ist aber grundsätzlich destruktiv; der Schritt von hier zum Barbarischen bleibt klein.

Daß es bei uns die Bundeswehr gibt, erfüllt an sich den Tatbestand des Militarismus noch nicht. Ernster macht die Sache schon, daß die anfangs so feierlich versprochene Purifikation der neuen Truppe vom Geist der aggressiven Hitler-Wehrmacht nicht mit Aufmerksamkeit und Konsequenz betrieben wird. Eine weitere Steigerung des Bedenklichen stellt die Tatsache dar, daß sich die Führung der neuen Truppe an einer Reihe von entscheidenden Punkten in den Händen von Militaristen befindet. Und vollends trübe wird das Bild dadurch, daß sich die Unbelehrbarsten unter den Unbelehrbaren so völlig straflos an unsere armen, schlecht unterrichteten jungen Menschen wenden dürfen, wie es beispielsweise erst vor wenigen Tagen beim sogenannten „Fallschirmjägertreffen" in Freiburg im Breisgau wieder geschehen ist.

Was Leute wie Ramcke, Student und Rudel da vor einem US-General, einem General der Bundeswehr und vor Abordnungen aus Italien, den USA, Frankreich, Spanien, Österreich und Südtirol (sic!) von sich gegeben haben, ist alles in allem schauderhaft — in seiner Dummheit ebenso wie in seiner Unverfrorenheit.

Wiederaufnahme der preußischen Tradition, — Stützung unserer Gesellschaft „auf die Ramckes, nicht auf die Kubys", — das Abtun aller Abrechnungsversuche mit den alten Militaristen als „Diffamierung", — Publizisten, die von pensionierten Generalen wegen öffentlicher Angriffe verklagt wurden, dürfen nicht wieder freigesprochen werden —: daß man sich mit solchen und ähnlichen Tönen bei uns schon wieder produzieren darf, ist in der Konsequenz noch schlimmer, als daß die Bundeswehr eines Tages vielleicht wirklich Atombomben in die Hand bekommt, — denn auch dann noch wird es letzten Endes auf den Geist der Befehlsinhaber ankommen, und wenn diese dann Geist vom Geiste der Ramckes, Rudels, Kesselrings und Students sein werden, kann nur noch ein Wunder unser Land und Volk vor dem Untergang bewahren.

Natürlich: wenn wir das sagen, „diffamieren" wir sie schon wieder. Wenn wir sie daran erinnern, daß sie und ihresgleichen Deutschlands historisches Unglück sind, „diffamieren" wir sie. Wenn wir darauf hinweisen, daß die Mehrzahl von ihnen Leuteschinder und Menschenverheizer gewesen ist, „diffamieren" wir sie. Wenn wir ihnen zurufen:

„Wenn ihr schon nicht umdenken lernen wollt — schweigt wenigstens, erlabt euch an den ohnehin in den meisten Fällen zu hohen Pensionen, die unser nicht nach allen Seiten hin ebenso freigiebiger Staat euch zahlt, aber haltet den Mund, verführt unsere jungen Menschen nicht abermals zu einer selbstmörderischen Überschätzung unserer Möglichkeiten, — haltet den Mund, denn unsere Zeit ist nicht mehr die eure, wir wollen von euch nichts mehr wissen, ihr habt immer nur Unrecht gehabt, wir glauben euch nicht mehr, — verschwindet von der Bildfläche, denn ihr habt nichts gelernt als das Kriegshandwerk, und Kriege, wie ihr sie meint, wird es nicht mehr geben, sondern: Wenn die Sowjetunion eines Tages tatsächlich an ihrer Westflanke in einen Konflikt gerät, der ihr an den Lebensnerv geht, wird sie ganz gewiß mit Raketen jene acht Wasserstoffbomben herüberschießen, die genügen, um unser dicht besiedeltes, sensibles Land in weni-

gen Stunden in ein Chaos zu verwandeln, und sollten dann Rotarmisten vordringen über unsere Grenze, bekommen wir von unseren westlichen Verbündeten in Form weiterer Bomben den Fangschuß, — haut endlich ab, ihr traditionslüsternen Heldenväter, die militärische Tradition unserer Zeit beginnt mit H i r o s h i m a, nicht mit Sedan oder Langemarck, — ihr habt vom wahren Wesen des Krieges schon seit Verdun nichts verstanden, vom Wesen des ersten, zarten W e l t f r i e d e n s, um den wir mit Hunderten von Millionen guter Menschen in aller Welt ringen, versteht ihr erst recht nichts, ihr finsteren Schwärmer!" —

— wenn wir ihnen das zurufen, „diffamieren" wir sie abermals. Sie fühlen sich ewig diffamiert, diese Ritter von der gekränkten Gestalt, die nicht einsehen wollen, daß der bestürzende Ausgang ihrer Karriere vor 14 Jahren von der Geschichte wirklich und wahrhaftig als S c h l u ß s t r i c h gemeint war.

Wieviel Zeit und Gelegenheit hätten sie seither gehabt, ihre Verstandesgaben fruchtbar wirken zu lassen in unserer sich neu formierenden Gesellschaft (ja, sie formiert sich neu, auch wenn viele das nicht wahrhaben wollen)! Ich kenne einen früheren hitlerschen Ostgeneral, der heute für Freundschaft zwischen uns und dem polnischen Volke wirbt, und ich kenne einen anderen, der heute unverdrossen eine Volkshochschule leitet — und gut leitet. S i e aber, die Siegelbewahrer des fürchterlichen Landsknechtsgedankens, sie machen nicht mit. Zuerst haben sie geschmollt. Dann haben sie hämisch herumgelungert am Wegrand unserer mühsam sich vortastenden jungen Demokratie. Und nun beginnen sie auch noch, ihre kollektive Rehabilitierung zu fordern!

Rehabilitierung wofür eigentlich?

Dafür vielleicht, daß sie Hitlers Pathologie nicht erkannt haben? Oder dafür, daß sie nach den ersten Siegen über die überrumpelten Russen Situationsberichte lieferten, auf Grund deren Hitler voreilig den Stop weiterer deutscher Munitionsherstellung proklamierte — was nachher ungezählten deutschen Offizieren der unteren Führung, Unteroffizieren und Mannschaftsdienstgraden das Leben kostete? Oder vielleicht dafür, daß unsere irregeführten Landser 1941 in die Gnadenlosigkeit eines russischen Winters gehetzt wurden, ohne Winterkleidung zu haben? Oder dafür, daß in den östlichen und südöstlichen Partisanenkämpfen allein dadurch Zehntausende von deutschen Söhnen, Brüdern und Vätern geopfert wurden, daß es nach militaristischem Herrenmenschenkomment als feige galt, im „Kleinkrieg" den Stahlhelm auf den Kopf zu setzen? Oder für die teils unbewußte, teils passive, teils aber eben auch aktive Mithilfe bei allerlei Massenliquidationen in fremden Ländern? Oder für jene menschenverächtliche Auffassung von Tapferkeit, die sich einer erkannten Übermacht erst zu beugen vermag, wenn a l l e s h i n ist? Dafür Rehabilitierung? Für all ihr Versagen auf Kosten der eigenen Truppe und des eigenen Volkes? Wenn das keine Frechheit ist, so weiß ich nicht!

Ich schreibe dies nicht, um den deutschen Offiziersstand zu schmähen. Er ist ebenso wenig kollektiv schuldig geworden wie unser oder irgendein anderes Volk. Aber jener fleißig und immer fleißiger agierende und agitierende Klüngel unbelehrbarer soldatesker Ignoranten m u ß zum Schweigen gebracht werden, wenn die deutsche Demokratie nicht abermals Harakiri verüben will. Ich möchte sagen: der Dolch hierzu ist bereits angesetzt, an unseren eigenen Leib.

Nicht e i n Wort aus dem Munde dieser Ehrgeizlinge ist wahr, — und Wahrheit ist alles, was wir brauchen, Wahrheit in unbeschreiblicher Menge!

An der Wahrheit hängt die gesamte Würde unserer Freiheit wie an einem seidenen Faden.

Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl

Sie wissen nicht, was sie tun

Über der Genfer Konferenz liegt von Anfang an die Atmosphäre des kalten Krieges. Dies drückt sich schon rein äußerlich aus. Am Tage vor der Eröffnung befinden sich alle vier Außenminister in Genf. Aber nur die drei westlichen treffen sich zum Begrüßungsmahl beim französischen Außenminister. Der sowjetische wird davon ausgeschlossen, so, als befänden sich die Westmächte mit der Sowjetunion im Kriegszustande, während sie doch sich im letzten Krieg mit dieser Macht verbündet haben, ja, über den Krieg hinaus sich zu gemeinsamem Vorgehen gegen ein Wiederaufleben des Nationalsozialismus und deutschen Militarismus verpflichteten. Wird so formell der sowjetische Außenminister wie der Vertreter einer feindlichen Macht aus der Gesellschaft der in Genf zu gemeinsamer Beratung über ernste Probleme der heutigen Welt zusammengekommenen diplomatischen Gesellschaft ausgeschlossen, wie kann da von vornherein eine menschlich freundschaftliche Atmosphäre herrschen, die zum gegenseitigen Verstehen und befriedigenden Vorankommen doch so dringend nötig ist!

Die Westmächte haben sich vor der Genfer Konferenz auf Sonderkonferenzen unter sich in Washington und Paris auf ein Verhandlungsprogramm geeinigt und dazu auf ein Prozedere, wobei sie zugegebenermaßen davon ausgingen, daß ihr Verhandlungsprogramm, das sie der Genfer Konferenz zu unterbreiten beschlossen, von der Sowjetunion nicht angenommen werden wird. In diesem Fall hatten sie sich vorgenommen, weitere Zugeständnisse unter dem Verhandlungstisch hervorzuziehen. Was sind das für Roßhändlermanieren! Wohl ist Politik die Kunst des Möglichen; aber warum soll die Konferenz von vornherein mit Vorschlägen belastet werden, von denen man annimmt, daß sie der Verhandlungspartner nicht annehmen wird, um erst nach Tuchfühlung mit diesem realistischere Vorschläge zu machen! Durch solche Taktik kann der Sache wirklich nicht gedient sein, zumal der Verhandlungsgegner sehr wohl weiß, daß es sich bei den westlichen Vorschlägen im ersten Gang mehr um Klopffechterei als um ernstgemeinte Absichten handelt.

West und Ost haben sich seit mehreren Jahren zur Koexistenz zwischen Staaten verschiedener politischer und sozialer Systeme bekannt, was bedeutet, daß man sich auch im Westen mit dem Rätesystem der sogenannten Volksdemokratien abfindet, besser: abfinden muß, nachdem diese totalitären Staaten so erstarkt sind, daß keine Macht oder kein Mächtesystem der Welt sie als nichtexistent behandeln oder gar beseitigen könnte. Widerwillig hat die von den USA inaugurierte Politik des „roll back" (Zurückdrängen) sich umgestellt auf eine Politik des „containment" (Festhalten). Aber nur ein Teil der politischen Welt des Westens hat bis jetzt diese Umstellung auf die Politik des „containment" angenommen. Der andere Teil lebt immer noch in der Politik des „roll back" und will auch nichts wissen von einer Politik der Koexistenz; er hält Ausschau nach einer fata morgana der Ausrottung des „Teufels" Bolschewismus. Dazu hielte man jedes Mittel für erlaubt, auch die Anwendung der A-Waffen oder eine Verständigung mit Beelzebub. Man erinnere sich, daß es die USA nach dem Kriege waren, die Hand in Hand mit der Sowjetunion in den UN die Verurteilung Spaniens als menschheitsfeindliche Macht durchsetzten, mit der kein Mitglied der UN diplomatische Beziehungen unterhalten sollte, und daß die USA durch Handels- und andere Pressionen die Staaten des ganzen amerikanischen Kontinents auch veranlaßten, mit dem Spanien Francos zu brechen. Heute

aber ist dieses Spanien eines der meist gehätschelten Kinder der USA, in das diese Milliarden Dollars hineinstecken nur wegen seiner antibolschewistischen Einstellung. In der eben erwähnten Kluft zwischen noch nicht ausgeträumtem Traum und der noch nicht voll erkannten oder anerkannten harten Wirklichkeit liegt der ganze Jammer unserer Zeit. Ursache für das Nichtsehenwollen oder Nichtannehmen jener harten Wirklichkeit ist der vielen eingefleischte Glauben, der in den Sowjets nicht die sturen Ideologen sieht, die mit fanatischem, dem liberalen Lebensprinzip freilich schwer verständlichem Idealismus doch auch ehrlich das Beste für ihr Volk und die übrige Welt wollen, in ihnen vielmehr den Gottseibeiuns, die Vertreter eines Untermenschentums sieht, die die ganze Welt vergewaltigen und verderben wollen. Aus diesem Glauben entsproß die Agonie, in der unsere zweigeteilte Welt schwebt. Darauf ist aber auch das Mißtrauen zum großen Teil begründet, das die andere, die östliche Welt hindert, Vertrauen in die Absichten der westlichen Welt zu fassen. Mißtrauen steckt den Sowjetführern seit Aufrichtung ihrer Herrschaft im Oktober 1917 ohnedies in den Knochen. Dies ist psychologisch leicht zu begreifen, wenn man sich vergegenwärtigt, wie Rußland jahrelang nach 1917 von westlichen Armeen überzogen wurde, nur in der Absicht, den Bolschewismus wieder auszurotten.

Die Aufnahme in den Völkerbund wurde der Sowjetunion verweigert, bis Hitler den Austritt Deutschlands aus der Gesellschaft der Nationen vollzog. Erst daraufhin baten die westlichen Mächte die Sowjetregierung um ihren Eintritt und setzten ihn gegen das Widerstreben eines Teils der Mitglieder des Völkerbundes auch durch, weil sie glaubten, die Großmacht der Sowjetunion gegen die von Hitler dem Weltfrieden drohenden Gefahren nicht entbehren zu können. Als aber die Tschechoslowakei durch Hitlers Drohungen gefährdet war, schloß man die Sowjetunion als Bündnispartner von den Münchner Verhandlungen wieder aus. Doch als bald darauf auch die Bedrohung Polens durch Hitler ernst wurde, sandten England und Frankreich Verhandlungsdeputationen nach Moskau, um die Sowjetunion als Partner für den Schutz Polens zu gewinnen. Da aber die englisch-französische Deputation auf Verlangen Polens das Einmarsch- und Durchmarschrecht durch Polen für die sowjetischen Truppen nicht zugestehen durfte, mußten die Bündnisverhandlungen scheitern, und die Todfeinde Stalin und Hitler reichten sich die Freundschaftshand, ersterer aus kalter, brutaler Berechnung, der andere aus charakterloser Schurkerei. Wahrscheinlich wäre ohne die polnische Bolschewistenfurcht der Angriff Hitlers auf Polen und damit der zweite Weltkrieg unterblieben. Erst als nach 1940 die westliche Kultur vor einem unübersehbaren Abgrund stand und Hitler gegen alles Völkerrecht und entgegen von ihm selbst abgeschlossenen feierlichen Verträgen die Sowjetunion tükkisch überfiel, da brachte der Westen diesem eigenartigen Staat Vertrauen entgegen und verbündete sich mit ihm.

Noch nach Kriegsende 1945 herrschte weithin Einvernehmen zwischen dem Westen und der Sowjetunion. In den Fragen der Entnazifizierung und Demilitarisierung der Deutschen waren die Amerikaner fast noch radikaler als die Sowjets. Für erstere waren eine Zeitlang deutsche Kommunisten wegen ihrer intransigenten Einstellung gegen Nationalsozialisten und sogenannte Militaristen die beliebtesten Vertrauensleute. Damals lieferte auch die amerikanische Besatzungsmacht der Sowjetunion erbarmungslos die Angehörigen der Wlassow-Armee und andere vormals den Deutschen Hilfswillige aus. Plötzlich aber wendete sich die amerikanische Politik um 180°. Im Februar 1947 erließ der damalige amerikanische Generalgouverneur in Deutschland, Lucius Clay, einen Tagesbefehl an die Angehörigen der amerikanischen Besatzungsmacht in Deutschland, in dem es in etwa hieß: „Bis heute haben wir die Deutschen als Feinde behandelt, ab

morgen werden wir sie als Freunde behandeln. Gegen die Sowjets werden wir aber nun mit den Mitteln zurückschlagen, die sie verstehen."

Mit mehr Geduld von seiten des Westens, besonders der USA, wäre wahrscheinlich die Wiedervereinigung Deutschlands schon lange, noch vor der Erlangung der Souveränität für Österreich, möglich gewesen. Zuerst ist die vereinbarte Konstituierung von Staatssekretariaten für Gesamtdeutschland am Einspruch Frankreichs gescheitert. Dann ist im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen die Währungsreform für die westdeutschen Besatzungszonen ohne Einvernehmen mit der östlichen Besatzungsmacht durch einseitigen Befehl der westlichen Besatzungsmächte verfügt worden. Dadurch war die östliche Besatzungsmacht gezwungen, auch für ihren Bereich eine Währungsreform zu verordnen, nachdem bisher alle vier Besatzungszonen eine einheitliche Währung hatten. Diese letztgenannte Reform glich fast haargenau der vorausgegangenen westlichen, was beweist, daß über dieses Problem sehr wohl eine gesamtdeutsche Regelung möglich war. Dann riefen die westlichen Besatzungsmächte mit Hilfe des von ihnen dekretierten parlamentarischen Rates die westdeutsche Bundesrepublik ins Leben, auch wieder im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen. Die Sowjetregierung als östliche Besatzungsmacht zog auch hier ungesäumt nach durch Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Deren Verfassung glich beinahe wie ein Ei dem andern dem Grundgesetz der Bundesrepublik. Dann nahmen die Westmächte die Bundesrepublik in die Nato auf mit der Verpflichtung, dieser atlantischen Organisation Truppenkontingente zur Verfügung zu stellen. Unter dieser Bedingung hoben sie für den neuerrichteten Staat, die Bundesrepublik, das Besatzungsstatut auf und nahmen davon nur Westberlin aus, um dort gegenüber der Sowjetunion und dem neuerrichteten ostdeutschen Staat ihre Besatzungsrechte nicht zu verlieren. Nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen verliert aber ein Vertrag — hier das Potsdamer Abkommen und die Londoner Deklaration — seine Gültigkeit, wenn ein Vertragspartner die wesentlichen Teile des Vertrags annulliert. Es ist die Frage, ob und wie lange die Rechte der Siegermächte über Westberlin sich auf Kriegs-, das heißt auf Besatzungs- oder Gewaltrecht stützen können.

Das rigorose Regime der Sowjetunion hätte sich ohne die westliche, besonders die amerikanische, zeitweise beinahe an Hysterie grenzende Haltung wahrscheinlich allmählich gemildert, nach und nach immer mehr liberalisiert. Oder will etwa jemand glauben machen, ausgerechnet das Sowjetregime sei von ewigem Bestand und werde sich entgegen aller geschichtlichen Erfahrung nicht vorwärts entwickeln, wie das bei früheren auch radikalen und fanatischen Bewegungen unter den Völkern, etwa dem Islam, zeitweise auch dem Christentum oder dem französischen Jakobinertum, der Fall war? Es dürfte viel in der Hand des Westens liegen, ob die Liberalisierung des Sowjetsystems rascher oder langsamer vor sich geht, indem der Westen den Machthabern im Osten die eingefleischte Furcht und das damit zusammenhängende Mißtrauen gegen die sogenannte kapitalistische Welt durch praktische Handlungen zerstreut. Der Antibolschewismus, besonders in seiner intransigenten Form, bewirkt genau das Gegenteil von dem, was er eigentlich anstrebt. Er zwingt durch den von ihm mitverschuldeten kriegsathmosphärischen Zustand die Sowjetführer dazu, im Innern die Zügel nicht zu lockern, sondern sie weiter zu straffen und gegen die von außen vermuteten Gefahren immer weiter zu rüsten, wobei das Sowjetvolk aus, auch in ihm vorhandenen, patriotischen Gefühlen mehr oder weniger freiwillig mitgeht. Ohne die enormen Ausgaben für Rüstungszwecke würde sich der Lebensstandard der Sowjetmenschen rasch heben und mit ihm das Verlangen nicht nur nach sicherem, ungestörtem Besitz, sondern auch nach größerer individueller und geistiger Freiheit ganz von selbst gesteigert werden. Wenn man die Entwicklung objektiv von dem

Archetyp des Menschen, das heißt nach der angeborenen menschlichen Natur beurteilt, kommt man unwillkürlich zum Ergebnis, daß sich das kommunistische System höchstens für eine besonders veranlagte kleine Minderheit, nicht aber für den normalen Erdenbürger, also nicht für die Mehrheit der Menschen eignet.

Es sei mir gestattet, auf eine persönliche Frage einzugehen. Ich wurde schon einmal gefragt, warum ich mich gegen die östliche Tyrannei nicht mit der gleichen Konsequenz wende, wie ich dies doch einst unter unsäglichen Opfern gegen das hitlersche Terrorsystem getan habe. Eine solche Frage löst bei mir die Gegenfrage aus, besonders an diejenigen, die heute die unentwegtesten Vertreter des Kalten Krieges sind, die aber in ihrer Mehrheit einst gegen das totalitäre System Hitlers nichts einzuwenden hatten oder es sogar freudig bejahten und nach Kräften unterstützten: Warum haben sie jene Unfreiheit und Bedrückung so leicht oder gar freudig auf sich genommen? War der Hitlerismus etwa duldsamer in geistigen und religiösen Dingen, in Fragen der Gewissensfreiheit? Doch sicher nicht, sonst hätte es ja nicht die Hekatomben von Entrechteten, Eingekerkerten und Umgebrachten geben können! Der einzige Unterschied ist, daß die Nationalsozialisten den Volksgenossen erklärten: Für euren Besitz, euer Vermögen seid ihr nur Treuhänder des Volkes, wenn ihr es nicht in unserem Sinn verwaltet, wird es euch genommen. Der Sowjetstaat andererseits sagt zu seinen Genossen: Euer Besitz ist Volkseigentum, also müßt ihr ihn für das Volk hergeben.

Nur dieser eine Unterschied besteht zwischen Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus. Aus dem unterschiedlichen Verhalten zum einen gegenüber dem andern System ist zu folgern, daß sich die Mehrheit der Menschen mehr vor dem Verlust materieller als vor dem geistiger Güter fürchtet und daß vielen nicht zu glauben ist, wenn sie vorgeben, Gegner des Kommunismus nur aus geistigen Beweggründen zu sein.

Ist aber der kommunistische Totalitarismus mit Ausnahme der vorhin genannten Einstellung zum Besitz wirklich wesensgleich mit dem nationalsozialistischen totalitären System? Auf den ersten Anschein ist man versucht, eine solche Frage zu bejahen. Geht man jedoch tiefer auf das Problem ein, so stellen sich die beiden totalitären Regime verschieden dar.

Zunächst ist festzustellen, daß es in der ganzen Entwicklung der Menschheit Propheten und Fanatiker gab, die eine von ihnen als Wahrheit aufgestellte Lehre oder Idee glaubten zum Heil der Menschen mit allen Mitteln, und sei es mit Feuer und Schwert, verbreiten zu müssen. Den typischen Fällen dieser Art lagen transzendente Beweggründe zu Grunde.

Der Nationalsozialismus und der Kommunismus sind auf politische und ökonomische Beweggründe zurückzuführen. Hitler hat ein Volk mit jahrtausendalter Kultur, von hohem Bildungsgrad und moderner technischer Ausbildung vergewaltigt. Bei dem von ihm propagierten Nationalsozialismus handelt es sich um den in einem krankhaften Gehirn ausgebrüteten Mischmasch einander widersprechender Tendenzen: Fortschrittlich und reaktionär gleichzeitig, eine radikal neue Zukunft, das tausendjährige Reich verheißend, die jüngste Vergangenheit seines Volkes schmähend, aber dann wieder extrem traditionalistisch zurück zum Mittelalter, ja bis zur vorgeschichtlichen Zeit, soziale und gesellschaftliche Gleichberechtigung verkündigend, aber zugleich den Unterschied zwischen Herren und Knechten (Führer und Gefolgsmann) bis zur kreatürlichen Unwürdigkeit steigernd, Treue und Untreue (etwa zum Elternhaus, zum Ehegatten usw.) ganz nach Willkür, krankhaft intolerant, aber im Hinblick auf gewisse religiöse und sittliche Gebote neutral-tolerant. Das ganze nationalsozialistische Regime war auf einen einzigen, krankhaft veranlagten Menschen eingestellt und dank dessen

Verlangen zu steilem Aufstieg und entsprechendem jähem und tiefem Verfall geschaffen.

In Rußland lagen im Vergleich zu Deutschland grundverschiedene Voraussetzungen für ein totalitäres Herrschaftssystem vor. Dort bestand das Volk zu 90 % aus bäuerlichen, überwiegend analphabetischen Heloten. In Rußland herrschte schon immer ein Terrorsystem. Seit Jahrhunderten ist kein einziger seiner Herrscher eines natürlichen Todes gestorben. So sahen die Zustände aus, aus denen der Bolschewismus sich nährte. Die weit verbreitete Meinung, die Bolschewisten hätten die obere Gesellschaftsschicht systematisch ausgebootet, ist durch Tatsachen widerlegt. Die grausame Ermordung der Zarenfamilie erfolgte während chaotischer Zustände ohne Wissen und Willen der Moskauer Sowjetgewaltigen. Der langjährige militärische Oberbefehlshaber Marschall Tuchatschewski war ein naher Verwandter der Zarenfamilie, der Außenminister Tschitscherin war Aristokrat und kam aus der alten diplomatischen Schule.

Die Kommune gab es schon im Naturzustand der Völker. Dann auch veredelt bei den ersten Christen und heute noch bei gewissen Sekten. Der Kommunismus ist also durchaus nichts Neues in der Geschichte, keine Erfindung von Marx oder Lenin. Nur zeitweilig unter der Ära Stalin glich der sowjetische Kommunismus einigermaßen dem Hitlerismus, auch in der Vergottung des Führers und der Verkündigung des politischen Dogmas als Heilslehre der Welt. Sonst aber ist es abwegig, anzunehmen, der oberste Führer der Sowjetunion, etwa der Parteisekretär und Ministerpräsident Chrustschow, könne als unumschränkter Diktator regieren. Er ist vielmehr sehr auf die Zustimmung nicht nur seiner Kollegen im Ministerrat, sondern auch auf die des obersten Räte- und Parteikongresses angewiesen. Ebenso dürfte die Behauptung, die anderen Volksdemokratien seien nichts anderes als Satelliten Moskaus, ein Märchen sein. Dem gleichen Irrglauben verfiel der Westen während des Krieges in der Beurteilung der anderen faschistischen Staaten, etwa Italiens und Spaniens, die immer nur als Hitlers Satelliten bezeichnet wurden. Hinterher hat sich aber als Wahrheit herausgestellt, daß Mussolini und Franco durchaus nicht immer nach der Geige Hitlers tanzten.

Wir sollten uns hüten, die Schwierigkeiten bei den internationalen Beziehungen und Verwicklungen als im bösen Willen der die einzelnen Staaten führenden Männer begründet zu suchen. In fast allen tragischen Perioden der Menschheitsgeschichte hat sich, leider meist erst posthum, erwiesen, daß die führenden Politiker und Staatslenker allzuoft nur arme, hilflose und auch unwissende Menschen waren, deren Mangel an Voraussicht und Weisheit sie aus den schwierigen Situationen keinen rechten Ausweg finden ließ. Es bewahrheitete sich früher und gilt auch heute noch: Den Mächtigen fehlt oft die Einsicht, den Einsichten die Macht.

Kein Wunder, wenn der unverbildete Mensch mit gesundem Menschenverstand bei Betrachtung des Welttheaters kopfschüttelnd sagt: Wahrlich, sie wissen nicht, was sie tun!

Dr. Helmut Brandes

Der Kanzler ging . . .

Verschiedene Äußerungen des Bundeskanzlers haben deutlich gemacht, daß er als Bundespräsident Einfluß auf die Politik des Kabinetts zu nehmen gedenkt. Darin liegt ein Bekenntnis, das in zweierlei Hinsicht Interesse verdient: Dr. Adenauer ist außerstande, die weltpolitischen Veränderungen zu erfassen und daraus Schlußfolgerungen für den künftigen politischen Kurs zu ziehen. Sein vielbespöttelter Ausruf „Die Lage war noch nie so ernst" läßt darauf schließen, daß in seinen Augen während der letzten Jahre alles beim Alten geblieben ist. Die zweite Deutung der eingangs erwähnten Absicht des Kanzlers fußt auf dem Mißtrauen des Rhöndorfers gegenüber seiner Umwelt, die engsten Mitarbeiter und Vertrauten ausgenommen. Adenauer befürchtet, seine Anhänger könnten nach seinem Ausscheiden aus der aktiven Politik „Seitensprünge" machen.

Diese Furcht besteht nicht zu Unrecht, denn es gibt im Kabinett tatsächlich Kräfte, die auf eine Neuorientierung der Politik sinnen. Soweit sich die Dinge allerdings zur Stunde übersehen lassen, handelt es dabei nicht um den Kern des Kabinetts. Dieser Kreis ist auf die Politik des „Alten" eingeschworen, wenngleich der eine oder andere von Fall zu Fall andere Methoden zur Durchsetzung der Politik für wirksamer hält.

Adenauer hätte sich mancher Sorge entledigen können, wenn er rechtzeitig nach einem Nachfolger Umschau gehalten hätte, der an seiner Seite in die ihm bevorstehenden Aufgaben hineingewachsen wäre. Der zum Vizekanzler bestellte Wirtschaftsminister Erhard war nie Adenauers Mann. Bei allen wirtschaftlich-reaktionären Anschauungen des Wirtschaftswunder-Ministers war er dem Kanzler und seinem engsten Vertrauten Robert Pferdmenges noch immer zu liberal. Sollte Erhard entgegen dem Willen Dr. Adenauers von der Mehrheit der CDU-Führung zum kommenden Bundeskanzler ernannt werden, kann nahezu als sicher angenommen werden, daß ihm ein Vizekanzler zugesellt wird, der, ausgestattet mit dem nötigen Intellekt und robusten Ellenbogen, Adenauers Konzept fortführt, sekundiert von dem einstigen Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer als Bundespräsident.

Es ist von der Öffentlichkeit nicht mit der gebotenen Sorgfalt zur Kenntnis genommen worden, daß die CSU-Fraktion, als zweitstärkste Gruppe im Bundestag nach der CDU, einen der ihren als Vizekanzler sehen möchte. Die Wahl fiel auf Dr. h. c. Franz Josef Strauß. Es ist höchst erstaunlich, daß die Parlamentsopposition nicht sofort nach Bekanntwerden der CSU-Pläne Alarm geschlagen hat, obwohl ihr der Gedanke, Strauß als Vizekanzler zu sehen, die Haare zu Berge stehen lassen müßte. Schließlich ist Strauß aus englischem Mund vor einigen Monaten mit dem Beinamen „gefährlichster Mann Europas" belegt worden.

Wenn einer aus dem engen Kreis um Dr. Adenauer besonderes Interesse verdient, dann ist es Strauß. Welche Wunschträume diesen Mann beseelen, geht aus seiner drohenden Erklärung hervor: „Wir leben in einem technischen Zeitalter, in dem die vereinigte Stärke unserer Bundesgenossen ausreicht, um das Reich der Sowjetunion von der Landkarte zu streichen". Seine militärischen Ambitionen umschrieb „Der Spiegel" am 2. 1. 1957 mit den Worten: „Jedenfalls ist der Erlebnismangel im Kriege bei Strauß zu einem Trauma geworden. Es treibt ihn heute, nachzuholen, was er damals versäumt hat". Das Blatt sprach in diesem Zusammenhang von dem „unerfüllten Krieger Strauß". Zu welchen Reaktionen der ehemalige Leutnant der Heeresflak in Konfliktsituationen neigt, zeigt sein Ausspruch

unmittelbar nach der Ungarnkrise: „Das ist doch eine Schweinerei, daß die Amerikaner nicht in Ungarn eingegriffen haben. Die hätten da doch einmarschieren müssen". Was geschehen wäre, wenn es nach den Wünschen des Bundesverteidigungsministers gegangen wäre, kann sich auch ein ABC-Schütze der Politik an den Fingern einer Hand ausrechnen.

Das Charakterbild des Bundeswehrministers bliebe unvollständig, fehlte der Hinweis auf seine Haltung zu militärischen Fragen während des zweiten Bundestagswahlkampfes im Jahr 1953. Eingedenk der wenig wehrbereiten Stimmung der Wähler tönte er vom Rednerpult, daß „jedem die Hand abfallen solle, wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nehme". Drei Jahre vorher, im April 1950 bezog Strauß zu Grenzfragen eine Stellung, die sich von seiner heutigen wie Tag und Nacht unterscheidet. „Wir sind nicht bereit", ließ er sich vernehmen, „mit unserem Blute die Grenze zu verteidigen, die die Dummheit der anderen geschaffen hat".

Vermutlich hat Strauß seine damaligen Äußerungen ebenso wenig ernst aufgefaßt, wie sie gemeint waren, denn seit dem Sichtbarwerden der deutschen Wiederbewaffnung drängte es Strauß unwiderstehlich nach vorn. Nur zu genau wußte er, w o Macht zu erlangen war. In dem Buch „Die unruhigen Deutschen" teilt der ehemalige amerikanische Diplomat T h a y e r dem keineswegs überraschten Leser mit, Strauß habe ihm schon vor Jahren zu verstehen gegeben, daß jeder Bundesverteidigungsminister vor ein Kriegsgericht gehöre, der nicht auf der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr bestehe. Dieser martialischen Haltung entspricht vollauf seine Stellungnahme zu dem Antiatommanifest der 18 Göttinger Professoren. Er nannte sie Moralromantiker, phantasievolle Astrologen und Weltverbesserer. In logischer Fortführung dieser Gedanken deklarierte er später die Gegner der Atombewaffnung und Anhänger des Rapacki-Planes für eine kernwaffenfreie Zone als „potentielle Kriegsverbrecher".

Die bei Niederschrift dieses Artikels jüngste Äußerung des Ministers zu Fragen der Atomrüstung stammt vom 8. Mai. Nach seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten setzte er sich mit Vehemenz für die Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen ein. Er nannte die Atombewaffnung eine „unerläßliche Voraussetzung für das Vertrauen der Vereinigten Staaten in die Loyalität und Stabilität der deutschen Politik". (Ein merkwürdiges Vertrauensverhältnis, dessen einzige Grundlage Massenvernichtungsmittel sind). Strauß hat sich alle Mühe gegeben, das Vertrauen der amerikanischen Generalität und der mit ihr verbündeten Rüstungsindustrie zu erwerben. Seine Rüstungskäufe in den USA kosteten den Steuerzahler bisher 8 Milliarden Mark.

Der bayerische Metzgerssohn will sich indessen nicht damit zufrieden geben, in Rüstungsdingen von anderen abhängig zu sein. Mitte Januar verhandelte er mit dem inzwischen verstorbenen stellvertretenden amerikanischen Verteidigungsminister Q a r l e s über eine eigene europäische Raketenproduktion, bei der die Bundesrepublik, eingedenk ihrer wirtschaftlichen Kapazität, naturgemäß die ausschlaggebende Rolle spielen würde. Das Bild des Verteidigungsministers rundet sich durch seine Erklärung ab: „Es genügt nicht stark zu sein, man muß die Sowjets auch von der Stärke in Kenntnis setzen".

Es läßt sich leicht ausmalen, welche Rolle Strauß als Vizekanzler und Erhard als Bundeskanzler spielen würden ...

Neben Strauß ragt aus der Adenauergruppe innerhalb der Bundesregierung Bundesinnenminister Dr. Gerhard S c h r ö d e r heraus. Seine Ambitionen enthüllte er Ende Oktober vergangenen Jahres auf einer Tagung der Polizeigewerkschaft in Stuttgart, wo er sich für die Schaffung eines Notstandsgesetzes und die Übertragung von Exekutivbefugnissen an den Bundesverfassungsschutz aus-

sprach. Man solle getrost, so meinte Schröder, die Bezeichnung „Staatssicherheitsdienst" wieder übernehmen. Schröders Ideal, so meinte das Organ des SPD-Vorstandes „Vorwärts", scheine in jenen halbtotalitären Staaten zu liegen, in denen eine autoritäre Regierung den Schlaf des Volkes vor allzuviel Wählerei schütze, weil sie das Volk für unmündig halte. Die „Stuttgarter Zeitung" vom 20. 1. 1954 schrieb über Schröder: „Von Kopf bis Fuß ein militanter Demokrat".

Schröders Aufstieg nach Kriegsende vollzog sich sehr schnell. Der ehemalige SA-Angehörige und Doktor der Rechtswissenschaften avancierte bereits im Jahre des Zusammenbruchs zum persönlichen Referenten des Oberpräsidenten der Nordrhein-Provinz. Dann wurde er Oberregierungsrat im Landesinnenministerium und später Abteilungsleiter bei der Stahltreuhänder-Vereinigung in Düsseldorf. In dieser Eigenschaft galt er als rechte Hand des Stahltreuhänders Dinkelbach. 1949 wurde Schröder in den Bundestag gewählt. 1952 erhielt er den stellvertretenden Fraktionsvorsitz. Ein Jahr darauf berief Adenauer ihn als Innenminister. Schröder ist auch stellvertretender Vorsitzender des Bundesverteidigungsrates. Sein Aufstieg veranlaßte die „News Chronicle" am 9. 8. 1954 zu der Warnung: „Es ist nicht nötig, die Nazibewegung wieder aufleben zu lassen . . .".

In der Tat erscheint eine Rückblende auf Schröders NS-Vergangenheit an dieser Stelle als nützlich. In seiner Dissertation ist Folgendes nachzulesen: „Der Kampf um die Erneuerung unserer Wissenschaft geht darum, die sogenannte objektive, voraussetzungslose Wissenschaftsauffassung zu überwinden und an ihre Stelle eine Wissenschaft zu setzen, die genau so wie alle anderen Lebens-Äußerungen im völkisch-politischen Grund unserer Rasse wurzeln und aus den Werten unserer nationalsozialistischen Weltanschauung auch ihre eigenen Werte und Maßstäbe schöpft. Wenn schon ein weltanschaulicher Rahmen für das historische Urteil verlangt wird, dann erwarten wir die deutsche Weltanschauung, geboren aus Blut und Boden, Kampf und Not, Arbeit und Schicksal unseres Volkes".

Der Verfasser dieses Nazi-Gewäschs gab sich am 23. 10. 1953 im Bundestag, noch vor seiner Ernennung zum Innenminister, als Anbeter der Macht zu erkennen. „Ohne schlagkräftige Polizei", meinte er, „ohne eine genügende legale bewaffnete Macht werden wir die Probleme unserer Sicherheit nicht meistern". Knapp ein Jahr später nannte er im „Industriekurier" die Bundesrepublik ein „wichtiges Schlachtfeld im Kalten Krieg". Wieder ein Jahr später, am 14. 8. 1954, verkündete er im „Bulletin": „Der Kalte Krieg i s t ein Krieg, selbst wenn hier nicht geschossen wird". Seine Haltung zur DDR und den Ostgrenzen gleicht der Adenauers aufs Haar. „Das Nein zu Pankow bleibt hoffentlich ein stabiler Faktor im künftigen gemeinsamen Ringen". (Am 20. 9. 1956 im Hessischen Rundfunk.) „Die Bundesrepublik i s t Deutschand. Alles andere deutsche Gebiet ist uns entzogenes und vorenthaltenes Territorium, das zurückgegliedert werden muß" (13. 6. 56)

Drei Jahre nach seiner Ernennung zum Innenminister fand seine Laufbahn eine zwischenzeitliche Krönung durch das von ihm betriebene KPD-Verbot. „Das lange erwartete Verbot der kommunistischen Partei", so ließ Schröder sich am 20. 9. 1956 vernehmen, „hat erneut klargestellt, daß die Bundesrepublik ein freiheitlich demokratischer Rechtsstaat ist". (Wie geteilt die Meinungen darüber sind, wird der Bundesregierung jetzt bei den Genfer Beratungen deutlich gemacht.) Anläßlich der Staatsnotstandsrede in Stuttgart erinnerte der „Vorwärts" an das Verbot der KPD. Für den innerpolitischen Meinungsstreit, so schrieb das Wochenblatt, sei die KPD zwar verschwunden. „Aber der Bundesinnenminister wird mit ihr nicht mehr fertig. Er verlangt einen Staatssicherheitsdienst, mehr Polizei, mehr Vollmacht."

Im Zusammenhang mit den Diskussionen um die Wiedervereinigung in Genf ist es angebracht, an Schröders diesbezügliche Vorstellungen zu erinnern. Am 9. November vergangenen Jahres forderte er eine Wiedervereinigung „auf der Basis der Werte, die in unserem Grundgesetz verankert sind". Mit anderen Worten, die DDR soll auf dem Wege eines Anschlusses an die Bundesrepublik angegliedert werden. Heute bestehen dafür allerdings weniger Aussichten denn je.

Was wäre Strauß mit seiner Forderung nach einer schlagkräftigen Armee und was wäre Schröder mit seinem antibolschewistischen Konzept für die Innenpolitik ohne ideologische Stützen. Diese Stützen finden sie in den von Revanchegedanken geplagten Sprechern der Landsmannschaften, deren oberster Fürsprecher und Schirmherr Bundesvertriebenenminister Prof. Dr. Dr. Oberländer ist. „Er sieht aus wie der typische Spieß, auf jeden Fall wie ein Militarist." So beschrieb ihn die „Gesamtdeutsche Rundschau" des ehemaligen CDU-Bundesinnenministers Dr. Dr. Heinemann. Oberländer nimmt im Kabinett eine Sonderstellung ein, weil er, was seine Vergangenheit angeht, am „profiliertesten" ist. Oberländer war in braunen Zeiten Hauptsturmführer der SA, Mitarbeiter der Gauleitung der NSDAP Königsberg und Leiter des (Nazi)„Bundes Deutscher Osten".

In der NS-Zeitung „Neues Bauerntum" erschien ein mit seinem Namen gezeichneter Artikel, in dem es heißt: „Die Eindeutschung der Ostgebiete muß auf jeden Fall eine restlose sein ... Eine klare Trennung zwischen Deutschtum und Polentum ist eine absolute Notwendigkeit, wenn die Reinerhaltung der Rasse gewährleistet sein soll". Obgleich Oberländer die Verantwortung für diesen Artikel bestreitet und obgleich er 1954 allen, die diesen Artikel verbreiten, mit gerichtlichen Maßnahmen drohte, ist es bisher zu keiner einzigen Klage gekommen. Sicher wird es ihn peinlich berührt haben, daß die Sowjets augenblicklich bestimmte Passagen der Nürnberger Protokolle abschreiben lassen, die sich mit verschiedenen Denkschriften Oberländers über die Verwendung der Ukraine nach dem „Endsieg" beschäftigen. Diese Unterlagen sollen der Sowjetbotschaft in Rolandseck zu Publikationszwecken zugeleitet werden. Im Licht dieser Denkschriften werden Forderungen des Ministers, wie beispielsweise die nachfolgende, natürlich in einem besonderen Licht erscheinen: „Vielleicht kann ein heißer Krieg ohne vorherigen Sieg im kalten überhaupt nicht mehr gewonnen werden". (12. 3. 1954) Oder: „In die Herzen der Jugend die Ostmission einzupflanzen heißt, dem Druck des zum Bersten gefüllten Lebensraumes der Deutschen ein natürliches berechtigtes Ventil zu öffnen". (1954) Oder: „Unsere gemeinsame große Aufgabe ist heute der Osten. Es gilt, die Aufgabe zu lösen, das Abendland wieder nach dem Osten zu tragen". (In der Zeitung „Das Parlament" vom 24. 3. 1954.)

Der Reigen „schöner Geister" wäre unvollständig, bliebe Adenauers Staatssekretär Dr. Hans Globke ausgeschlossen. Über diesen Mann ist schon viel geschrieben worden, handelt es sich doch bei ihm um den Verfasser des amtlichen Kommentars zu den Nürnberger Rassegesetzen, die den „gesetzlichen Rahmen" zur Vernichtung und Drangsalierung von Abermillionen Juden abgaben. Der ehemalige Bundesjustizminister Dr. Thomas Dehler: „Globke hat einem Geist gedient, dem Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind".

Globke hat den Kommentar nicht unter Zwang, sondern freiwillig verfaßt. Trotzdem fehlt es nicht an Versuchen (Adenauer: „Ich wüßte keinen, den ich an seine Stelle setzen könnte"), Globkes Werk als Produkt reiner Nächstenliebe zu bezeichnen. Diesen Versuchen trat der sozialdemokratische Rechtsexperte Dr. Arndt mit der sarkastischen Erklärung entgegen: „Ebensowenig wie es möglich ist, die Satzung eines aus Verbrechern gebildeten Ringvereins oder die Hausordnung eines Bordells zum Gegenstand einer rechtswissenschaftlichen Erläu-

terung zu machen, ist es möglich, das Nürnberger Recht als geeignet für ein juristisches Buch zu behandeln".

Um die Bedeutung des von Freisler als „besonders wertvoll" gelobten Globke-Kommentars zu erläutern, sei auf den Paragraphen drei des Nürnberger Gesetzes verwiesen, des sogenannten Blutschutzgesetzes: „Juden dürfen weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren in ihrem Haushalt nicht beschäftigen". Globkes Kommentar lautete, dieser Paragraph sei nötig, um deutsche Hausmädchen „vor rasseverderblichen geschlechtlichen Gefährdungen zu schützen". Eine im Rassegesetz nur als „verboten" bezeichnete Ehe zwischen einem „Deutschblütigen" und einem Juden wurde von Globke als „strafbar" bezeichnet. So sorgte der damalige Oberregierungsrat auf seine Weise für eine Verschärfung der Nürnberger Gesetze. Er war es auch, der Katholiken jüdischer Abkunft das im Konkordat ausdrücklich vorgesehene Recht, sich im „schweren Notstand" ohne vorangegangene standesamtliche Eheschließung von der Kirche trauen zu lassen, verweigerte. „Da das Judentum", so kommentierte Globke, „seinem Blut und innersten Wesen nach dem Deutschtum fremd ist, sind Spannungen zwischen beiden Völkern die notwendige Folge". Jedes Volk werde „durch die Aufnahme artfremden Blutes in den Volkskörper in seiner Lebensfähigkeit beeinträchtigt. Eine Hauptsorge sollte daher die Reinerhaltung des Blutes sein."

Globkes Machtstellung in Bonn ist unbestritten. Wenn keiner Zugang zu Adenauer erhält, Globke wird vorgelassen. Im Zusammenhang mit dem Hallstein-Blankenhorn-Prozeß ließ er die Justiz seine Machtfülle spüren. Er verweigerte über ein Jahr lang die Herausgabe von Akten und die Aussagegenehmigung für eine Reihe von Beamten. Wer genau wissen möchte, wen Adenauer zu seinem Nachfolger bestimmt hat, müßte Globke fragen. Globke weiß alles, sieht alles, hört alles und kann alles. Adenauer will ihn als Staatssekretär in das Bundespräsidialamt mitnehmen.

Neben Globke wirkt Heinrich von B r e n t a n o , den eine Laune des Kanzlers auf den Stuhl des Bundesaußenministers setzte, farblos und zwergenhaft, ohne jedes Format. Und doch paßt er in den hier geschilderten Kreis. Servil bis „zum Letzten", um eines seiner Lieblingsworte zu gebrauchen, machte und macht er sich zum Sprachrohr der Politik Adenauers. Im „Dritten Reich" war Brentano „dagegen", gehörte nicht der NSDAP an, besaß allerdings auch nicht den Mut zu Widerstandshandlungen. Es reichte nicht einmal zur „inneren Emigration". So wie Strauß hat auch Brentano sich stets den jeweiligen Zweckmäßigkeiten angepaßt. So erklärte er am 25. 8. 1950: „Wir glauben nicht, daß die Wiederbewaffnung Deutschlands irgendwelchen deutschen Interessen dienen könnte. Auch glauben wir nicht, daß wir auf einem solchen Weg zum Frieden Europas beitragen." Derselbe Mann hielt am 10. Juli 1957 in Augsburg anläßlich der Tausendjahrfeier der Schlacht auf dem Lechfeld seine berüchtigte Hunnenrede: „Damals standen vor den Toren des Abendlandes die heidnischen Nomadenscharen des Ostens, und wiederum sehen wir der Gefahr ins Auge, daß das Abendland von ihnen überrannt wird. In gewisser Beziehung ist die Gefahr heute noch gewaltiger als damals . . . Das neue Heidentum, mit dem wir jetzt zu rechnen haben, ist ein Heidentum des weltlichen Fanatismus."

Zu einer Zeit, da die Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomsprengkörpern längst beschlossene Sache war, erklärte Brentano in einer Stellungnahme zu einer sowjetischen Note, die vor der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr warnte, am 27. April 1957 im Bundestag: „Die Note geht in ihrer Einleitung davon aus, daß die deutsche Bundesregierung die Absicht habe, die Bundeswehr mit

Atomwaffen auszurüsten. Auf diese Behauptung ist die ganze umfangreiche Note aufgebaut. Die Behauptung ist falsch".

Bezüglich der Ostgrenzen tat Brentano, wie ihm der Kanzler geheißen. „Ich habe sehr eindeutig erklärt", verkündigte er am 2. Mai 1956 im Südwestfunk, „und ich wiederhole es heute: es gibt keine deutsche Bundesregierung, weder heute noch morgen, die die Oder-Neisse-Linie als Grenze anerkennen kann". Mit dieser Erklärung hielt Brentano sich getreulich an die im Feldherrnton von Dr. Adenauer am 16. 11. 1954 in Limburg abgegebene Erklärung: „Wir sind auf dem Wege, die Sowjetzone zurückzuholen, wenn die westliche Welt eine entsprechende Stärke haben wird."

Die Anbetung militärischer Stärke durch den Bundeskanzler und alle, die blieben, nachdem er gegangen ist, hat dazu geführt, daß sich die stursten Parteigänger Hitlers, die blindesten Befehlsempfänger und Marschierer, aufs Neue bestätigt sehen. So erklärte beispielsweise der ehemalige NS-Generaloberst S t u d e n t auf dem Fallschirmjäger-Bundestreffen in Freiburg, eine Arbeitsgemeinschaft der Traditionsverbände habe beschlossen, „jeglicher Diffamierung der alten Soldaten Einhalt zu gebieten". Es gebe zu viele Kubys und zu wenig Ramckes. Die Fallschirmjäger der früheren Wehrmacht, so sagte Student, hätten schon vor 20 Jahren ein richtiges inneres Gefüge gehabt. Heute sei der Nymbus des deutschen Soldaten wieder ein Faktor der Weltpolitik.

Es war nicht allein diese Rede, die sichtbar werden ließ, wohin unser Schiff gesteuert werden soll und in welchen Gewässern es bereits treibt. Zu dem Treffen in Freiburg war in trauter Gemeinsamkeit mit dem in Italien als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilten und später begnadigten Ex-Feldmarschall K e s s e l r i n g und dem „Soldatenverheizer" Ramcke der amerikanische General S h e r b o u r n e erschienen. In seiner Eigenschaft als stellvertretender Befehlshaber der 7. amerikanischen Armee in Deutschland leitete er eine offizielle amerikanische Abordnung!

•

Der Kanzler ging — aber es sind Politiker geblieben, die seinen Kurs fortsetzen wollen. Auch die Generale sind geblieben. Daß es die Generale einer längst überlebten Zeit sind, macht die Sache um so schlimmer. Es bleibt noch viel zu tun, einer neuen Politik zum Durchbruch zu verhelfen.

Dr. med. Ernst Hass

Der Geist von Solferino

Solferino ist ein kleines Nest südlich des Gardasees. Dort hat vor 100 Jahren, am 24. Juni, eine denkwürdige Schlacht stattgefunden. Seine aktuelle Weltberühmtheit verdankt das Schlachtfeld von Solferino aber nicht den damaligen Feldherrn, sondern dem Schweizer Menschenfreund Henri Dunant, den das namenlose Elend der Verwundeten ebenda so sehr ergriff, daß er Jahre später das Genfer Rote Kreuz gegründet hat. Inzwischen ist daraus, wie man weiß, eine Weltorganisation mit etwa 125 Millionen Mitgliedern geworden, und es nimmt nicht wunder, wenn man demnächst in Solferino ein repräsentatives Denkmal enthüllen will. Delegationen aus aller Herren Länder werden daran teilnehmen. Auch die vorgesehenen Rahmenveranstaltungen dürften höchst eindrucksvoll ausfallen. Für die zahllosen Gäste wird eine riesige Zeltstadt zur Verfügung stehen. Aber nicht nur in Solferino soll gefeiert werden. Auch die vielen nationalen Rot-Kreuz-Gesellschaften machen alle Anstalten, das große Jubiläum würdig zu begehen. So plant das Deutsche Rote Kreuz für den 21. 6. eine Feierstunde im Bundeshaus. Die Landesverbände wollen den Kreisverbänden rechtzeitig geeignetes „Rednermaterial" zukommen lassen. Radio- und Fernsehsendungen sind in Vorbereitung. Sogar eine entsprechende Umbenennung von ansehnlichen Straßen und Plätzen wurde bereits angeregt. Überall soll zu öffentlichen Feiern aufgerufen werden — und so wird der allgemeine Rummel sicher nichts zu wünschen übrig lassen.

In der Tat hat sich das Rote Kreuz speziell während der letzten Jahrzehnte zu einer riesigen Organisation entwickelt. Tatsächlich wurde von unzähligen freiwilligen Helfern bei allen erdenklichen Gelegenheiten immer wieder Vorbildliches geleistet. Der Geist von Solferino hat sich wirklich mächtig ausgebreitet! Wie aber steht es mit ihm außerhalb des Roten Kreuzes? Hat es nicht den Anschein, als habe der Rot-Kreuz-Gedanke bisher nur Macht über die Machtlosen erlangt? Die vielen schönen Reden, die das Solferino-Jahr bringen wird, sollen uns an diesem wichtigsten Punkt nicht vorbeiführen.

Der Grundgedanke des Roten Kreuzes ist es bekanntlich, bei kriegerischen Verwicklungen alle Kampfunfähigen wie überhaupt alle nicht direkt am Kampf Beteiligten aus dem militärischen Geschehen herauszunehmen, um ihnen ein menschenwürdiges Weiterleben zu ermöglichen. In diesem Sinn regelt die erste Genfer Konvention das Verhalten gegenüber Verwundeten und Kranken im Feld, während die zweite Konvention entsprechende Richtlinien für den Krieg auf See festlegt. Die folgenden zwei Konventionen, wie sie in monatelangen Verhandlungen der Jahre 1948/49 ausgeklügelt wurden, gehen darüber noch weit hinaus. So bestimmt die dritte Konvention, daß Gefangene mit Menschlichkeit zu behandeln und vor jeder Verletzung ihrer Ehre und ihrer Gesundheit zu schützen seien. Unzählige Einzelheiten werden genau vorgeplant, vom Postempfang bis zu den Folgen eines mißglückten Fluchtversuches. — Noch wichtiger ist die vierte Konvention. Sie befaßt sich mit dem Schutz der Zivilbevölkerung. Auch hier werden zahllose Anweisungen gegeben. Zivile Ziele dürfen prinzipiell nicht bekämpft werden. In besetzten Gebieten sind Zwangsdeportationen wie überhaupt Grausamkeiten aller Art verboten. Für den Familienzusammenhalt und für die Pflege und Erziehung der Kinder ist bevorzugt zu sorgen. Jede Zwangsarbeit wird unter ausführliche Schutzbestimmungen gestellt. Zum Waffendienst darf die Bevölkerung besetzter Gebiete überhaupt nicht herangezogen werden. Ihre ausreichende

Versorgung mit Nahrungs- und Arzneimitteln ist zu gewährleisten. — Eine moderne Besatzungsmacht hat es also, wie man sieht, gar nicht so leicht!

Damit gegebenenfalls alles wirklich wie am Schnürchen läuft, will man schon in Friedenszeiten Sicherheits- und Sanitätszonen errichten, die so organisiert sein sollen, daß alle irgendwie hilfsbedürftigen Personen in ihnen Schutz vor den lästigen Kriegsfolgen finden können. Speziell mit dieser 4. Genfer Konvention wollte man ein Gegengewicht gegen die zerstörerischen Kräfte des totalen Krieges schaffen — und es ist immerhin ermutigend, daß man sich wenigstens irgendwo und irgendwann auf unserer unruhigen Erde den nächsten Krieg so wohlgeordnet vorgestellt hat.

Leider sieht die Wirklichkeit nicht ganz so rosig aus. Zwar kann man behaupten, bis 1914—18 seien die Kriege, alles in allem, doch irgendwie ritterlicher geworden. Von da an steht aber dem Geist von Solferino eine politisch-militärische Entwicklung gegenüber, die nach diametral entgegengesetzter Richtung weist. Schon im Frieden haben die modernen Diktaturen ihre politischen Gegner in einer Art und Weise behandelt, die jeder Beschreibung spottet. Der zweite Weltkrieg brachte mit seinen Millionenzahlen von Verwundeten, Gefangenen, Flüchtlingen und Vertriebenen vollends Verhältnisse, die in gar keiner Weise mehr zum Geist von Solferino paßten. Schließlich ist es gegen Ende des Krieges den USA erstmals gelungen, durch einen einzigen Druck auf den Knopf rund 200 000 Menschen, natürlich ohne Ansehen der Person, auf einen Schlag zu verbrennen und damit in Sekundenbruchteilen mehr zu leisten, als es etwa der Inquisition, der grauenhaftesten mittelalterlichen Einrichtung, in jahrelangen Bemühungen möglich war.

Diese Entwicklung versuchte man durch die oben schon erwähnte Vermehrung und Erweiterung der Genfer Konvention abzufangen. Aber umsonst! War es im 2. Weltkrieg nicht mehr möglich, den alten Genfer Abmachungen praktisch nachzukommen, so würde ein Krieg mit nuklearen Waffen deren Befolgung schon theoretisch völlig aussichtslos machen — von jenem neuen Vertragswerk überhaupt ganz zu schweigen. Die Auseinandersetzungen, auf die man sich gegenwärtig in Ost und West unter Einsatz ungezählter Milliarden vorbereitet, verdienen bekanntlich nicht einmal mehr die Bezeichnung „Krieg", sofern man darunter auch weiterhin einen Kampf verschiedener Streitmächte gegeneinander verstehen will. Selbst mit dem Begriff „Massenmord" ist noch nicht die voraussichtliche Gegenseitigkeit der Vernichtung, das lebenslängliche Siechtum unzähliger Menschen, ist noch nicht die Verseuchung des Lebensraumes auch der unbeteiligten Völker, nicht die genetische Schädigung kommender Generationen miterfaßt.

Was sollen Sanitäts- und Sicherheitszonen, wenn auf 10 000 km Entfernung geschossen wird, wie will man die Kampfunfähigen und die Zivilpersonen aus einem Vernichtungswerk herausnehmen, vor dem sich nicht einmal die abgelegensten Kontinente noch die Menschen fernster Zeiten bewahren ließen? Die Vorstellungswelt der Genfer Konventionen ist zu einer einzigen, völlig unrealistischen Illusion geworden. Strahlen töten ohne Ansehen der Person, radioaktive Wolken gehen dahin, wohin der Wind sie treibt.

Aber damit noch nicht genug! Die Genfer Konventionen versprechen dem einzelnen alle möglichen Sicherheiten für den Kriegsfall. Indessen fordern bekanntlich schon die im „Frieden" stattfindenden Testexplosionen nach Ansicht führender Experten ungezählte Opfer. Vielleicht wäre es gut, jeder unserer Politiker hätte wenigstens schon einen einzigen Leukämiekranken auf die bekannt qualvolle, wirklich elendeste Weise verenden sehen. Auch ein gelegentlicher Aufenthalt in einem Heim für mißbildete und idiotische Kinder könnte für alle Atomstrategen nur nützlich sein. — Indessen interessiert hier nur, daß die Atom-

mächte gegenwärtig nicht nur einen Krieg vorbereiten, in dem sie prinzipiell gegen die von ihnen feierlich unterzeichneten Genfer Konventionen verstoßen müßten, sondern daß sie auch jetzt schon in verbrecherischer Weise eine unkontrollierbare Zahl von Menschenleben ihrem Rüstungswahn opfern, indem sie unseren gemeinsamen Lebensraum radioaktiv verseuchen.

Wie verhält sich nun eigentlich das Rote Kreuz dieser Entwicklung gegenüber? Gewiß, man hofft, es werde kein Krieg kommen. Das gehört sozusagen zum guten Ton. Im übrigen aber läßt man die Dinge treiben, ja man ist sogar bereit, rüstenden Regierungen gewisse Vorkehrungen zum Schutz der Bevölkerung abzunehmen. Strahlenschutzlehrgänge werden abgehalten, Bergungsübungen aus „radioaktivem Gelände" inszeniert, usw. usw. Wird damit nicht geradezu der Grundgedanke der Genfer Konventionen verraten? Denn der Harnisch ist doch nicht nur Sicherung, er ist als solche zugleich eine Erleichterung des Angriffes und somit ein Teil desselben. Noch dazu kann bekanntlich auch das schönste Strahlenschutzprogramm die allgemeine Schutzlosigkeit gegen Atomwaffen nicht ändern, höchstens verschleiern, ein Volk nicht retten, sondern nur verdummen, d. h. in relativer Sicherheit wiegen und damit angriffslustiger machen. Dazu wird sehr geschickt immer nur von Schutzmaßnahmen gegen den momentanen Atomblitz und gegen vergleichsweise lächerliche Luftdruckschäden gesprochen. Die Dauerwirkung, der wesentlichste Schaden also, der sich über eine unabsehbare Zahl von Generationen erstrecken würde, wird in verlogener Selbstherrlichkeit kaum je erwähnt!

Ein Großteil der 73 Signatarstaaten der Genfer Konventionen ist wortbrüchig geworden, und das Rote Kreuz hat diese Entwicklung hingenommen. Aber geht es denn bei der praktischen Entwertung der Konventionen nicht zugleich um die Existenzberechtigung des Roten Kreuzes selbst? Man verfügt in Genf bekanntlich über keine direkten Machtmittel. Aber wäre es, schon um das Gesicht zu wahren, nicht umso dringender nötig, wenigstens die tatsächlich vorhandenen, ungeheuren moralischen und propagandistischen Möglichkeiten in die Waagschale zu werfen? Der „Gedanke der allseitigen uneingeschränkten Hilfe für den Nächsten", wie der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes kürzlich formuliert hat, liegt unseren Politikern der Stärke nicht. Der Geist der Vernunft und der Menschlichkeit bedürfte erst noch mächtiger Hilfen, um endlich auch auf höchster politischer Ebene Fuß zu fassen. So, wie die Dinge heute liegen, ist jedenfalls kein Grund, in Solferino allzu groß zu feiern.

Dennoch ist eine Zukunft denkbar, in welcher die Vorstellungen eines Henri Dunant eine ungleich größere Rolle spielen könnten als je zuvor; denn es zeichnen sich Entwicklungen ab, die über kurz oder lang eine völlige Umkehr der bisherigen politisch-militärischen Trends bewirken werden. Bekanntlich versteht man unter Politik nicht nur die Summe aller jener Tätigkeiten, die auf Führung und Verwaltung des Staates gerichtet sind. Es ist sehr bezeichnend, daß Politik ebensogut eine bestimmte Handlungsweise bedeutet, deren Besonderheit es ist, sich nicht an menschlichen, an personellen oder an Sachwerten auszurichten, sondern ausschließlich an Machtwerten. Die Politik ist somit ein Tätigkeitsbereich mit eigenen, ganz spezifischen Normen. Politische Motive, Argumente und Handlungen können durchaus im Gegensatz stehen zu moralisch oder wirtschaftlich oder sonst irgendwie sachlich begründeten Auffassungen. Doch ist diese klassische Ideologie der Macht heute von zwei Seiten her schweren Angriffen ausgesetzt.

Früher konnte der Kampf um die Rangordnung der Völker auf militärischer Ebene erfolgen. Die Verfügungsmöglichkeit über totale Macht läßt indessen den Krieg als Vergleichssystem der Kräfte und somit als Mittel der Politik ausschei-

den. Bomben, die eine absolute Todeszone von 1000 und mehr Quadratkilometern haben, sind übrigens auch philosophisch gesehen kein Mittel mehr, denn jedes Mittel setzt ein Ziel voraus, dem es unterstellt bleiben muß. Die Verwandlung der Erde in einen radioaktiven, lebensfeindlichen Aschenhaufen ist aber kein Ziel, das innerhalb normalen menschlichen Denkens irgendwo Raum finden könnte. Der amerikanische General Putt hat vor einem Kongreßausschuß erklärt, die Amerikaner müßten eine nukleare Raketenvergeltungsbasis auf dem Mond einrichten. Auf die Frage, was geschehen solle, wenn die Russen das gleiche täten, antwortete er, dann müsse man eben Basen auf dem Mars oder auf der Venus schaffen. Die militärische Ideologie der Macht läßt sich schwerlich noch vollständiger ad absurdum führen!

So ist eine Theorie, der man seit Menschengedenken angehangen hat, vor unseren Augen unter die Räder der modernen Physik geraten. Auch die dazugehörige Praxis macht, sinnentleert und mit dem Odium gemeinster Verbrechen gegen die Menschlichkeit belastet, keine allzu gute Figur mehr. Wie lange wird sie in Form gewaltiger Arsenale, in Form eingefahrener Denk- und Arbeitsmethoden unzähliger Stäbe und Behörden noch ihre unheilschwangere Existenz fristen können, wie lange werden zahllose wirtschaftliche Bindungen und antiquierte, aber zählebige Leitbilder und Vorurteile dem chauvinistisch-militärischen Ungeist noch Macht über Millionen verblendeter Menschen verleihen?

Vor allem hat also eine maßlose Übersteigerung der Mittel das reine Machtdenken, das so lange für jede westliche Außenpolitik charakteristisch war, hoffnungslos entwertet. In Ergänzung dazu macht die moderne Soziologie immer offenkundiger, wie die Spannungen, die sich im Verhältnis der Völker untereinander ergeben, weit weniger auf dem Kollidieren materieller Interessen beruhen, als vielmehr auf den Unterschieden des Denkens und des Fühlens und den daraus hervorgehenden Divergenzen, Mißtrauenshaltungen, Mißverständnissen, Fehlbeurteilungen und Irrtümern. Man kennt heute die Gesetzlichkeiten sehr genau, nach denen sich aus der Familie und der Volksgemeinschaft heraus die einzelnen Gesellschaftsformen entwickeln, die seelischen Haltungen und die Denkweisen der Völker, die maßgebend sind für die Art der sozialen Beziehungen fremden Gemeinschaften gegenüber. Auf dieser Ebene sind die klassischen Mittel der Politik nicht anwendbar. Bomben und Raketen bleiben den tatsächlichen Grundlagen der modernen menschlichen Probleme gegenüber völlig machtlos.

Deshalb mehren sich die Stimmen, die jede militärische Machtentfaltung für sinnlos erklären und statt dessen für intensive politisch-psychologische Anstrengungen plädieren. Nachgerade wird es unserer Außenpolitik nicht mehr als Stärke, sondern als unverzeihliches Unvermögen, als verhängnisvolle Schwäche angerechnet, daß sie ohne den Begriff des Krieges nicht arbeitsfähig zu sein glaubt. — Die Innenpolitik genießt einen vergleichsweise besseren Ruf. Die Ideologie der Macht hat hier bereits einen gewissen Aufweichungsprozeß erfahren. Etwa in der Kultur-, der Sozial- oder der Wirtschaftspolitik ist allein mit Machtwerten, ganz ohne personelle oder sachliche Bezugssysteme schlecht auszukommen. Die klassische „Unterscheidung zwischen Freund und Feind" läßt sich hier nicht mehr halten. Der „Gegner" neigt dazu, zum „Partner" zu werden. Erfaßte eine solche Entwicklungstendenz auch einmal die Beziehungen der Völker untereinander, so könnte sehr rasch — anstelle der bisherigen Kriege — der Geist gegenseitiger Hilfeleistung als das geeignetere Mittel zum Ausgleich vorhandener Spannungen erkannt werden. Es liegt auf der Hand, welch' ungeheure praktische Möglichkeiten sich damit gerade auch dem Roten Kreuz bieten würden.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß im Solferino-Jahr kaum die Rede davon sein kann, wie herrlich weit wir es etwa schon gebracht haben. Immerhin mögen Optimisten hoffen, es werde sich auch weiterhin jede ruckartige Erschütterung vermeiden lassen, so daß Entwicklungen zum Tragen kämen, die das Ende jeder sturen Machtpolitik bedeuten würden und die somit das ungeheure Elend immer wiederkehrender Kriege endgültig verhüten ließen. Selbst die heute schon anlaufende Schädigung der Menschheit durch strahlende Körper könnte, neben den grauenhaften Opfern, die sie auf jeden Fall fordern wird, dem Geist von Solferino ungeheuren neuen Antrieb geben — ja sie würde sogar, freilich mit großer Verspätung, seine Anerkennung auch durch die Mächtigen dieser Erde erzwingen. — Das wäre immerhin ein wichtiges Nahziel. Kann es die Menschheit darüber hinaus jemals lernen, das eigene Leben so gut zu verwalten, daß es nicht mehr nötig ist, Elend zu lindern, weil Elend nicht mehr gedeiht, daß es nicht mehr nötig ist Wunden zu heilen, weil keine Wunden mehr geschlagen werden? Wie lange werden wir noch nach Solferino blicken müssen — statt es getrost vergessen zu können?

Ludwig Ritter von Rudolph

Die unbewältigte Vergangenheit

In dieser teils anklagenden, teils entschuldigenden Wendung stecken Fragen, die niemand stellt und niemand beantwortet. Woran liegt es, wenn die Vergangenheit nicht bewältigt wird — wollen wir nicht oder sind wir dazu nicht imstande? Da uns weder die Hilfsmittel noch die Anlässe zu Nachdenklichkeit und Bilanzziehung ermangeln, liegt es wohl oder übel am Willen.

Es ist nicht das erste Mal, daß wir unserer Geschichte auszuweichen trachten. Der gleiche Vorgang vollzieht sich seit 150 Jahren ziemlich regelmäßig, eine für uns Deutsche bezeichnende psychische Verhaltensweise offenbarend. Wir verweigern dem das Ohr, der uns sagen könnte, warum verdorrte, was 1813 gedeihen wollte — warum die Erinnerung an das Jahr 1948, als hätten wir uns seiner zu schämen, unterdrückt wurde — warum der Erfolg von 1871 eine Epoche von Fehlleistungen einleitete, die mit den Zusammenbrüchen von 1918 und 1945 endete. Sich damit zu trösten, an den Rückschlägen unserer Geschichte seien eben das über uns waltende „tragische Verhängnis" und die finsteren Pläne neidischer Konkurrenten schuld, ist unstreitig bequemer.

Zur Historik, die jene Taubheit mitverursacht hat, gehört wie zur Medizin zweierlei: Diagnose und Therapie. In der Diagnose hatten es die offiziösen Historiker des 19. Jahrhunderts, Treitschke voran, weit gebracht — auf einer abschüssigen Straße freilich. Das „Wesen der grundfalschen weltpolitischen

Orientierung" umschreibt Friedrich Wilhelm F o e r s t e r[1]) mit den Worten: „Es ist der tödliche Irrtum, zu glauben, daß der, der in der Mitte sitzt, nach Macht schreien müsse, während er in Wirklichkeit nach Recht rufen und selber das Beispiel des Rechtssinnes geben muß, wenn er nicht will, daß er eines Tages von allen Himmelsrichtungen her eingekreist werde und das gleiche Schicksal der Entrechtung und Entmachtung erfahre, das er den anderen zugedacht hatte." (S. 172)

Weil er sich mit Überlegungen befaßt, die die Chronisten ablehnen, mit therapeutischen nämlich, genießt Foerster bei ihnen kein hohes Ansehen. Die Prophylaxe, zu der sie sich bisweilen verstehen, erschöpft sich darin, überalterte Begriffe von Staat und Gesellschaft nach wie vor blinder Verehrung zu empfehlen. Indirekt natürlich, wie Gerhard R i t t e r in der Studie ‚Staatskunst und Kriegshandwerk', die dem ‚Handwerk' die Auszeichnung erweist, als gleichrangig neben der Staatskunst genannt zu werden. — Gleichrangig hin, gleichrangig her, stirnrunzeln die Militärs; die Herren des Staates sind wir.

Daß die Gelehrten noch nicht zu einer Diagnose gelangt sind, begründen sie mit der allzu großen Nähe der Jahre 1918/1945, die eine Sichtung der Quellen, sofern sie überhaupt zugänglich sind, erschwere. Die Erklärung klingt plausibel, trägt jedoch den vielen zeitgenössischen Niederschriften und Vorträgen, die durchaus als ‚unmittelbarste Urkunden' (Ranke) gelten können, nicht Rechnung. Im folgenden wird eine Auswahl von in den Wind geredeten Warnungen vorgelegt. Der Autor gibt Männern das Wort, die fähig waren, ihre Gegenwart an der Logik der Geschichte zu messen, und bereit, sich öffentlich zu äußern. Er wendet dabei einem konkreten Falle mehr oder minder absichtlichen Verschweigens Aufmerksamkeit zu.

Vor Jahren schon empfand es der Neuzeitler Fritz E r n s t als beinahe beschämend, daß die Dolchstoßvorstellung von deutscher Seite bisher nicht umfassend untersucht worden ist. Das hat sich kaum geändert. Wer aus den Akten erfahren will, ob dem Dolchstoß und seinen Ausstrahlungen ein legitimer Platz in unserer Geschichte gebührt, wird sie bald wieder schließen; die Kriegsgewaltigen waren schlau genug, das von ihnen erfundene Phantom nicht zu den Akten zu nehmen. Trotzdem war der Dolchstoß eine Realität, wenn auch eine imaginäre, und mit ihr trat Unterschwelliges zutage, dessen Deutung man nicht denen überlassen darf, die eine bewältigte Vergangenheit fürchten. Die Mahnung M e i n e c k e s, das Unterschwellige im „Hauch der Zeitatmosphäre, in der sich unser Schicksal vollzog, und die man kennen muß, um dies Schicksal ganz zu verstehen", einzufangen, verhallte ins Leere. (‚Die deutsche Katastrophe', S. 6/7; E. Brockhaus Wiesbaden)

Friedrich Meinecke hat die Zeitgeschichte bereits 1915 mit den Augen des Forschers und akademischen Lehrers betrachtet, wie sein Versuch[2]) zeigt: „. . . durch eine Vorlesung (Universität Berlin) Klarheit zu gewinnen über das eigentliche Wesen der Spätwilhelminischen Aera." (S. 174) Für die Wissenschaft schien er nicht mehr vorhanden, als er sich im Lauf des Krieges immer weiter vom rechtmäßigen Glauben entfernte. Erst heute werden seine Werke gesammelt herausgegeben[3]); die nachstehenden Zitate stammen aus Band 2 ‚Politische Schriften und Reden'. (1958)

---

[1]) ‚Erlebte Zeitgeschichte', 1869—1953; Glock und Lutz Nürnberg 1953. Auf S. 175 eine merkwürdige Prophezeiung Richard W a g n e r s (1879): „Ich sehe für die Mitte des kommenden Jahrhunderts den Rückfall der Menschheit in barbarische Zustände voraus."

[2]) ‚Erinnerungen'; K. F. Koehler Stuttgart 1949

[3]) Siegfried Toeche-Mittler Darmstadt

September 1917: „Wir in Deutschland haben als erste, dringendste und wichtigste Aufgabe vor uns, den alldeutschen Geist, der während des Krieges ... tief in die gebildeten Schichten eingedrungen ist, wieder auszuschwefeln aus den Köpfen. Seine einstige Mission ..., uns aufmerksam zu machen auf die Gefahren der Weltlage und auf die weltpolitischen Aufgaben unserer Zukunft, hat er längst erfüllt und hat sie schon vor dem Kriege weidlich gemißbraucht zur Benebelung des politischen Denkens." (S. 197) — Ende November 1918: „Bismarcks Werk war ... ein Wunderwerk von Zusammenfassung staatlicher und nationaler, alter und neuer Kräfte, aber es fehlte ihm, weil es in seiner Spitze Obrigkeitsstaat blieb, die letzte und höchste Kohärenz, — es war ein verborgener Riß in ihm, und Bismarck hat selber diesen Riß noch erweitert durch die falsche Taktik seines Kampfes gegen die Sozialdemokratie, durch die Abtreibung der Massen vom Staate." (S. 266) — Ende Juni 1922, in einer Wiener Zeitung: „Man hat bei uns ganz vergessen, daß die Anfänge der Dolchstoßlegende schon im Oktober 1918, also vor dem ‚offiziellen' Dolchstoß auftauchten, ... daß sie ihren wahren Ursprung nicht in den Ereignissen des 9. November 1918 hat, sondern in der verzweifelten und verbissenen Mentalität derer, die aus ihren eigenen Fehlern nicht lernen wollten." (S. 332/333) — Am 16. Juni 1945, in der soeben von den Amerikanern zugelassenen ‚Münchener Zeitung': „Ich war im Frühjahr 1933 der letzte, der, zwei Tage vor dem Reichstagsbrand, öffentlich vor Hitler gewarnt hat. Dann kam der Terror, und wir, die wir in dem blendend begonnenen Werke Hitlers von vorneherein etwas Satanisches, dem Geiste christlich-abendländischer Kultur Feindliches spürten, mußten schweigen." (S. 484)

Es entlastet die Historiker nicht, wollten sie sagen, sie haben die da und dort verstreuten Ausführungen Meineckes nicht gekannt. Die ‚Deutsche Katastrophe' ist im August 1946 erschienen, ohne daß das Buch eine greifbare Wirkung ausgeübt hätte.

Wird doch selbst der Mann kaum beachtet, der die Kriegsgeschichte fakultätswürdig gemacht hat. Zwar liegt über Hans Delbrück seit 1955 eine Monographie[4]) vor, aber auch sie berichtet über die großen Auftritte, bei denen er als ‚Kritiker der Wilhelminischen Epoche' agierte, nur nebenbei. Die Auftritte boten sich mit den Gutachten vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß der Weimarer Republik und mit der Sachverständigenaussage im Münchner Dolchstoßprozeß im November 1925. Seiner Unbedingtheit vor Gericht[5]) sei rühmend gedacht: „Da kann ich ihm (dem Kläger Paul Cossmann) nicht helfen, sie (die Behauptung von der Schuld der Sozialisten) ist eine Geschichtsfälschung um so schlimmerer Art, als sie gleichzeitig eine Volksvergiftung darstellt. Den Sieg des Verteidigungskrieges wollten alle mit Einschluß der Mehrheits- und der Unabhängigen Sozialisten, aber nicht den des wahnsinnigen wahnwitzigen Eroberungskrieges."

Mit ehrendem Zuruf feiert ihn der letzte kaiserliche Reichskanzler Prinz Max von Baden, dessen ‚Erinnerungen und Dokumente'[6]) der hochbetagte Delbrück noch erlebt hat. „Es war nicht allein sein rascher Blick für das Wirkliche und sein kühner Griff nach dem Wesentlichen, was ihn heraushob. Aus jedem seiner Blicke und Worte leuchtete eine Liebe zu Deutschland, die ich nicht anders als ‚zärtlich' nennen kann." (S. 119) Ohne namentlich auf sie einzugehen, wider-

[4]) Droste Verlag Düsseldorf
[5]) Der Dolchstoßprozeß; Birk München Dez. 1925
[6]) Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart 1927

legt das Buch die Dolchstoßlüge aus der Schau des Nächstbeteiligten auf das gründlichste.

Vier Jahre früher hatte der Chef des Generalstabs beim Oberbefehlshaber Ost, General Max Hoffmann, die Studie ‚Der Krieg der versäumten Gelegenheiten'[7]) herausgegeben, die deutlich zeigt, daß der Offizier so wenig wie der Staatsmann an den Dolchstoß geglaubt hat. „Der große Durchbruch (März bis Mai 1918) gelang nicht; statt nun zu erkennen, daß damit die letzte Siegeschance verwirkt war, statt sich von diesem Moment ab auf reine Defensive zu beschränken und die Reichsleitung darauf aufmerksam zu machen, daß es höchste Zeit sei, auf politischem Wege einen Verhandlungsfrieden zu suchen, setzte Ludendorff die Offensive fort, bis die letzte Kraft des Heeres erschöpft war." (S. 169)

Ebenfalls 1923 erschien — anonym — das viel angefeindete Buch ‚Die Tragödie Deutschlands'[8]); Verfasser war der bayerische Generalstabsoffizier Franz Carl Endres. Darin finden sich Sätze wie dieser: „Daß Deutschland vollkommen wehrlos war, wußte die Entente ... und jeden Zweifel daran nahm ihr das geradezu unerhörte Verhalten Ludendorffs, der, nachdem er jahrelang alle Friedensschritte hintertrieben hatte, plötzlich die Flinte ins Korn warf und binnen 48 Stunden Waffenstillstand wollte." Oder wie jener: „Die amtlichen Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes bringen eine Reihe von Dokumenten, die klar erweisen, daß dieses Schlagwort eine nachträgliche Konstruktion war, um die Schuld auf andere abzuwälzen." (S. 231/234)

Erwähnt seien unter den ‚Prophetien wider das Dritte Reich' die Artikel des früheren Chefredakteurs der ‚Münchner Nachrichten' Dr. Fritz Gerlich und des Paters Ingbert Naab in ‚Der gerade Weg' (Sammelband München August 1946) ... und unter den Verneinern der Dolchstoßfabel der ehemalige bayerische Ministerpräsident Hugo Graf Lerchenfeld, der in die von ihm überarbeiteten ‚Erinnerungen und Denkwürdigkeiten' seines gleichnamigen Onkels — 1888 bis 1918 bayerischer Gesandter in Berlin — die Bemerkung einschob: „Die Dolchstoßtheorie wird Lerchenfeld nicht als Zeugen in Anspruch nehmen können." (S. VII) Das Buch[9]) erschien im Jahr 1935, im Schatten des Hakenkreuzes.

Zu einer Auseinandersetzung mit den seit 1946 edierten Büchern ‚Die Deutsche Katastrophe' (Meinecke) und ‚Factors in German History' (Geoffrey Barraclough) scheint unsere Forschung nicht gewillt, obwohl beide eine Menge Diskussionsstoff ausbreiten. Das britische wurde von dem Lehrer für Rechtsgeschichte Professor Heinrich Mitteis (gest. 1952), dem damaligen Präsidenten der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, unter dem Titel ‚Tatsachen der Deutschen Geschichte' übersetzt[10]). Man stößt darin auf Sätze, die, finden sie bei uns, wenn auch für englische Leser gedacht, kein Echo, den Eindruck erwekken könnten, wir hätten auf sie nichts zu erwidern. „Drittens zeigten sich die Männer, die nach der Flucht Wilhelms II. am 10. November 1918 in leitende Stellungen kamen, als völlig unfähig, die Größe der Aufgaben zu erfassen, denen sie sich gegenübersahen. Anstatt sich an die Spitze der revolutionären Mächte zu stellen, die die militärische Niederlage freigesetzt hatte, suchten sie einen vorsichtigen Mittelkurs zu steuern und ließen sich die Gelegenheit zu einem grundstürzenden Wandel entgehen, der allein die Vorherrschaft der starken demokratischen Kräfte in Deutschand hätte sichern können." (S. 181) Noch antwortheі-

[7]) v. Hase & Köhler Leipzig 1939 (Neudruck)
[8]) Franz Mittelbach Stuttgart 1948 (Neudruck)
[9]) E. S. Mittler & Sohn Berlin
[10]) Weidmann Berlin 1948

schender äußert sich Barraclough auf S. 205: „So enthüllt die historische Analyse als das bleibende Vermächtnis der deutschen Geschichte die zwei ungelösten Probleme der Einheit und Demokratie; und wir (Briten) können dieses Vermächtnis nicht austilgen, indem wir seine Existenz ignorieren."

Welche Folgen ‚ignorieren' nach sich zu ziehen vermag, zeigt das Beispiel, das unsere Chronisten mit dem hochmütigen Übersehen eines Symptomes gaben, das schärfste Abwehr verdient hätte. Ob das Unheil, zu dem ‚Mein Kampf' beitrug, aufzuhalten gewesen wäre, steht dahin. Aber sie wären vor sich selber gerechtfertigt, hätten sie die ‚Pflicht der pädagogischen Politik' erfüllt, die Theodor Mommsen ihnen auferlegt hat. Was hilft alle Gelehrsamkeit, wenn sie sich gegen die Wirklichkeit sperrt — la science pour la science? Bestehendes zu leugnen, wie es Bonn mit Pankow macht, ist nicht nur töricht, es ist gefährlich.

Um das Kapitel 1918—1945, das nicht zu umgehen ist, in der Geschichte unterzubringen, wird es von den Historikern in abgewogenen Dosen dargereicht. Da sie fast durchweg der Schicht angehören, die nach 1918 dem hypnotischen Affekt erlag, beschäftigen sie sich vornehmlich mit den Folgen jener 14 Jahre und nicht mit den in ihrer Schicht wurzelnden Ursachen. Die These eines französischen Geschichtsphilosophen umkehrend richten sie ‚ihre Strenge auf die Zeit, in der die Fehler bezahlt und nicht auf die, in der die Fehler begangen wurden'. So steht denn dem Schrifttum über die ergreifenden Fälle von Seelennot und Martyrium der Widerstandskämpfer ein ähnlich reichhaltiges über den Auftakt nicht gegenüber. Was dazu bis heute beigesteuert wurde — vielfach von Nichtfachleuten —, die Lebenserinnerungen Groeners etwa (1957) oder ‚Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit' (Gessler, 1958) ist den epochalen Problemen so abgewandt wie die Aufzeichnungen der Titelfiguren.

Die Zurückhaltung der Historiker vermittelt jedoch den trügerischen Eindruck, als gäbe es nichts zu erforschen. Daher die Klagen besorgter Staatsbürger über das Desinteresse des Volkes am Zeitgeschehen und vor allem über die notorische geschichtliche Unwissenheit der Jugendlichen. Ihr abzuhelfen, werden Maßnahmen, schulische zumeist, getroffen, die indes nur dann Erfolg versprechen, wenn sie zuerst die Eltern aufrütteln, denen es an Material für substanziierte Antworten fehlt.

Die Nachfahren des ersten Weltkrieges wuchsen in einer Luft auf, die sie begierig machte, nun auch ‚ihren' Krieg zu erleben und mit ihm die den Vätern angetane ‚Schmach' abzuwaschen. Aus der großen Enttäuschung, die sie aus ihren Illusionen riß, schlossen sie auf die politische Unzulänglichkeit der Väter, und jetzt haben sie selber Kinder, die ihnen mit der Skepsis der Jugend von heute Fragen stellen, bei denen sie schlecht abschneiden. Man wird den Jahrgängen um die 18 herum nicht gerecht, wollte man ihnen vorwerfen, sie seien bloß für Motorenlärm und hot music entflammt. Gewiß gehen von dorther starke Sensationen aus; sie wären aber nicht derartig virulent, würden die jungen Leute von der sicheren Hand einer sich zu sich selbst bekennenden Generation geleitet.

Am Anfang des Artikels war von einer für uns Deutsche typischen Reaktionsform die Rede. Sie beruht auf der entschuldbaren menschlichen Schwäche, die nach Bestätigung der eigenen Person und des eigenen Auftretens verlangt. Was sich aber die Militärhistoriker im XIV., dem Schlußband des amtlichen Generalstabswerkes über 1914/1918, den sie bis 1957 versteckt hielten, leisten, grenzt an die Zone des Pathologischen. Abrupt, ohne einen Kommentar, ohne die Spur eines Beweises und in Mißachtung des auch aus ihren Reihen zum Thema ‚Dolchstoß' angemeldeten Widerspruchs werfen sie nach zehntausend Seiten des Selbstlobes dem ausgebluteten deutschen Volk vor, es habe den siegreichen Feldherrn im entscheidenden Augenblick das Schwert aus der Hand geschlagen. Da sie damit

die ruchlose Behauptung Cossmanns wiederholen, seien die Worte wiederholt, mit denen Delbrück den Fanatiker zurechtgewiesen hat: „Eine Geschichtsfälschung um so schlimmerer Art, als sie gleichzeitig eine Volksvergiftung darstellt."

Wer darum weiß, daß gerade jetzt beachtliche Kräfte am Werk sind, das souveräne Recht der Meinungsäußerung einzuschränken, hat das Dilemma vor sich, das Barraclough als das bleibende Vermächtnis der deutschen Geschichte bezeichnet: die zwei ungelösten Probleme der Einheit und der Demokratie. Mit Halbheiten und unter Pochen auf die Tradition sind sie nicht zu lösen — und wohin die hintergründige Absicht der im Machtdenken Beharrenden führen muß, die leidvolle Vergangenheit auf sich beruhen zu lassen, bis sie zu glorioser Wiedererweckung reif ist, mag jeder Staatsbürger bei sich selbst und seinem Gewissen nachprüfen.

Brief an meine Mutter in Japan

Den Bitten eines deutschen Kommilitonen entsprechend, gebe ich nach einigem Zögern mein Einverständnis zur Veröffentlichung dieses Briefes ohne Kürzungen in deutscher Übersetzung.

L. Y.

Geliebte Mutter! Laß mich gleich zu Anfang dieses Briefes Dir sagen, was eigentlich als Ergebnis am Ende stehen sollte. Sagen will ich es gleich, weil ich weiß, daß ich Dich mit meinem Wort glücklich mache. Hier ist es: ich habe gestern abend den Beschluß gefaßt, wieder zu Lehre und Leben unseres großen Buddha zurückzukehren! Du hast damals sehr gelitten, als ich Christ wurde und mich taufen ließ: nun kehre ich zu Dir und zum Glauben der Ahnen zurück. Du darfst aber nicht meinen, wirst es mir auch nicht zutrauen, daß ich nunmehr ein wilder Christenhasser werden will. Mein Leben lang werde ich den guten französischen Franziskanermönchen dankbar sein, die mir so viel Wissen und Weisheit und Lebensart vermittelt haben. Ja, ich glaube, daß ich ohne die Erziehung zu tapferer Ehrlichkeit, auf die sie so viel Gewicht gelegt haben, gar nicht den Mut gefunden hätte, vom Christentum wieder den Weg zum Buddhismus zurückzugehen. Ich werde auch immer die heiligen Bücher der Christen hoch in Ehren halten. Manchmal kommt es mir sogar vor, wie wenn ich durch meinen langen Aufenthalt in den Ländern der Christen verpflichtet und befugt, vielleicht sogar berufen sei, mitzuhelfen, daß die hohen Lehren der Ethik Jesu zu uns Buddhisten herübergerettet werden, ehe sie in Europa ganz absterben.

Doch nun höre, wie ich zu dem gestrigen Entschluß gekommen bin. Er ist in sehr langen und harten Kämpfen in mir herangereift, in Monaten, in Jahren. Sechs Jahre bin ich nun in Europa, fünf davon habe ich in Deutschland zugebracht. Ich fühle mich hier sehr wohl. Denn dieses deutsche Volk ist gut, zehrt aus alten Kräften seiner vielen großen Männer und Frauen. Aber christlich ist es nicht mehr, so wenig wie die anderen Völker Europas, wennschon der äußere Rahmen immer noch christlich wirkt. Es ist in Europa alles so ganz anders, als ich es mir

nach den Worten der guten Patres vorgestellt hatte. Das hat mich traurig gemacht.

Tief neige ich mein Haupt auch heute noch vor dem christlichen Dogma, das in jahrhundertelangen Geisteskämpfen kristallhell herausgearbeitet worden ist und besonders in der katholischen Glaubenslehre, aber auch bei den Protestanten, mit einer beinahe zwingenden Logik aufleuchtet. In dogmatischer Hinsicht kann man der großen Leistung der christlichen Konzilien nur aufrichtige Achtung zollen. Auch im Gebetsleben der Christen gibt es viel Gutes. Gewiß habe ich auch Priester gesehen, die ihre Messe so schnell und gedankenlos und so ohne Rücksicht auf die teilnehmenden Gläubigen heruntergelesen haben, daß dahinter wohl schwerlich noch ein wirklicher Glaube zuhause sein kann, zum mindesten kein Erschrecken vor dem Heiligen und keine Liebe zu Gott. Aber über solche Oberflächlichkeiten müssen ja wir Buddhisten auch bei uns selber klagen. Es wird immer so sein, daß in großen Volksreligionen das gedankenlose Mitläufertum sich am stärksten in den Vordergrund schiebt. Aber ich habe auch bei den Christen viel echtes und gesammeltes Beten gefunden, nicht weniger als bei uns. Der heilige Gesang der Gemeinde in manchen Kirchen, besonders in französischen Benediktinerklöstern, ist schlechthin ergreifend und läßt die Konzerte vergessen, die man in vielen anderen Kirchen, besonders in Deutschland, während des Gottesdienstes hören kann und unter deren Pracht das Allerheiligste völlig erdrückt wird. Ergreifend ist es auch, wie echt ein protestantischer Pfarrer am Grabe eines Verstorbenen das Vaterunser spricht (das ich auch weiterhin und mein Leben lang so beten will).

Was mich am Christentum völlig irregemacht hat, das ist seine E t h i k , die tief unter unserer buddhistischen Ethik steht. Doch ich sollte vielleicht nicht sagen, die Ethik des Christentums, sondern die Ethik der Christen. Denn die praktische Ethik der europäischen Christen von heute gründet sich fast nur noch auf das menschliche Denken, hat mit dem Neuen Testament nicht mehr viel zu tun, sondern steht viel mehr der Ethik alter europäischer Heiden wie Platon und Cicero nahe als der Ethik Jesu. Sie ruht nur noch auf der Vernunft, nicht mehr auf dem christlichen Glauben. So hat man vor allem e i n Stück des Neuen Testamentes, das ich immer für eines der schönsten Kernstücke christlicher Ethik hielt, fast völlig ausgemerzt, weil es nicht mit der natürlichen Ethik übereinstimmt. Ich meine die sogenannte Bergpredigt. Man sagt einfach, diese ethischen Normen hätten nicht für alle Menschen Gültigkeit. Ich habe einmal einen christlichen Redner gehört, der behauptete geradezu, die Bergpredigt sei wahrscheinlich erst später ins Neue Testament hineingefälscht worden, sie sei daher nicht verpflichtend. Ein anderer meinte, sie sei wohl echt, doch habe Jesus diese Worte nur an einige seiner Apostel gerichtet, gleichsam an eine kleine Elite; erst später habe man sie zu einer Predigt vor den Volksscharen gemacht, für die sie gar nicht bestimmt sei. Freilich gibt es in der christlichen Jugend auch kleine Kreise, in denen fest die Ansicht vertreten wird, man müsse auch die Bergpredigt in allen ihren Worten als Predigt vor den Volksmassen ernst nehmen. Die meisten christlichen Studenten denken freilich gar nicht mehr selbständig nach. Und die wenigen anderen werden von so manchem christlichen Moralisten verlacht.

Am deutlichsten zeigt sich dies alles in der Haltung der Christen zum Krieg. Man kann wohl sagen, daß alle nichtchristlichen Menschen aller Zeiten zusammengenommen nicht soviel Menschenblut vergossen haben wie die Christen in den zweitausend Jahren ihrer Existenz. In Europa sprechen selbst Geistliche vom Krieg, wie wenn er einfach sein müßte, zwar zu beklagen wäre, aber nicht abgestellt werden könnte. Einwände dagegen vom Evangelium aus gelten dann gar nichts mehr. Findet sich ein Widerspruch zwischen Worten Christi und der vor-

christlichen Moral, dann gibt man der letzteren den Vorzug und versucht das Wort Christi anders auszulegen. Den Soldatenberuf betrachten sie wie jeden anderen Beruf als ehrsames Handwerk. Von dem Gebot „Du sollst nicht töten!" dispensieren sie die Soldaten im Namen Gottes. Es gibt freilich auch christliche Theologen, die die Meinung vertreten, das Gebot „Du sollst nicht töten!" gelte ganz allgemein und ohne Ausnahme. Aber die Vertreter dieser Auffassung sind in der Minderzahl. Erst voriges Jahr haben sieben katholische Moraltheologen öffentlich erklärt, der Gebrauch von Atombomben sei in manchen Fällen erlaubt und nicht Sünde! Vor kurzem tagte eine Katholische Akademie in Würzburg. Da gingen bittere Gerüchte über einen Jesuitenpater, der das gleiche behauptet haben soll. Ich hätte es kaum für möglich gehalten. Aber nun hat es der Direktor jener Katholischen Akademie selbst bestätigt; am Tage des Frühlingsbeginns hat er in der größten Zeitung Münchens mitgeteilt, daß es bei jener Tagung „um eine ethische und eine christliche Fragestellung" gegangen sei und daß da tatsächlich der Jesuitenpater Gundlach die These aufgestellt habe, „die Verwendung atomarer Waffen sei unter bestimmten Umständen nicht unbedingt unsittlich". Der Direktor der Akademie widerspricht diesem Satz keineswegs, tritt lediglich anderen, falsch berichteten Sätzen und Folgerungen entgegen. Ist so ein Satz nicht furchtbar? Ich finde keine Stelle im Neuen Testament, in den Summen des heiligen Thomas, in den Schriften Luthers, wo man einen solchen Satz einfügen könnte, wenn es damals schon diese Mordmittel gegeben hätte. Ach, daß solche Lehrer der Christenheit doch einmal zu uns nach Japan kämen und sich das Grauen ansähen! Sie würden dann immer und in jedem Falle die Verwendung, ja schon die Zubereitung solcher Tötungsmittel für eine himmelschreiende Sünde erklären. Daß das Töten der Frucht im Mutterleibe Sünde ist, haben die christlichen Moralisten immer mit Recht betont; und die Politiker haben ihnen gerne zugestimmt. Würden sie freilich behaupten, auch das Töten geborener, erwachsener Menschen sei immer Sünde, so würden alle christlichen Politiker über sie herfallen: der Krieg muß erlaubt bleiben!

Siehst Du, liebe Mutter: da konnte ich nicht mehr weiter! In schlaflosen Nächten ist mir die ganze fürchterliche Entsetzlichkeit dieser christlichen Moral zum Bewußtsein gekommen. Mir fiel das Wort Jesu ein: „An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen". Ich habe sie erkannt und habe mich von ihnen gelöst. Man sagt, jene laxen Moralisten beugten sich vor der Politik. Ein italienischer Jesuitenpater sagte mir, es sei ihnen ausdrücklich auferlegt worden, die Politik des westdeutschen Bundeskanzlers Adenauer zu unterstützen. Im Gegensatz dazu gibt es andere, die diese Politik für gar nicht christlich halten. Und so fehlt es auch nicht an warnenden Stimmen. Neulich hat mir ein junger deutscher Katholik, der mir tief fromm zu sein scheint und täglich das Abendmahl nimmt, sein Herz ausgeschüttet und in einem Brief folgendes geschrieben: „... Was sollen dazu wir Laien sagen? Ein Glück, daß der Philosoph solchen Gedankengängen mit der Schärfe entlarvender Argumentation entgegentritt — ein Glück, obschon wir es als grenzenlose Schande für das Menschengeschlecht empfinden, daß er in solche Notwendigkeit versetzt ist. Aber wir? Will man uns mit Gewalt und Hinterlist zu Jesuitenfeinden machen? Uns, die wir Vätern der Gesellschaft Jesu beste Kräfte unserer Erziehung verdanken, die wir so viele Freunde — unter den Toten und unter den Lebenden — im Jesuitenorden haben. Soll es wirklich so sein, daß der Orden Männer wie P. Hirschmann und P. Gundlach gewähren läßt, ohne sich von ihnen zu distanzieren? Sind wir, die wir uns selbst und unsere Schüler für den hl. Ignatius von Loyola begeistert haben, nicht der festen Überzeugung, daß dieser heldenhafte Baske heute zu den tapfersten Kriegsdienstverweigerern und zu

den unerschrockenen Vorkämpfern nicht nur gegen die Atombombe, sondern gegen jede Form eines modernen Kriegs gehören würde? . . .".

Solche Stimmen wagen sich nur selten an die Öffentlichkeit. Die meisten Christen Europas laufen mit der Masse und denken nicht mehr nach. Sie nehmen ihre sittlichen Maßstäbe als feste Norm von den Politikern entgegen oder richten sich allenfalls an der menschlichen Vernunft aus, nicht mehr am Evangelium. Sie vertrauen viel mehr den materiellen und irdischen Kräften ihres Verstandes als den geistigen und überirdischen Mächten Gottes. Dem heidnisch-römischen Satze „Willst du den Frieden, so rüste den Krieg!" hat, wie man mir sagt, vor dreißig Jahren ein deutscher Kardinal das Wort entgegengesetzt: „Willst du den Frieden, so rüste den Frieden!" Er wurde schon damals von vielen Christen verlacht; und heute ist dieses so echt christliche Wort vollends zum alten Eisen geworfen worden. Die meisten christlichen Prediger halten jetzt den alten heidnischen Satz für den vertrauenswürdigeren.

Siehst Du, liebe Mutter: da konnte ich nicht mehr Christ bleiben. Vielleicht ist meine Haltung sehr wenig logisch: aber ich konnte einfach nicht mehr, wenn ich an die Ethik Buddhas zurückdachte. Wäre es nicht Hochmut, so möchte ich sagen: „Wir Wilden sind doch die besseren Menschen!" Und so habt ihr mich wieder ganz!

In herzlicher Liebe Dein L.

Hans Henny Jahnn

Das Wort

Das Wort ist „Krieg". Mit Verwundern und Entsetzen haben Viele wahrgenommen, daß es neuerdings die Zeilen der westlichen Zeitungen besiedelt, als ob es das normalste Wort der zivilisierten Menschheit wäre. Und die Mehrzahl der Bevölkerung hat es geschlürft wie den übrigen nationalen oder wirtschaftswunderlichen Haferschleim der „Politik der Stärke". Man hat es als selbstverständlich hingenommen, daß wir, dank der archaischen Einsicht so vieler alter Männer, nicht mehr ein noch aus wissen und darum mit allem Nachdruck darauf bestehen müssen, das Schlimme schlimmer zu machen; — teils durch ein übereiliges, unbeugsames „Nein", teils durch ungeschickt ausgeklügelte Provokationen, vor allem verletzende Reden, die ja uns Deutschen so wohl anstehen, weil wir nicht nur „tüchtig", sondern auch moralisch so hochwertig sind, im Gegensatz zu . . .

Mein Erstaunen gilt vor allem der Selbstverständlichkeit, der ruhigen Bosheit, der überheblichen Gedankenlosigkeit, der Unmenschlichkeit, mit der man das Wort propagiert. — Nur ein Dummkopf oder ein Böswilliger vermag nicht zu erkennen, daß die so plötzlich notwendig gewordenen amerikanischen Höhenflüge nach Berlin eine Rechtsbetonung am falschen Platz sind.

Es wurde auch der Knechtsand — gerade zum richtigen Zeitpunkt — bombardiert. Was es damit auf sich hat, weiß man nicht. Dies Vorkommnis soll sich

über zwölf Stunden erstreckt haben (sofern Zeitungsmeldungen verläßlich sind); aber der Herr Wehrminister konnte nichts Näheres ermitteln. Es bleibt also ein weiter Raum für Vermutungen, die denn auch in Zeitungen und Zeitschriften und durch den Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg ausgesprochen wurde. Daß es sich um Bomben irgendwelcher Ostblockstaaten gehandelt haben könnte, hat freilich niemand anzudeuten gewagt; doch die Schlußfolgerungen, die Herr Strauss aus dem Ereignis oder Nichtereignis für die Sicherheit des nördlichen Nato-Abschnittes zog, hatten einen fatalen Beigeschmack.

Der inzwischen verstorbene Außenminister John Foster Dulles hat herausgefunden, was ihn und sein Verhalten in der Politik ausgezeichnet hat (ich zitiere nach der „Welt" vom 17. April 1959): „Wenn man sich meiner erinnert, wird man hauptsächlich an drei Dinge denken: ‚Am Abgrund des Krieges', ‚schmerzliche Überprüfung' und ‚massive Vergeltung'. Ich bin bereit, jede dieser Aussagen vor Gericht zu verteidigen; aber es gibt kein solches Gericht." —

In der Tat, über die Entscheidung eines Politikers sitzt man nicht zu Gericht, so lange die Mehrheit der entsprechend aufgeklärten und gelenkten Wähler sich keine selbständigen Gedanken macht oder sogar ihren Beifall gibt. — Die Masse der Menschen innerhalb der sogenannten „freien Welt" hat nicht dagegen protestiert, daß der „Krieg" als abermals uralt neue Notwendigkeit in ihr Bewußtsein eingeschmuggelt wird. Sie hat nicht, oder nicht wirksam protestiert — und damit ist m. E. für jeden Menschen eine Realität entstanden, deren Auswirkung und Gesetzmäßigkeit wir ahnen. Jedenfalls ist die Hoffnung auf den Weiterbestand der Menschheit weiter zusammengeschrumpft. Es ist nicht zu ersehen, wie auf dem Hintergrund der heute bestehenden Gesinnungen und des vorhandenen Kernwaffenpotentials, des weit verbreiteten Hungers und des rapide wachsenden Bevölkerungsdrucks, der „Freiheitsansprüche" des Westens und der Unterdrückung farbiger Völker in weiten Gebieten der Erde ein gutes Ende durch Verhandlungen, die die „Vernunft", nicht der Verstand prägen müßte, erzielt werden kann.

Als vor ein paar Jahren eine inoffizielle Bestandsaufnahme aller auf der Erde vorhandenen kleinen und großen Atombomben die fast unglaubliche Zahl von 46 500 ergab, erklärte Thomas Murray, Mitglied der fünfköpfigen Atomenergie-Kommission in den USA zur Öffentlichkeit hin, es gäbe schon zu viele H-Bomben. Heute ist die Gesamtzahl der A- und B-Bomben nach vorsichtiger Schätzung 300 000; und es sind darunter viele Drei-Stufen-Bomben, sogenannte Maulwurfsbomben. Ein halbes oder ein ganzes Dutzend dieser Ungeheuer, mit einem Kobaltmantel umgeben, würde genügen, um die Menschheit zu beseitigen. Nur Narren können glauben, daß es einem „vergoltenen" Gegner nicht gelingen würde, ein paar Dutzend dieser Erfindungen zur Explosion zu bringen. Der Ort ist ja gleichgültig. Ich entsinne mich, daß ich in Dänemark, während der Besetzung durch die Hitleristen, in Pissoirs den Satz geschrieben fand: „Wenn wir untergehen sollen, dann ihr mit"! Das Hakenkreuz dazu. Damals waren Betrachtungen dieser Art halb theoretisch. Sie sind es nicht mehr. Der „massiven Vergeltung" John Foster Dulles' steht der „Krieg der toten Hand", also der Krieg der verselbständigten Rechenmaschinen und Apparate gegenüber, der auch dann noch stattfindet, wenn die Vergeltung effektiv geworden ist und die Freiheit, die man bringt, darin besteht, daß 1 Milliarde Befreiter umgebracht wurde.

„Wir stehen dem möglichen Einsatz von unbestimmten Streitkräften der Sowjetzone nach dem 27. Mai zur Verhinderung unseres freien Zuganges nach Berlin gegenüber", erklärte Amerikas Stabschef Taylor. „Würden wir es auf einen allgemeinen Krieg ankommen lassen? Nach meiner Meinung ist die Antwort kri-

stallklar. Wir müssen uns jetzt für den Einsatz aller notwendigen Kräfte entschließen, um das Leben und die Sicherheit von 2,5 Millionen Deutscher zu gewährleisten, denen wir uns unwiderruflich verpflichtet haben." Der General bezweifelte dann freilich, daß ein mit Atomwaffen geführter Krieg in wenigen Tagen vorüber sein würde. Aber man müsse bereit sein, den Weg bis ans Ende zu gehen. Man könne jedoch nicht versprechen, daß Berlin gerettet würde.

Das Eine gegen das Andere gesetzt, ergibt einen Widerspruch auf einer so tiefen Denkebene, daß Argumente nicht hinabreichen. Man kann allenfalls fragen, um was für ein durchlöchertes Gewissen es sich dabei handle, das sich gestattet, die Vernichtung ganzer Erdteile zu denken, um eine Verpflichtung einzuhalten, die klipp und klar den Tod auch für jene bedeutet, denen man Sicherheit versprach. Seitdem hat Herr Minister Strauss vor dem Fernsehschirm erklärt, daß zwei Stunden nach Ausbruch der Feindseligkeiten die Freie und Hansestadt Hamburg nicht mehr bestehen würde; — aber man würde sie, d. h. das Loch oder die Trümmer, zurückerobern. Nun ja — soviel ich weiß, hat die Allgemeinheit auch diese Eröffnung ohne zusätzliche Furcht hingenommen. Denn Krieg ist Krieg — und Krieg hat es immer gegeben, wird es immer geben usw. Altes Stroh, nochmals gedroschen, als ob wir die Bombennächte nicht kennten. —

Wie kann, wie konnte es wieder zu dieser verwunderlichen Gleichgültigkeit kommen? — Welche geistige Machien stehen hinter dem grandiosen Freiheitsverteidigungsideal, dem die Freiheitsinhalte längst davon geschwommen sind? — Gedankenfaulheit ist die beste und vielleicht einzige Erklärung. Mangel an Einsicht, an Mut — ein Zivilisationszustand, in dem alle Kulturwerte durch Geld und Sensationseffekte ersetzt sind, in dem der Snob geistiger Richter und der Manager Held der Leistung ist. Geistige Vorstellungen sind durch Rechenkunststücke ersetzt — sogar auf den Gefilden der „eigentlichen" Kunst. Das Bequeme ist für alle Nutznießer eben bequemer als die Härte der Wirklichkeiten, die man bestrebt ist, den Ausgeschlossenen allein aufzubürden. Der weiße Kolonialbeamte, der monatlich 4000 Mark „verdient", findet wie von selbst die Formel, daß ein schwarzhäutiger Arbeiter mit einer Mark am Tage „sehr gut leben kann", und fügt womöglich hinzu: außerdem sei jener arbeitsunwillig.

Die Furcht vor dem, was kommen kann, ist lästig; darum verlassen Herr Abendblatt und Herr Morgenkurier nebst Familien sich bei uns in der Bundesrepublik darauf, daß Amerika mit seinen Verbündeten und Raketenbasis-Ländern weit stärker sei als Rußland mit seinen „Satelliten". — Nun hat man auch die Untereis-Atomboote und damit den Nordpol bis 650 km an Rußland heran. Das ist sicherlich nur e i n e Errungenschaft unter vielen anderen, der Rußland nichts weiter als ein paar hundert Unterseeboote und Rieseneisbrecher entgegenzustellen hat, die Mittelstreckenraketen von ein paar tausend Kilometer Reichweite abschießen können. — Ich erwähne diese Tatsache, nicht um die Erwägung zu erleichtern, auch Rußland sei einigermaßen ebenbürtig in seiner „Feuerkraft", sondern um zu wiederholen, was ich schon 1946 oder 1947 in Göttingen aussprach, daß das Prinzip der Machtanwendung zwischen stark gerüsteten Staaten oder Machtgruppen sich selber widerlegt. Es hilft nicht zum Siege, wenn die eine Gruppe behaupten kann, sie sei so übermäßig gerüstet, daß sie die Menschheit und Tierheit mehrmals beseitigen könne, wenn die andere es einmal vermag. Einmal genügt. Daß der Schwächste der beiden Machtgruppen, von denen hier gesprochen wird, die Vernichtung einmal verwirklichen kann, daran freilich sollte kein Zweifel bestehen.

Der tapfere Linus P a u l i n g hat vor wenigen Wochen mitgeteilt, daß die USA allein 60 000 nukleare Bomben und Sprengköpfe besitze, ausreichend, um die Menschheit zwanzigmal auszurotten. Er nannte die für die Übertreibung Verant-

wortlichen „schizophren". Ich weiß nicht, wie oft die UdSSR die Menschheit mittels ähnlicher Waffen ausrotten kann (Kobalt-Bomben seien unberücksichtigt); aber bei der behaupteten Unterlegenheit dürfte es immer noch zehn- bis fünfzehnmal sein.

Diese Übertreibung, dieser kriegerische Hochmut, jenseits von Güte und Gerechtigkeit — diese Widersittlichkeit in der militärischen Planung sind Jahr um Jahr gesteigert worden. Es übergeht das Begreifen eines einzelnen Menschen, die Wortexzesse der Vergeltungsbereitschaft, die sich täglich der Öffentlichkeit darstellen, auch nur zu registrieren. Ich lese gerade wieder aus der Saturday Evening Post vom 17. Juli 1954 die unumwundene Meinung des Generals Charles Lindbergh: „Die Menschheit ist wieder einmal in eine jener historisch wiederkehrenden Katastrophen- und Krisenperioden, diesmal im Weltmaßstab, eingetreten ... Die Zerstörungsmittel befinden sich heute in den Händen einer Sowjetregierung, die erbarmungslos, diktatorisch und uns feindlich gesinnt ist. Unter diesen Umständen ist es unvermeidlich, daß unser Hauptaugenmerk sich nicht mehr auf die Vorteile des Fortschritts, sondern die baren Erfordernisse des Fortbestands richtet. Wir tragen heute Verpflichtungen gegenüber unserem Glauben, unseren Idealen und den künftigen Generationen, die unbegrenzte Opfer zugunsten wesentlicher militärischer Stärke unerläßlich machen . . Unsere militärischen Probleme wären relativ einfach, wenn wir nur unsere Kräfte an denen unserer potentiellen Feinde zu messen und deren Errungenschaften zu überflügeln hätten. Doch die amerikanische Nichtangriffspolitik bedingt eine militärische Position solch gewaltigen Ausmaßes, daß, sollte der Feind uns überraschend angreifen und Hunderte unserer Basen und Dutzende unserer Städte vernichten, wir ihn noch immer an Stärke übertreffen können ... Es ist dies eine gewaltige Aufgabe, die sich bis weit in die Zukunft hinein erstreckt, doch liegt sie im Rahmen unserer Möglichkeiten. Unser Ziel ist der Fortbestand der westlichen Zivilisation. Unsere Politik muß dynamisch sein. Von ausreichender Verteidigung kann nicht mehr die Rede sein. Solange es einen gefährlichen Feind gibt, beruht unsere Sicherheit auf unserer unzerstörbaren Zerstörungskraft." Den Unsinn eines solchen Ergusses zerlegen und analysieren zu wollen, wäre unter der Würde eines denkfähigen Menschen. Wir wollen uns aber auch vergegenwärtigen, daß Vertreter einer anderen Sphäre, z. B. der Jesuit Gustav Gundlach, den „gerechten Krieg" soweit ins brauchbar Uneingeschränkte verlegt, „daß Verteidigungs- und Angriffskrieg zuletzt keinen Unterschied machen", da nämlich, „wo es sich um gestörte Rechtsordnung handelt". Mit solcher geistigen Unterstützung bekommen die Maßlosigkeiten eines Lindbergh freilich eine teuflische Logik.

Man halte den Fanatikern des Untergangs die vernünftigen, nicht von der Propaganda des Kalten Krieges und wirrer Weltanschauung beeinflußten Sätze des Nobel-Preisträgers Harald C. Urey, des Entdeckers des schweren Wasserstoffs gegenüber — geschrieben, als es noch nicht zu spät für den Westen war, sich gefahrlos mit unbeschmutzter Gesinnung an den Verhandlungstisch zu setzen. „Lassen Sie uns Rußland betrachten. Wenn man begreift — und die Männer der Wissenschaft tun es —, daß die russische Wissenschaft heute einige der besten Gehirne der Welt besitzt, so glaube ich, versteht man auch, daß es nicht lange dauern kann, bis sie die Atomkraft meistern. Natürlicherweise müssen die russischen Führer vor den Wirkungen dieser Kraft Furcht empfinden. Was ihre Haltung betrifft — so lassen Sie uns bedenken, wie wir fühlen würden, wenn sie es wären, die diese fürchterliche Waffe hätten und nicht wir — wenn sie den zufälligen Vorsprung hätten, von dem wir wüßten, daß wir ihn einholen könnten ... Ich wünsche ein Treffen zwischen den Führern der Großmächte und ihren Wissenschaftlern. Ich weiß, daß die

wissenschaftlichen Ratgeber den guten Glauben ihrer politischen Führer widerspiegeln werden. Die Männer der Wissenschaft werden keine Schwierigkeiten haben, einander zu verstehen. Wenn sie zusammenkommen, so glaube ich, wird ihre Anempfehlung beinahe einstimmig sein. Und ich glaube auch, daß, würden sie um Rat gefragt, müßte es gelingen, die verhängnisvolle Frage der Furcht — und Hoffnung zu lösen ... Kein Land kennt die Zerstörungen des Krieges besser als Rußland. Kein Land hat mehr Menschen und mehr Güter verloren. Die Russen haben den Krieg begriffen, und sie können den Atomkrieg begreifen. Keiner, der den Atomkrieg begreift, will etwas anderes als Frieden ... Wir müssen nun jene unserer politischen Führer unterstützen, die klar erkennen, daß eine Revolution stattgefunden hat. Wir müssen aufmerksam auf jene hören, die uns ihre ehrlichste Meinung sagen, was wir mit dieser Revolution anfangen können. Und wir müssen den Kampf aufnehmen mit denen, die da glauben, daß das, was für andere Zeitalter taugte, sicher auch dem Atomzeitalter angepaßt ist. Nach und nach, wenn die Menschheit langsam zu verstehen beginnt, werden unsere Probleme einfacher werden. Aber der allergefährlichste Faktor ist die Zeit."

Diese besinnlichen Erwägungen Ureys, am Anfang des Atom-Wettrüstens geschrieben, könnten heute, am Vorabend einer neuen technischen Revolution, abermals, Wort für Wort, Geltung bekommen. Inzwischen war es die Politik der Mächte, von Angst und Mißtrauen getrieben, immer wieder, mit allen Mitteln, die Balance herzustellen. Prahlende Reden und harte Tatsachen reihten sich nebeneinander. Auf solche Weise wollte man den Ausbruch eines Krieges unwahrscheinlicher machen. Man erreichte, daß das gegenseitige Mißtrauen grenzenlos wurde. Aus Mißtrauen wurde Fanatismus. Earl Bertrand Russell sagt hierzu: „Es gibt zwei Schritte — und beide sind leicht —, den Fanatismus zu vermindern. Eine dieser Maßnahmen ist gegenseitige Höflichkeit in Verhandlungen. Es wäre gut, wenn die Staatsmänner auf beiden Seiten davon Abstand nähmen, sich gegenseitig bösartige Motive zu unterstellen, und wenn sie daran glaubten, daß auf beiden Seiten der aufrichtige Wille, einen Krieg zu vermeiden, vorherrscht. Wir hören immer wieder, daß es falsch sei, Risiken einzugehen. Aber die Regierungen vergessen, uns daran zu erinnern, daß die gegenwärtige Spannung zwischen Ost und West jeden Augenblick ein größeres Risiko bedeutet als jenes, das die Regierungen fürchten. Eine zweite Maßnahme, um den Fanatismus zu mildern, ist eine wesentliche Vermehrung kultureller Kontakte ..."

Das Ziel der Großmächte wird offenbar nicht nur vom augenblicklichen Zustand der Dinge beeinflußt. Jede Machtgruppe ist bestrebt, wie seinerzeit mittels der Atombombe (was mißlang) —, etwa durch eine O-Waffe eine Monopolstellung zu erringen. Die Raketen, die nuklearen Bomben sind dafür nicht mehr geeignet, weil sie hüben und drüben einsatzbereit sind. Mit Schaudern zwar müssen wir Deutschen daran denken, daß womöglich binnen kurzem nicht nur Frankreich, sondern auch die Bundesrepublik Wasserstoffbomben besitzen wird; — vielleicht in solcher Zahl und mit solchem Wirkungsgrad, daß damit die Menschheit einmal ausgerottet werden kann. Auch Raketen, die jetzt „nur" bei uns „stationiert" sind, werden in die militärisch-politische Obhut unserer Regierung gelangen; — und die Erfahrungen in der Vergangenheit deuten auf das Gräßliche. Die westliche Welt als Ganzes genommen wird dadurch keinen weiteren Vorsprung erlangen, denn eine national-tollkühne Politik vermehrt einzig die Gefahr — und angesichts wachsender Gefahr wird Rußland kaum zögern, auch China in den nuklearen Rüstungswettlauf einzuschalten.

Indessen, die bedrohliche Entwicklung kommt nicht von den militärischen Möchtegroßen allein. Die technisch und wissenschaftlich potenten Mächte ar-

beiten an sogenannten immateriellen Waffenstrahlen, die ich vor Jahrzehnten schon für möglich hielt und als O-Waffen bezeichnete. Es handelt sich dabei um bodenfeste oder auf Großschiffen montierte Apparate. „Ultraviolettscheinwerfer von großem Strahlenschub, deren intensiver Energiestrahl fliegende Objekte bis auf Entfernungen von mehreren hundert Kilometern in Sekundenbruchteilen zu zerstören vermag".

Es besteht nun die Befürchtung, daß eine Macht das Problem früher löst als eine gegnerische und ihren wirklichen oder vermeintlichen Vorsprung dazu benutzt, um den Zurückgebliebenen besinnungslos (Verteidigungskrieg = Angriffskrieg) zu vernichten. Daß der Vorsprung nicht so erheblich sein wird, wie der Frühere sich vielleicht einbilden mag, davon bin ich überzeugt. Aber was hilft der Menschheit eine Fehlleistung am äußersten Punkt ihres Daseins? — Es wird möglicherweise die gleiche Situation entstehen wie nach dem Abwurf der ersten Atombomben, mit dem Unterschied freilich, daß auch der Spätere über Selbstmordmittel solchen Ausmaßes verfügt, daß er auch den Früheren mit in das Nichts hinabzieht.

Man fragt sich, freilich vergeblich, warum man dabei beharrt, den Beweis anzutreten, daß die Schöpfung sich irrte, als sie den Menschen schuf. Warum der „Krieg" als dauernde Entschuldigung für Unfähigkeit herhalten muß. „Abrüstung" ist ja auch ein menschliches Wort, mit Unzulänglichkeiten belastet, gewiß, aber doch nicht erbärmlicher als das andere.

Man darf die menschliche Geschichte nicht betrachten, wenn man sich eine Spur von Hoffnung bewahren will, daß wir auch weiterhin davon kommen. Mit echtem Fleiß ist nur eine Aufgabe gelöst worden: zu zerstören, Folterungen und Tötungsarten zu erfinden. Man sagt dem Krieg nach, er sei der Vater aller Dinge; das ist eine einseitige Fibellehre; — er ist nicht einmal geschichtsbildend. Er ist das Symbol der Negation, der rückläufigen Bewegung, der Kulturbeseitigung.

Juan de Zumárraga, erster Erzbischof der Stadt Mexiko, berichtete 1531 an das Ordenskapitel der Franziskaner nach Toulouse, seine Mönche hätten 500 Tempel der Indianer dem Erdboden gleichgemacht und dabei 20 000 Statuen in Stücke zerschlagen. Die Archive in Tetzcoco mit einer unermeßlichen Anzahl von Manuskripten und Bilderschriften wurden verbrannt. Hat es sich damals etwa auch „um gestörte Rechtsordnung" gehandelt, die jede Barbarei rechtfertigt?

Wo es einen Hügel gibt, von dem die Sage geht, er berge eine verschollene Siedlung oder eine Stadt, da grabe man nach und zähle die Brand- und Schuttschichten. Man grabe nach, wo man will, im Untergrund noch lebender Städte, um gewißlich zu erfahren, daß die Zerstörungswut des Menschen keine Achtung kennt. Und das Wort „Krieg" würzt die Zeilen der Zeitungen!

Werner Hansen

Die Volksbewegung gegen die Atombombe in Norwegen

Es gibt nicht wenige hervorragende Persönlichkeiten in unserer Zeit, die der festen Ansicht sind, daß das norwegische Volk wie kein anderes ein tiefwurzelndes und ursprüngliches Gerechtigkeitsempfinden besitzt. Tatsächlich wird im Land der Fjorde jede Gewaltmaßnahme auf der Welt, jede Unterdrückung des freien Willens der Völker mit einer Leidenschaftlichkeit verurteilt, die selbst in den Nachbarstaaten manchmal Verwunderung auslöst. Die alljährliche Verleihung des Friedensnobelpreises in Oslo bedeutet auch heute noch ein Ereignis, das alle anderen Geschehnisse in den Schatten stellt. Albert Schweitzer bekannte, daß er gerade in Norwegen auf eine ungeahnte Welle der Sympathie und des Verständnisses gestoßen sei. Eine der Wurzeln für die Friedensliebe des norwegischen Volkes muß man darin erblicken, daß die Menschen dieses Landes die Grausamkeit des Krieges und der Gewalt unter den bitteren Jahren der deutschen Okkupation kennengelernt haben. Die ungezählten Opfer dieser Jahre sind eine ständige Verpflichtung für die, die auf das heutige Geschehen einen Einfluß ausüben können.

Schon bald nach dem Krieg bildete sich eine Unzahl von Verbänden, Vereinigungen und Ausschüssen, die in ihren Satzungen für politische Vernunft, Entspannung und Neutralität eintraten. Nach der immer deutlicher werdenden Kluft zwischen den Ländern des Ostens und des Westens, nach der Bedrohung der gesamten Menschheit durch die modernen Vernichtungswaffen verstärkte sich diese Entwicklung. Heute gibt es im ganzen Land der 3,7 Millionen Norweger über dreißig Friedensorganisationen, die den Kampf gegen die Gewalt und Unmenschlichkeit auf ihre Fahnen geschrieben haben. Die Gewerkschaft mit dem prozentual höchsten Mitgliedsstand der Welt tritt unermüdlich für Abrüstung und Entspannung in der Welt ein. An ihrer Seite stehen die sozialistischen Studentenverbände, die einflußreichen Frauenverbände und andere Organisationen, die auf die Regierung einen ständigen unmittelbaren Einfluß ausüben.

Bald schon erkannten die weiterblickenden Persönlichkeiten in der norwegischen Friedensbewegung, daß es vor allem in Zukunft darauf ankommt, diese Kräfte zu sammeln und die sich oftmals verzweigenden Ströme in einer einzigen machtvollen Volksbewegung zusammenfassen. Aus dieser Notwendigkeit heraus gründete Prof. Carl Bonnevie, der ehemalige hohe Richter seines Landes und angesehener Wissenschaftler und Akademiker mit Weltruf, im Jahre 1947 die „Uavhengig norsk gruppe" (Unabhängige Norwegische Gruppe). Prof. Bonnevie faßte die Bestrebungen dieser Vereinigung so zusammen: „Wir haben die Pflicht, es unseren Gegnern in Zukunft nicht so leicht zu machen. Wir müssen vor allem weg von dem Verdacht, eine fünfte Kolonne zu sein. Wir wollen und müssen eine gemeinsame Basis für alle Friedenskräfte in unserem Lande finden, nur so werden wir Gehör finden!" Prof. Bonnevie versäumte es hierbei nicht, auf die Friedensbestrebungen in anderen Ländern hinzuweisen, wo es nicht gelungen ist, diese wichtige Forderung zu realisieren. Er nannte hierbei die Bundesrepublik ein lebendiges Beispiel: Trotzdem der weitaus größte Teil des deutschen Volkes gegen die Wiederaufrüstung und gegen die atomare Bewaffnung eingestellt war, gelang es in Westdeutschland nicht, diese Bestrebungen quer durch die Parteien und Organisationen aller Schattierungen hindurch zusammenzufassen und das

Unheil zu verhindern. Die Unabhängige Norwegische Gruppe hat diese Aufgabe in den vergangenen Jahren gelöst. Unter der zentralen Leitung von 60 hochgestellten Persönlichkeiten ist die Arbeit der Friedensorganisationen in Norwegen zusammengefaßt worden. Die Bewegung hat dabei ein Ausmaß angenommen und an Kraft gewonnen, daß der Beschluß der Regierung, keine Atomwaffen für Norwegen anzuschaffen und keine ausländischen Massenvernichtungsmittel auf norwegischem Territorium zu dulden, nicht zuletzt ein Erfolg der unermüdlichen Arbeit der Friedensorganisationen in Norwegen ist.

Das Instrument Unabhängige Norwegische Gruppe zu schaffen, erforderte eine möglichst enggefaßte Konzeption. Die Gründer Prof. Bonnevie, Prof. Tengstrand und Prof. Eckhoff bauten ihre „zentralen Friedensforderungen" auf dem Geist Nobels und Albert Schweitzers auf. Albert Schweitzer selbst wählte Oslo als geistigen Ausgangspunkt seiner Friedensappelle an die gesamte Menschheit. Seinem Geist fühlte man sich verpflichtet in allen Gemeinschaften, die gegen die atomare Bewaffnung kämpften. Dem „akademischen Haupt der Unabhängigen Norwegischen Gruppe" schloß sich spontan die Mehrzahl aller Gruppen an. Fortan konnten folgende Vereinigungen Seite an Seite gemeinsam kämpfen: Die kirchlichen Kreise, die an ihrer Spitze die bekannten Widerstandskämpfer Pastor Berggrav und Pastor Ragnar Forbeck (Leninpreisträger) aufwiesen, über dreißig Gewerkschaftsverbände, der bürgerliche Verband ‚Eine Welt', die ‚Vorkämpfer für den Frieden', die ‚christliche Friedensgesellschaft', der ‚norwegische Verein für Volksfrieden', ‚Norwegische Priester-Friedensgemeinschaft', der ‚Hausfrauenverband', die ‚Volkserhebung gegen den Krieg', die ‚Friedensgesellschaft der Lehrer', die ‚Freunde der unterentwickelten Länder', ‚Norwegens Algerien-Komittè', der sozialistische Studentenverband ‚Studentersamfundet', weitere drei Frauenverbände Norwegens sowie der ‚kommunistische Jugendverband'. Als gutes Vorzeichen für das Gelingen der Arbeit der akademischen Führer in Oslo gilt es, daß es in diesem Lande keine ‚Kommunistenfurcht' gibt. Die Zusammenarbeit der Arbeiterparteien im Parlament galt hier als bestes Beispiel. Daher gab es auch keine Schwierigkeiten, als die Unabhängige Norwegische Gruppe zu einem späteren Zeitpunkt engen Kontakt zum Moskauer Weltfriedensbüro aufnahm. Im Laufe der Zeit gelang es, eine Reihe von Abgeordneten des Storting für die Arbeit der Unabhängigen Norwegischen Gruppe zu interessieren. Als prominentesten Sprecher konnte die Gruppe den Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses im Storting, Finn Moe, gewinnen. Moe, der in der Regierung Gerhardsen eine überragende außenpolitische Funktion erfüllt, gilt als einer der führenden Köpfe in Norwegens Politik. Er hat den Mut des Außenseiters und hat die Kolonialpolitik der Westmächte verschiedentlich in aller Schärfe angegriffen.

Die Unabhängige Norwegische Gruppe pflegt neben den engen Kontakten zu Albert Schweitzer und dem Friedensbüro einen ständigen Erfahrungsaustausch zu Bertrand Russell und den britischen Anti-Atombomben-Organisation. Mit Linus Pauling und Pastor Niemöller sowie indischen und japanischen Geistesfreunden verbindet die Gruppe ein ständiger Kontakt. (Die Verbindungen nach Westdeutschland sind leider noch nicht befriedigend, obwohl gerade hier ein enges Zusammenarbeiten gewünscht wird.)

Im September 1958 hielt die Unabhängige Norwegische Gruppe im historischen Nobelsaal (Friedenssaal des Alfred-Nobel-Instituts) ihre erste große internationale Tagung ab, die in ganz Skandinavien als überragender Erfolg bezeichnet wurde. Aus Norwegen kamen über 300 Teilnehmer nach Oslo, allein 35 Gewerkschaftsfachverbände beteiligten sich an den Referaten und Diskussionen. 19 verschiedene Organisationen aus Norwegens sämtlichen Distrikten waren vertreten,

die skandinavischen Nachbarländer waren durch mehrköpfige Delegationen vertreten. Neben den Friedensfreunden aus Norwegen, Finnland, Schweden und Dänemark fanden sich Vertreter aus folgenden Ländern in Oslo zusammen: Großbritannien, Japan, Indien, Jugoslawien, Polen sowie der Bundesrepublik. Der Weltfriedensrat hatte seinen Sekretär Vincent Duncan Jones entstandt, und das Moskauer Friedensbüro wurde durch die Schriftsteller Ilja Ehrenburg, Boris Polevoi sowie durch den Professor der Physiologie Ch. S. Koschtoyans (Moskau) vertreten. Die herausragenden Referate wurden von Prof. Bonnevie, Prof. Tengstrand, Prof. Öftedal, Prof. Eckhoff — sämtliche aus Norwegen — gehalten. Neben den bereits genannten ausländischen Gästen hielt der Regierungspolitiker Finn Moe einen in der Presse vielbeachteten Vortrag. Moe sprach sich gegen jeglichen Konformismus in der norwegischen Politik aus und begrenzte die Funktionen seines Landes im Rahmen der Nato auf rein defensive Beiträge.

Die Schlußresolutionen der internationalen Tagung im Vorjahre waren auf Grund der verschiedenartigen Zusammensetzung des Gremiums sehr umkämpft. Der Appell, der für eine Beendigung der Atomwaffenversuche, für eine Aufhebung der Blockpolitik und für eine sofortige Aufnahme von Verhandlungen zwischen den Weltmächten eintrat (weiterhin wurden in verschiedenen Paragraphen eine Kontrolle der Atombombenvorräte auf der Welt, eine entmilitarisierte Zone in Mitteleuropa und die Aufnahme der Volksrepublik China in die Vereinten Nationen gefordert), wird heute noch in Norwegen als die beste Grundlage für künftige Gespräche und Verhandlungen angesehen. Die Unabhängige Norwegische Gruppe, die nunmehr seit zwölf Jahren in Norwegen der zentrale Sammelpunkt der Friedensbestrebungen eines ganzen Volkes ist, hatte durch diesen Kongreß in ganz Skandinavien neue Freunde und Anhänger gewonnen.

Tian Olff

Aktionsausschuß gegen deutsche Offiziere in Oslo

Die ungewöhnlich schweren Auseinandersetzungen in der norwegischen Öffentlichkeit um den Regierungsbeschluß des Kabinetts Gerhardsen, wonach zwei westdeutsche Offiziere — ein Major und ein Kapitän — in den Nato-Stab Kolsas bei Oslo einziehen sollen, dauern unvermindert an. Nachdem es bereits in den vorhergehenden Monaten zu massiven Protesten und Massendemonstrationen der Bevölkerung gekommen war, scheint sich der Unmut weitester Teile der öffentlichen Meinung noch gesteigert zu haben. In der norwegischen Hauptstadt wurde nun ein ‚Aktionsausschuß gegen westdeutsche Offiziere' ins Leben gerufen. Die Organisation, der Vertreter der Studentenschaft, der Gewerkschaft und der Frauenverbände angehören, ist erneut bei der Regierung Gerhardsen vorstellig geworden. In einem Memorandum wurde dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß die Organisation nunmehr bereit sei, zu Kampfmaßnahmen überzu-

gehen. Gewaltanwendung gegen die Träger deutscher Uniformen auf norwegischem Boden wäre nicht ausgeschlossen.

Während im norwegischen Storting die Regierungsvorlage debattiert wurde, versammelten sich etwa 2000 Demonstranten vor dem Parlamentsgebäude. Die Sprechchöre hofften noch im letzten Moment eine Umstimmung der Abgeordneten zu erreichen. Auf Transparenten konnte man lesen: „Zwei Offiziere — und was kommt dann?" „Keine Wehrmacht in Norwegen!" „Habt ihr schon vergessen?" Auch auf den Zuschauerbänken im Parlamentsgebäude machte sich eine deutliche Beunruhigung während der Debatte bemerkbar. Zwischenrufe und Pfiffe klangen von den Rängen. Die Argumentation der Regierung beschränkte sich, auf Grund der weitgehend negativen Einstellung der norwegischen Bevölkerung, auf folgende Punkte: Es gilt vor allem, die Fehler nach dem ersten Weltkrieg nicht zu wiederholen. Damals sei Deutschland von den Siegermächten isoliert worden, was sich in der folgenden Entwicklung als äußerst verhängnisvoll ausgewirkt habe. Daher solle man zumindest eine lockere Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik auch von norwegischer Seite akzeptieren, damit der Militarismus in Deutschland keine Chance mehr habe. Norwegen könnte auf Grund der Nato-Zusammenarbeit mit Bonn eine ständige Kontrolle über die Entwicklung in Westdeutschland ausüben. In der Debatte wurden ferner die sowjetischen Noten an Norwegen in dieser Frage berührt. Die Sowjetunion hatte durch ihren Osloer Botschafter, G r i b a n o w , und durch den norwegischen Botschafter in Moskau, G u n d e r s e n , gegen die Stationierung zweier deutscher Offiziere in Norwegen protestiert. Bei der schließlichen Abstimmung, in der sich die Regierung durchsetzte, kam es zu kurzen heftigen Tumulten unter den Zuschauern. Nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses ließ ein Zuhörer mittels eines Koffergrammofons das Lied „Ja, wir lieben" erklingen. Dieser musikalische Protest war eine deutliche Anspielung auf die nunmehr von der Regierung befohlenen Gefühle gegen Deutschland. (Ja, wir lieben sie, die Deutschen). Mehrere Zuschauer im Plenarsaal stimmten die norwegische Nationlhymne an.

Trotzdem es nunmehr der Regierung Gerhardsen gelungen ist, im Parlament eine Mehrheit für die Stationierung von westdeutschen Militärs in Norwegen zu finden, deutet alles darauf hin, daß die kommenden Auseinandersetzungen in dieser Frage weiterhin sehr hart sein werden. Die Beunruhigung der Bevölkerung ist zu tiefgehend, als daß diese nunmehr resignieren dürfte. Die Beschwichtigungsgeste Bonns, in Form der Wiederaufnahme der unterbrochenen Wiedergutmachungsgespräche mit Oslo, kann über diesen Tatbestand nicht hinwegtäuschen. Bei Gesprächen mit gutinformierten Persönlichkeiten in Oslo wurde deutlich, daß es gänzlich unmöglich sein dürfte für einen deutschen Militär, sich öffentlich auf den Straßen der norwegischen Hauptstadt zu bewegen. Die Gewaltandrohungen des Aktionsausschusses gegen westdeutsche Offiziere sind also durchaus ernst zu nehmen. Daran ändert auch der Parlamentsbeschluß im Osloer Storting nichts.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Memorandum zur Außenministerkonferenz

Nach zwölf Jahren eines von der Drohung der Katastrophe begleiteten kalten Krieges ist die Erkenntnis allgemein, daß diese Politik sinnlos geworden, widerlegt und gescheitert ist. Die Einsicht wächst, daß sie durch eine Politik der Friedensbereitschaft und der Verhandlungen abgelöst werden muß. Die Welt ist einig in der Forderung, daß kein Atomkrieg sein darf. Es gibt nur die Wahl zwischen Frieden und Selbstmord.

Vorbereitende Kontakte zwischen Staatsmännern aus Ost und West haben gezeigt, daß es in den Fragen der Einstellung der Atomwaffenversuche, der Rüstungsbegrenzung und Sicherheit in Europa, des Friedensvertrages mit Deutschland und des Status von Berlin gemeinsame Interessen gibt. Das Zustandekommen von Konferenzen der Außenminister und Regierungschefs ist Ausdruck des vorgeschrittenen Wandels der Weltmeinung. Nur wenn die Staatsmänner nicht auf Bedingungen zurückgreifen, von denen man genau weiß, daß sie zur Ablehnung führen, darf den Konferenzen mit Zuversicht entgegengesehen werden. Die Wortführer der internationalen und der europäischen Politik dürften sich darüber klar sein, daß die öffentliche Meinung ihnen nicht erlaubt, rückfällig zu werden, sondern eine von Vernunft und Verantwortung getragene Politik erhofft.

Die Unterzeichner erwarten von den Großmächten endlich Taten zur Entspannung. Die Zeit hierzu ist überreif. Darin wissen wir uns einig mit der großen Mehrheit des ganzen deutschen Volkes. Es hat fortgesetzt und unüberhörbar bekundet, daß die Atombewaffnung der Bundesrepublik der deutschen und europäischen Sicherheit nicht dient, die internationalen Spannungen verschärft und niemals zur Erreichung der nationalen Ziele des deutschen Volkes führen kann. Einsichtige Vertreter aller Konfessionen, der Wissenschaft und Wirtschaft fordern seit Jahren den Verzicht auf die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik. Selbst in weiten Kreisen der Regierungspartei mehren sich Zweifel und Kritik. Kein Politiker und Staatsmann sollte diese Meinung unseres Volkes außer acht lassen. Die große Mehrheit der Deutschen würde der Bonner Politik nicht verzeihen, wenn sie darauf beharrt, der Verständigung nur verdrossen und widerwillig in weitem Abstand zu folgen oder sie gar weiterhin zu blockieren.

Alle deutschen Parteien in West und Ost, ausgenommen die Partei des Kanzlers, die Christlich-Demokratische/Soziale Union, entwickelten in den letzten Wochen Vorschläge zur Entspannung. Parteien, die verschiedene wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ziele verfolgen, sind sich in dieser entscheidenden Frage nahegekommen. Mag es im deutschen Volk auch Unterschiede der Vorstellungen über die beste Lösung seiner Probleme geben, so stimmt es doch weitgehend in der Erwartung überein, daß die Genfer Konferenz der Außenminister Fortschritte und Ergebnisse erzielt in den Verhandlungen über

- einen Friedensvertrag, der die Spannungen mindert, die Lösung der Berlin-Frage erlaubt und der Wiedervereinigung Deutschlands den Weg ebnet;
- die Schaffung einer atomwaffenfreien und militärisch verdünnten Zone in Europa, zumindest unter Einbeziehung der beiden Teile Deutschlands, Polens und der Tschechoslowakei. (Annehmbare und glaubhafte militärische Gründe wurden hiergegen nicht angeführt).

Die Erwartung, daß deutsche ermächtigte Vertreter zu allen Verhandlungen hinzugezogen werden, die Deutschland mittelbar oder unmittelbar betreffen, bedarf keiner Begründung; sie ist selbstverständlich.

Die Weltöffentlichkeit muß die Überzeugung gewinnen, daß die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes nichts sehnlicher wünscht als eine militärische Entspannung und die friedliche Wiedervereinigung. Die Weltöffentlichkeit muß wissen, daß das Wort des noch amtierenden Kanzlers nicht mehr das Wort des deutschen Volkes ist. Darum rufen wir das ganze deutsche Volk, seine Regierungen, Parteien und Organisationen auf, einig zusammenzustehen und den gemeinsamen nationalen Willen überall und nachhaltig

zu bekunden. Nur die deutschen Politiker verdienen das Vertrauen des deutschen Volkes, die diese Aufgabe erkennen und ernsthaft vertreten.

Mai 1959

Die Unterzeichner:

Arno Behrisch, MdB
General a. D. Dr. Franz Beyer
Oberst i. G. a. D. Bogislav von Bonin
Dr. Achim von Borries
Dr. Hermann Etzel
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Mathias Josef Mehs
Hermann Schwann
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg
Philipp Wehr, MdB
Karl Graf von Westphalen

(Wie uns mitgeteilt wurde, ist dieses Memorandum indessen von weiteren 350 Persönlichkeiten unterzeichnet worden. D. Red.).

Wortlaut der Entschließungen auf dem Kongreß des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) am 23./24. Mai 1959 in Frankfurt/Main

Am 23./24. Mai tagte im Frankfurter Gewerkschaftshaus der Kongreß des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes „Für Demokratie — Gegen Restauration und Militarismus". An dem Kongreß nahmen Vertreter aller sozialistischen Jugendgruppen der Bundesrepublik sowie Delegationen der Labour-Party, der Nenni-Sozialisten, Studentendelegationen aus Italien, Schweden, Dänemark und Österreich und erstmals auch Studenten der Universitäten Jena, Halle und Leipzig teil. Der Kongreß nahm folgende, in Arbeitsgruppen erarbeitete Erklärungen an:

Erklärung der Arbeitsgruppe I

Seit der Gründung der Bundesrepublik sind die restaurativen Kräfte in ihr immer stärker geworden.

Die gesellschaftlichen Ursachen der Restauration liegen in der erneuten Konzentration der entscheidenden wirtschaftlichen Machtmittel in der Hand weniger Riesenunternehmungen und ihrer Zusammenschlüsse in Konzernen und Trusts.

Die wirklichen Herren in der Bundesrepublik sind die Inhaber der großen Industriemonopole. Diese die gesellschaftliche Struktur der Bundesrepublik bestimmenden Kräfte haben die Vorbereitungen des ersten Weltkrieges verschuldet. Sie haben Hitler an die Macht gebracht und mit seiner Hilfe ganz Europa in Brand gesteckt und sind gefährliche Gegner des friedlichen Zusammenlebens der Völker. Die als Wehrwirtschaftsführer das große Geschäft des zweiten Weltkrieges tätigten, haben nach 1945 die CDU finanziert. Die großkapitalistischen Kräfte haben Staatsapparat, Regierung und Parteien unter ihre Regie bekommen. Während der Konjunktur ist es ihnen unter Ausnutzung der von ihnen beherrschten öffentlichen Institutionen (Presse, Funk, politischer Klerus usw.) möglich gewesen, die Meinungs- und Willensbildung mit den Mitteln antibolschewistischer Hetze zu manipulieren. Damit wird die Demokratie in immer stärkerem Maße ihres wahren Inhalts beraubt und zu einer rein formalen und repräsentativen Staatsform. Ihre Institutionen sind weitgehend mit Personen besetzt, die — ihrer Tradition und politischen Bildung entsprechend — kein Verhältnis zur Volkssouveränität, d. h. zur wahren Demokratie haben.

Das Ziel der restaurativen Kräfte ist die Wiederherstellung eines militanten und mit Atomwaffen ausgerüsteten Staates. Die Verstärkung der militärischen Macht durch die atomare Bewaffnung müßte — wie schon jetzt die Bestrebungen zum Staatsnotstandsgesetz und zur Wiedereinführung der Todesstrafe zeigen — die restaurativen Tendenzen

erheblich verstärken. Der Kampf für die Wiedervereinigung Deutschlands und den Deutschlandplan der SPD ist nur in Verbindung mit dem stetigen Ringen gegen die restaurativen Kräfte und ihre sozialen Grundlagen und um die Verteidigung der demokratischen Freiheitsrechte erfolgversprechend.

Erklärung der Arbeitsgruppe II

I. Der Militarismus dient der Unterordnung eines Volkes unter die innen- und außenpolitischen Ziele der herrschenden Schichten.

Immer deutlicher tritt er besonders in der Bundesrepublik in allen Bereichen des öffentlichen Lebens in Erscheinung. In zunehmendem Maße werden faschistische Vereinigungen, militaristische Traditionsverbände und bestimmte revanchistische Vertriebenen-Organisationen geduldet oder unterstützt. In der Schulerziehung werden vielfach die Verbrechen des deutschen Militarismus unterschlagen und die deutsche Geschichte wird heroisiert. Verwaltung und Justiz sind besonders stark durch die Reaktivierung von alten Beamten, Offizieren und Unteroffizieren mit militaristischem Denken durchsetzt. Die deutsche Wirtschaft hat im Zuge der Wiederaufrüstung ihr Bündnis mit dem deutschen Militarismus erneuert. Durch zahlreiche Publikationen, durch Kriegs-, Horror und Verbrecherfilme wird eine systematische Enthumanisierung betrieben, die der psychologischen Kriegsvorbereitung dient. Die politische Propaganda führt den kalten Krieg, in dem sie planmäßig nationalsozialistische Ressentiments und primitive Haßinstinkte gegen andere Völker und deren Gesellschaftssysteme erzeugt.

II. Durch die Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes begünstigt, hat sich die Bundesrepublik zu einem betont reaktionären Staat entwickelt, der in zunehmendem Maße unter den beherrschenden Einfluß mächtiger Kapitalgruppen geraten ist. Zunehmend macht sich die Tendenz bemerkbar, die Machtstellung und Vorherrschaft der mächtigen Gruppen mit reaktionären und faschistischen Methoden für dauernd zu sichern. Besonders ist dabei die noch immer nicht bewältigte nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands eine ständige Gefahr. Da der Charakter einer Armee immer vom Charakter des sozialen Kräfteverhältnisses eines Staates bestimmt wird, ist die Bundeswehr eine Gefahr für die Demokratie und ein potentielles Instrument für die reaktionären Tendenzen mit der Gefahr einer faschistischen oder Militärdiktatur. Die Kämpfe in der Weimarer Republik, die Erfahrungen mit dem Faschismus in Europa und neuerdings der Staatsstreich der französischen Armee unterstreichen diese Gefahr.

III. Die Bundeswehr wurde im Zuge der Verschärfung der Ost-West-Spannungen als Instrument der Nato aufgebaut, die weniger der Verteidigung als vor allem der offensiven Roll-back-Strategie der USA diente. Mit der Atomrüstung beginnt die Bundeswehr sich über die Nato hinaus zu einer selbständigen Gefahr für den Weltfrieden zu entwickeln.

IV. 1. Daraus folgt, daß der militärische, wirtschaftliche und propagandistische Beitrag der Bundesrepublik zu der Politik der Stärke abzulehnen ist und bekämpft werden muß.

Insbesondere ist aber eine Politik der Bundesregierung zu bekämpfen, die die Bundesrepublik zum extremsten Exponenten dieser heute selbst in den USA sehr umstrittenen Politik zu machen versucht.

2. Auf diese Weise ist es möglich, eine bündnis- und atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa zu schaffen. Das ist die Voraussetzung zur Bildung eines kollektiven Sicherheitssystems unter Einschluß der Weltmächte.

3. Ergeben sich daraus die Forderungen

a) die gegenwärtige Aufrüstung sofort zu stoppen;

b) den gegenwärtigen Stand der Rüstung in der Bundesrepublik abzubauen;

c) des sofortigen Verbots und der Beseitigung aller Massenvernichtungsmittel in der Bundesrepublik;

d) die Abschaffung der Allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik;

e) Ausschaltung des alten Offizierkorps aus der Bundeswehr und sofortiges Verbot aller soldatischen Traditionsverbände;

f) keine Mitarbeit am Aufbau und Ausbau der gegenwärtigen Streitkräfte zu leisten;

g) die sofortige Aufnahme von Verhandlungen über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, der diese Forderungen enthalten muß und von Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Regierungen mit dem Ziele einer stufenweisen Zusammenführung der Teilstaaten;

h) Verzicht der Bundesregierung auf eine Revision der bestehenden deutschen Grenzen und Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch die Bundesrepublik Deutschland.

Erklärung der Arbeitsgruppe III

Die demokratische Ordnung der Bundesrepublik wird durch das Auseinanderfallen von Grundgesetz und Verfassungswirklichkeit mehr und mehr gefährdet.

Um der Demokratie erneut Geltung zu verschaffen, um der schleichenden Aushöhlung demokratischer Institutionen Widerstand zu leisten und um eine demokratische Bewußtseinsbildung zu ermöglichen, fordern wir:

1. Aufhebung privater wirtschaftlicher Machtkonzentration durch gesellschaftliche Kontrolle;
2. Demokratisierung der Mittel der öffentlichen Meinungsbildung;
3. Säuberung der Beamtenschaft und der Justiz von nationalsozialistischen und antidemokratischen Kräften und demokratische Kontrolle dieser Organe;
4. Kampf gegen die Einführung jeglicher Notstandsgesetze mit allen demokratischen Mitteln;
5. Verhinderung jedes Versuches, die Todesstrafe wieder einzuführen;
6. Gewährleistung der Grundrechte im politischen Strafrecht;
7. Amnestie für alle, die wegen Staatsgefährdung verurteilt sind;
8. Schutz der politischen Betätigung, der Meinungs- und Lehrfreiheit der Hochschullehrer, sowie Ausschaltung nationalsozialistischer und antidemokratischer Einflüsse an Schulen und Hochschulen.

Wir rufen alle Demokraten zum Widerstand gegen die Aushöhlung der Demokratie auf.

Zilliacus: Verhandlungen mit der DDR und Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze

Der britische Unterhausabgeordnete des linken Flügels der Labour-Party, Zilliacus, hatte vor der Abstimmung (über die Entschließungen auf dem Kongreß des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, D. Red.) diese „klare und mutige Entschließung" begrüßt. Wenn man mit der Sowjetzone verhandeln wolle, so sagte er, müsse man die Oder-Neiße-Grenze anerkennen. Zilliacus meinte, dies sei nicht nur die Meinung der Labour-Party, sondern auch führender Männer der englischen Regierung. (Die Welt vom 25. 5. 59)

Liberaler Studentenbund bei Wiener Jugendfestspielen

Die Delegiertenversammlung des Liberalen Studentenbundes hat in Weinheim beschlossen, eine offizielle Delegation zu den kommunistisch organisierten „Weltfestspielen der Jugend" in Wien zu entsenden. Als Begründung wurde angeführt, daß die Kommunisten und die neutralen Staaten ein „Zurückweichen" der westlichen Jugend als ein Eingeständnis der Schwäche und der Unterlegenheit werten müßten.

(Die Welt vom 20. Mai 1959)

SS-Treffen

„Der zu seiner ordentlichen Tagung am 4. April 1959 zusammengetretene Bundesvorstand der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) macht die Öffentlichkeit darauf aufmerksam, daß das für den 27. und 28. Juni in Arolsen geplante Treffen der SS (HIAG) nunmehr in Mengeringhausen, 1 km von Arolsen entfernt, stattfinden soll. Es handelt sich nicht, wie aus Gründen der Tarnung behauptet wird, um ein Suchdiensttreffen, sondern um ein Treffen der „Garde, die unser Führer liebt", wie es bereits bei dem SS-Treffen 1957 in Karlburg/Bayern der Fall war. Die in Arolsen unter der Obhut des Internationalen Roten Kreuzes aufbewahrten Archive und Dokumente über die

Opfer der SS sind nach wie vor in Gefahr. Andererseits bedeuten derartige SS-Treffen eine Gefahr für die Demokratie, ganz gleich, an welchen Orten sie stattfinden. Wir appellieren daher an die Abgeordneten des Hessischen Landtages und an die Hessische Regierung, gleichzeitig aber auch an die Regierungen aller anderen Bundesländer, das für den 28./29. Juni geplante Treffen der SS wie alle ähnlichen Treffen nicht zuzulassen, zumal die Umtriebe derartiger nazistischer und militaristischer Organisationen bereits starke Beunruhigung in der Öffentlichkeit des Auslandes hervorgerufen haben."

„Der Nimbus des deutschen Soldaten"

Etwa 3000 ehemalige Fallschirmjäger haben zu Pfingsten am sechsten Fallschirmjäger-Bundestreffen in Freiburg teilgenommen. Von den ehemaligen Wehrmachtsgeneralen waren Generalfeldmarschall Kesselring und General Ramcke anwesend. In seiner Eröffnungsansprache teilte der Präsident des Bundes, Generaloberst a. D. Student, mit, daß eine Arbeitsgemeinschaft der Traditionsverbände beschlossen habe, „jeglicher Diffamierung der alten Soldaten Einhalt zu gebieten". Zum Sprecher dieser Arbeitsgemeinschaft sei er — Student — bestellt worden. Student betonte, daß die Fallschirmjäger der früheren Wehrmacht schon vor 20 Jahren ein richtiges inneres Gefüge gehabt hätten. Er fügte hinzu, der Nimbus des deutschen Soldaten sei heute wieder ein Faktor in der Weltpolitik.

70 % der Fremdenlegionäre sind Deutsche

In einer Versammlung der Ortsgruppe Köln des DSG sprach der SPD-Bundestagsabgeordnete H. J. Wischnewski über den Algerienkrieg. 125 000 Algerier ständen bei bester Ausrüstung und vorbildlicher Disziplin einer Übermacht von 700 000 Franzosen gegenüber, die zum Teil mit bestialischen Folterungen arbeiteten. Das sollte alle Deutschen interessieren, sagte Wischnewski, denn

1. seien 70 % der Fremdenlegionäre Deutsche, vor allem Jugendliche mit von französischen Stellen gefälschten Namen und Geburtsdaten;
2. französische Truppen, die der Nato angehörten und von uns mitbezahlt werden, liegen für diese fremden Interessen in Algerien fest;
3. auch im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erhält Frankreich große Summen für diese Zwecke von uns;
4. fünf Attentate haben bereits von französischer Seite aus auf deutschem Boden stattgefunden;
5. über 3000 algerische Flüchtlinge sind bis heute aus politischen Gründen aus dem „freien Westen" Frankreichs bei uns eingetroffen.

CDU-Abgeordneter Diel: „Der Inhalt des Grundgesetzes ‚ergänzt' sich durch den Willen und die Beschlüsse der Partei"

Die in Koblenz erscheinende Rhein-Zeitung räumte dem CDU-Abgeordneten Jakob Diel in ihrer Ausgabe vom 18./19. 4. 1959 Platz für folgende Stellungnahme ein:

„Zu den Betrachtungen über die Rechte des Bundespräsidenten möchte ich mir einige Hinweise gestatten. Es ist ein Irrtum, alles abzustellen auf den Wortlaut des Grundgesetzes. Dieser Wortlaut spielt gegebenenfalls eine Rolle bei einem Meinungsstreit zwischen Präsident und Kanzler, wenn der letztere glaubt, in seinen Rechten verletzt zu sein. ‚Praktisch' liegen die Dinge anders. Die freiwerdenden Stellen werden neu besetzt durch die Entscheidung der Partei und Fraktion. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sowohl Partei wie Fraktion im seitherigen Kanzler den ‚genialen Führer' der Regierung und Partei sieht und nicht daran denkt, seine — na sagen wir — Bedeutung zu mindern. Infolgedessen ergänzt sich das, was im Grundgesetz steht, durch den Willen und die Beschlüsse der Partei, die kaum daran denkt, jemand in eine frei werdende und neu zu besetzende Stelle zu wählen, der nicht die Gewähr einer zuverlässigen Fortsetzung der

Politik bietet, die man die Politik Adenauers nennt, d. h. der sich praktisch mit dem Willen und Wollen Adenauers ‚identifiziert'! Es geht nicht etwa um das Ansinnen der Rolle einer ‚Willenlosen'. Das wäre falsch bezeichnet. Was aber Adenauer wollte und will, ist so genau bekannt, daß der Kandidat, der etwas werden will, im voraus schon weiß, was man von ihm in Zukunft erwartet. Solange also der Präsident Adenauer selbst der Politik des Kanzlers Adenauer nicht untreu wird, ist die Gefahr von Komplikationen überhaupt nicht gegeben. Darum meine Folgerung: Der Inhalt des Grundgesetzes ‚ergänzt' sich durch den Willen und die Beschlüsse der Partei."

Offener Brief

Herrn
Professor Dr. Walter Hagemann
Münster/Westfalen
Rottendorfweg 19
Hochverehrter Herr Professor!

Die Delegiertenversammlung der Studentischen Ausschüsse gegen Atomrüstung in der Bundesrepublik und Westberlin hat am 25. April 1959 in Göttingen einstimmig beschlossen, Ihnen in einem offenen Brief folgende Erklärung zu übermitteln:

Mit Bestürzung haben wir davon Kenntnis genommen, daß das Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen Sie vorläufig Ihres Dienstes an der Universität Münster enthoben hat. Schon bei der Einleitung des Disziplinarverfahrens hatten wir den Eindruck, daß es hier weniger um ein disziplinarisches Vorgehen gegen Ihre Person geht, als vielmehr um einen politischen Schlag gegen die gesamte Opposition — insbesondere die studentische —, die seit einem Jahr die westdeutsche Atomaufrüstung bekämpft und von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland eine Revision der Politik der Stärke fordert. Es scheint, als sollten Sie durch formaljuristische Angriffe politisch mundtot gemacht werden.

Daß es für einen Professor und Hochschullehrer im Jahre 1959 bereits wieder eine Schande sein soll, aus der Tradition der politischen Abstinenz der deutschen Universitäten herauszutreten, erfüllt uns mit Sorge und Beschämung. Haben wir doch die Furcht, daß in dem Vorgehen gegen Sie Praktiken sich wieder anmelden, die schon einmal das Rechtsbewußtsein so weit lähmten, daß schließlich die Säuberung deutscher Universitäten von politisch unliebsamen Professoren möglich war. Dies ist für uns die Aufforderung, den Kampf gegen Atomrüstung und kalten Krieg, für Demokratie, Entspannung und eine Annäherung der beiden deutschen Staaten unvermindert fortzusetzen.

Wir wissen uns solidarisch mit Ihnen und hoffen, daß Ihre politische Aktivität durch dieses Vorgehen des nordrhein-westfälischen Kultusministeriums nicht beeinträchtigt werden kann noch wird.

Göttingen, den 25. 4. 1959

In aufrichtiger Hochachtung
STUDENTISCHE AUSSCHÜSSE GEGEN ATOMRÜSTUNG
AN DEN UNIVERSITÄTEN UND HOCHSCHULEN
DER BUNDESREPUBLIK UND WESTBERLINS
gez. Rudolf Schultz

Dieser „Offene Brief" wurde am 14. Mai in München auf einer Veranstaltung des „Arbeitskreises für Fragen des Zeitgeschehens" von 125 Personen unterzeichnet.

D. Red.

Verstärkte Kontakte

In einer mit großer Mehrheit angenommenen Resolution trug die Bundeskonferenz der „Sozialistischen Jugend Deutschlands — Die Falken" am 10. Mai in Köln dem Vorstand der „Falken" auf, mit der FDJ in Verhandlungen einzutreten, insofern das sinnvoll und nützlich erscheine. Der für weitere zwei Jahre wiedergewählte Verbandsvorsitzende Prall erklärte dazu vor Pressevertretern, „den Falken geht es darum, eine innere Ver-

klammerung zwischen den jungen Menschen der DDR und der BR herzustellen, damit sie sich nicht noch weiter auseinander leben". Eine sog „Aktionsgemeinschaft" zwischen „Falken" und FDJ sei jedoch nicht beabsichtigt.

Verbindung aufnehmen!

Mit allen gegen fünf Stimmen beschloß die Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 10. Mai in Kassel, mit der Jugend der Deutschen Demokratischen Republik Verbindung aufzunehmen. Für die schaffende Jugend sei die Wiedervereinigung kein Lippenbekenntnis, sondern eine ernste Aufgabe. So fühle sich die Gewerkschaftsjugend zu dieser Initiative verpflichtet. Diese Aufforderung zum Verbindung-Aufnehmen bildet das Stück eines Acht-Punkte-Programms zur Wiedervereinigung. Das Programm sieht vor, daß die Orts- und Kreisjugendausschüsse des DGB Einladungen an Jugendausschüsse mitteldeutscher Betriebe schicken wollen, mit dem Ziel, von keiner Seite bevormundete Begegnungen herbeizuführen. Die dabei gewonnenen Kontakte sollen die Basis für Gegenbesuche qualifizierter gewerkschaftlicher Jugenddelegationen in der DDR bilden. Außerdem sollen junge Arbeitnehmer aus der DDR zu Ferienlagern der Gewerkschaftsjugend in die BR eingeladen werden. Des weiteren soll eine Studiengruppe der Gewerkschaftsjugend in die DDR reisen, um mehr Informationsmaterial als bisher über die Jugendarbeit der Gewerkschaften jenseits des Eisernen Vorhangs herein zu holen. Schließlich wird der DGB aufgefordert, sich mehr um die Jugendlichen in den Flüchtlingslagern zu bekümmern.

Gestrichen

In dem neuen FDJ-Statut, das am 15. Mai von dem in Rostock tagenden Parlament der DDR-Jugendorganisation verabschiedet wurde, ist der atheistische Passus gestrichen worden, „daß die FDJ gegen den religiösen Aberglauben kämpfe".

Herter: Bundesregierung einzige deutsche Regierung
Herter: Bundesrepublik ist Provisorium

Bei dem hektischen Tanz um die angeblich bessere Ausgangsposition für sogenannte Geheimgespräche, bei denen doch alles herauskommt — denn irgend jemand begeht doch immer wieder eine Indiskretion —, variiert die Szene oft vom Dramatischen zum Grotesken. Wie das aussieht, dafür ein Beispiel: Vor Pfingsten erklärte der amerikanische Außenminister H e r t e r in wohlgesetzter und von der westlichen Presse mit viel Beifall bedachten Rede, es gebe nur e i n e deutsche Regierung. Das sei die Regierung der Bundesrepublik, die das Licht der Welt nach freien Wahlen erblickt habe und deshalb für sich in Anspruch nehmen könne, das ganze deutsche Volk zu vertreten. Diese schöne Rede war kaum kalt geworden, da meinten die Russen schon, sie verstünden nicht, warum dann eine Vertretung der DDR-Regierung mit gleichen Rechten wie die Regierung der Bundesrepublik in einem Konferenzsaal säße. Und kopfschüttelnd meinte ein Mann der russischen Delegation, der die Verhältnisse in Bonn wohl am besten von seinen Kollegen kennen dürfte, er verstünde überhaupt nichts mehr und müsse erst einmal seine Gedanken sammeln, um den Irrungen und Wirrungen westlicher Sprecher folgen zu können. Daß Bonn und Pankow mit den „Großen" zusammen in einem Konferenzsaal säßen, sei doch wohl nun eine Tatsache, die man nicht mehr aus der Welt schaffen könne.

Bis zu diesem Punkt könnte man die Geschichte als das übliche Konferenzgeplänkel betrachten. Aber siehe da, am Pfingstmontag hielt Herter eine neue Rede. Sie war genau so schön und wohlgesetzt wie die Rede vor Pfingsten. Nur brachte sie eine Offenbarung, die am späten Montagabend den meisten Konferenzbeobachtern heftige Kopfschmerzen bereitete. Herr Herter hatte nämlich nicht mehr und nicht weniger getan, als die Feststellung getroffen, daß die Bundesrepublik nur ein P r o v i s o r i u m sei, und daß hier in Genf n i e m a n d Deutschland vertrete.

Er wollte damit sicher der russischen These begegnen, wonach die Regierungen der beiden deutschen Teilstaaten das Recht und die Pflicht hätten, einen Friedensvertrag für

Deutschland abzuschließen. Die Bemerkung Herters war — für diesen Zweck gedacht — also durchaus logisch. Sie erscheint aber in einem anderen Licht, wenn man die Vor-Pfingstrede analysiert und dabei an das denkt, was Herter von der Rolle der Regierung der Bundesrepublik gesagt hatte.

(SPD-Pressedienst vom 19. 5. 1959)

Wer hat die stärkste Moral?

Adlai Stevenson regt in einer amerikanischen Zeitschrift die westliche Welt zu einer Gewissensforschung an:

„Wenn man, wie ich im letzten Sommer, wochenlang in der Sowjetunion herumgereist ist, ist es unmöglich, sich dem überwältigenden Eindruck der Stoßkraft und der Zielstrebigkeit auf fast allen Gebieten des russischen Lebens zu entziehen. Das revolutionäre Feuer ist mit der Zeit heruntergebrannt, aber sogar die durchaus pragmatischen politischen Führer scheinen von einem tiefen Glauben an die Wahrheit und Richtigkeit ihrer Lebensart erfüllt zu sein und haben das stille Vertrauen, daß diese mit der Zeit die Welt erobern wird ... Rußland ist ein ungeheures Kraftwerk von Energien, die alle in der gemeinsamen Aufgabe angespannt sind, den sowjetischen Traum aufzubauen. Die schwungvolle wirtschaftliche Entwicklung ist ein Aspekt dieser Kraftentfaltung. Die ungeheuren, für Wissenschaft und Forschung zur Verfügung stehenden Summen sind ein anderer. Die Selbstdisziplin und die langen Arbeitsstunden der Schulkinder, die ihnen abverlangt werden, damit sie sich zu den Wissenschaftlern, den Technikern, den Verwaltungsbeamten und den Sprachkundigen der neuen Weltordnung heranbilden, sind vielleicht der bedeutungsvollste Maßstab für die Reserven an Tatkraft, an Arbeit und Geschicklichkeit, die die sowjetischen Führer einzusetzen hoffen.

Das alles wissen wir — oder wir beginnen es zu wissen. Wie oft aber versuchen wir wohl, einen Begriff von dem Ausmaß an Hingabe, die dahintersteht, zu bekommen? Warum sind die Kommunisten so geschäftig? Warum so viele Anstrengungen und Überlegungen? Warum eine solche Ausstreuung ihrer Hilfsmittel über die ganze Welt? Warum diese Geduld bei jedem Rückschlag, warum dieses Vorstoßen an jedem Punkt westlicher Schwäche? Wir haben nur den einen Wunsch, zu Hause zu bleiben. Warum wollen sie das nicht? Warum begegnen wir nie einem isolationistischen Kommunisten? Alle diese Fragen verfolgten mich, als ich mich unmittelbar diesem eisernen, kraftvollen Lebensstil gegenübersah. Entscheidend aber ist, daß die Sowjetrussen an ihre Wahrheit glauben ...

Warum haben wir keine Initiative? Warum ist unser Wille paralysiert? Ich glaube, wir haben frei mit frei und angenehm verwechselt. Wenn Freiheit den glücklichen, einfachen und entspannten Zustand der normalen menschlichen Natur bedeutet, dann wäre der Mensch überall frei gewesen, während er doch fast zu allen Zeiten und fast überall in Ketten war ... Wenn Freiheit nur Bequemlichkeit bedeutet, wenn sie das Ausweichen vor harter Lerndisziplin bedeutet, wenn sie bedeutet, Schweiß und Lohn schöpferischer Tätigkeit zu vermeiden, wenn sie nur die ständige Verherrlichung des Trivialen oder sogar Verachtung gegenüber jeder hervorragenden Leistung, es sei denn einer sportlichen, bedeutet, dann werden wir vielleicht noch eine Zeitlang die Formen einer freien Gesellschaft besitzen — aber ihr Geist wird tot sein."

Montgomery: Keine Angriffspläne Moskaus

Der britische Feldmarschall Montgomery, der vor kurzem mit Chrustschow zusammengetroffen war, äußerte in einem Zeitungsartikel, er glaube „keinen Augenblick" daran, daß die Sowjets einen Angriff gegen den Westen planten.

„Wenn je eine Nation heute den Frieden wünscht, so ist es Rußland, das seine wirtschaftliche Stärke aufbauen und den niedrigen Lebensstandard der Bevölkerung heben will. Die Sowjets haben nichts durch einen Atomkrieg zu gewinnen." Moskau glaube aber fest, daß der Westen einen Angriff beabsichtige.

(Die Welt vom 19. Mai 1959)

Arche Noah

... Chrustschow verglich den westlichen Friedensplan mit der Arche Noah. Diese habe alle Arten von Tieren aufgenommen, saubere und schmutzige. Das habe Noah die Sache erschwert. Man müsse aus der Arche des Friedens das Ungeeignete entfernen, dann könne man zu einer Diskussionsgrundlage kommen.

(FAZ vom 21. Mai 1959)

Wichtiger Brief

Acht Mitglieder der britischen Labour Party haben ein gemeinsames Schreiben an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt gerichtet: „Ein überwältigender Teil der öffentlichen Meinung in Großbritannien, Deutschland und den Vereinigten Staaten" fordere, daß die Berlin-Frage durch Verhandlungen und Kompromisse gelöst werde. „Wir glauben, daß die Westmächte ernsthaft einen Kompromiß und Verhandlungen in Erwägung ziehen sollten, statt zwischen einer erstklassigen diplomatischen Niederlage und dem Beginn eines Kernwaffenkrieges wählen zu müssen." Der Brief ist am 24. April unterzeichnet worden durch Conni Zilliacus, Sidney Silverman, Julius Silverman, Emrys Hughes, Tudor Watkins, Stephen Swingler, Will Griffiths und William Warbey.

Koexistieren ist schon etwas

Auf einem Essen der Royal Academy sagte Premierminister Macmillan am 29. April in London: „Wenn wir die Spannungen vermindern können, werden wir die Koexistenz erreicht haben — eine wohl im Wettbewerb stehende Koexistenz, aber wenigstens eine Koexistenz. Und im Atomzeitalter ist es bereits etwas, zu koexistenzieren."

Truppenrückzug

Der republikanische Senator Homer E. Capehart aus dem Staate Indiana legte am 25. April einen Plan für die Wiedervereinigung Deutschlands vor. „Wenn sich die Sowjetunion mit einem Truppenrückzug aus Deutschland, Polen, der Tschechoslowakei und allen anderen nach dem zweiten Weltkrieg besetzten Ländern bereit erklärt, könnten Deutschland und Berlin wiedervereint werden. Unter diesen Umständen könnten auch wir unsere Truppen aus Deutschland zurückziehen, und Deutschland könnte auch auf die Verwendung von Kernwaffen verzichten."

Gefährliches Trotzdem

Ein Sprecher des Nato-Rates teilte am 7. Mai 1959 mit: Die Vereinigten Staaten haben mit der Bundesrepublik, den Niederlanden, Griechenland und der Türkei Verträge über die Ausbildung von Angehörigen der Streitkräfte dieser Länder an Fernlenk- und Atomwaffen und über die Überlassung von Informationen auf dem Gebiet der militärischen Anwendung der Atomenergie abgeschlossen. Die Frage von Abschußbasen für Atomwaffen werde in diesen Verträgen noch nicht berührt, darüber werde jedoch gesondert verhandelt werden.

Entglitten

„Zwischen 60 und 80 Prozent der Forschung auf dem Gebiete der Atomphysik, der elektronischen Maschinen und der Aerodynamik stehen in den USA unmittelbar im Dienste militärischer Zwecke", stellt Raimar Lenz in dem Buch „Die Atomrüstung und der Intellektuelle" fest (Ansgar Skriver Verlag Berlin-Dahlem). „Der Ausdruck ‚ABC-Waffen' gibt politischen ABC-Schützen keinen Begriff von ihrer Funktion. Worte wie ‚saubere Bombe', ‚Baby-Bombe', ‚Maulwurf-Bombe' usw. liefern den letzten Beweis, daß mit der Verbrennung von Millionen Menschen nur instrumentell gerechnet wird. Tatsächlich ist

es so, daß die Anschaulichkeit der Verhältnisse verloren gegangen ist. Bei 25 Milliarden Dollar Rüstungskosten haben sich die Begriffe endgültig von der Vorstellung gelöst. Die Bombe ist unserer Begriffswelt entglitten."

Wasser nicht zum Trinken da ...

Die dänischen Gesundheitsbehörden haben den Bewohnern der Insel Saltholm östlich von Kopenhagen im Oeresund verboten, ihr bisheriges Trinkwasser zu benützen, da es einen zu hohen Grad von Radioaktivität aufzuweisen beginne.

Um den 40. Grad nördlicher Breite

Nach einem Bericht amerikanischer Wissenschaftler, der am 5. Mai vor dem Kongreßausschuß für Radioaktivität erstattet wurde, wird sich die Ausschüttung von Strontium 90 aus den bisherigen Kernwaffenversuchen in den nächsten Monaten vor allem in den Gebieten um den 40. Grad nördlicher Breite verdoppeln. Es handle sich um einen globalen Streifen, der sich mitten durch Amerika, Spanien, Süditalien, Griechenland und die Türkei zieht.

„Heiße Körnchen"

Die „heißen Körnchen", stark radioaktive Einzelteilchen, die in den Atombombenschwaden aus den Versuchsexplosionen um den Erdball getragen werden, sind erst in der zweiten Hälfte des Jahre 1958 in der Bundesrepublik häufiger beobachtet worden. Professor K. Sommermeyer vom Radiologischen Institut in Freiburg/Br. erklärte dazu: „Die biologische Wirkung der „Heißen Körnchen", die in der Lunge an irgendeinem Punkt haftenbleibend, über eine längere Zeit, mehr als eine Woche, absorbiert werden, besteht zunächst im Absterben des Gewebes der Umgebung. Ob die Aufnahme eines heißen Teilchens in der Lunge zu einer Krebsgeschwulst führt, bedarf noch einer gründlichen Erforschung."

Schweigen

Die Leitung des Krankenhauses von Hiroshima hat Anfang Mai dieses Jahres beschlossen, Todesfälle, die auf Strahlungsschäden der Atombombe von 1945 zurückzuführen sind, nicht mehr zu veröffentlichen. Die Bekanntmachungen hätten vielen von diesen Opfern vorzeitig den Lebensmut geraubt. Der japanische Ausschuß „Kampf dem Atomtod" hat gegen diesen Beschluß protestiert.

Isoliert

„Die Sowjetrussen besitzen 450 große Unterseeboote, die im Kriegsfall Europa von den Vereinigten Staaten isolieren und die Vereinigten Staaten selbst Raketenangriffen aussetzen können," erklärte Admiral Hyman Rickover, der „Vater der amerikanischen Atom-Unterseeboote", am 15. Mai auf einem Essen im „National Press Club" in Washington. „Überdies kann die Sowjetunion die USA in vier oder fünf Jahren auf dem Gebiete des Baues von Unterseebooten mit Atomkraftantrieb überholen. Vielleicht besitzt die Sowjetunion gegenwärtig schon solche Unterseeboote. Der neue sowjetische Eisbrecher „Lenin" wird jedenfalls mit drei Atomreaktoren versehen sein, die gegebenenfalls für den Antrieb von Unterseebooten Verwendung finden können. Wir erleben eine Revolutionierung der Seekriegsbedingungen, aber diese Umwälzung geht in gleicher Weise vom Osten wie vom Westen aus."

Vernichtet

Am 15. Mai veröffentlichte die indische Zeitschrift „Blitz" ein Interview, das ihr Chrustschow am 7. Mai gewährt hatte. Wörtlich erklärte Chrustschow darin: „Was

würde geschehen, wenn Deutschland mit Hilfe seiner Alliierten gegen uns einen Krieg auslösen würde? Deutschland wäre innerhalb sehr kurzer Zeit vernichtet, ebenso wie alle anderen feindlichen Kräfte. Wissen Sie, wieviel Wasserstoffbomben genügen, um Westdeutschland aktionsunfähig zu machen? Genau acht. Und wieviele für die übrigen westeuropäischen Länder? Nicht mehr ... Wenn man von der Hypothese ausgeht, daß die Vereinigten Staaten trotz allem dasjenige Land wären, welches am wenigsten unter einem Krieg zu leiden hätte, was geschähe dann mit Europa? Die führenden amerikaschen Militärs wollen sich auf Kosten der Deutschen, der Engländer, der Franzosen, der Spanier usw. retten; aber ist eine solche Aussicht für die europäischen Völker nicht wenig verlockend?" Chrustschow kam dann noch auf die Frage der Raketen-Abschußrampen zu sprechen: „ Wenn wir, die Sowjetunion, Verluste hätten, so wären demgegenüber die westeuropäischen Mächte buchstäblich vom Erdboden verschwunden, die ersten Leidtragenden aber wären jene Länder, auf deren Territorien die USA Raketenabschußrampen errichtet haben. Eine Lösung der gegenwärtigen Situation durch einen Krieg zu suchen, heißt eine Politik des Wahnsinns betreiben, und für Wahnsinnige bleibt nur Platz im Irrenhaus."

Für einen Besuch

Vor 1800 Delegierten des FDJ-Parlaments erklärte Walter Ulbricht am 17. Mai in Rostock: „Wir überlassen es Herter, zu entscheiden, ob die Vereinigten Staaten eine Entspannung und ein friedliches Nebeneinander der Völker befürworten wollen oder nicht. Es ist deshalb notwendig, daß sich die Vereinigten Staaten nicht nur darüber orientieren lassen, was in Westdeutschland vor sich geht, sondern daß ihre Vertreter auch die Deutsche Demokratische Republik besuchen, um sich über die Durchführung des Potsdamer Abkommens informieren zu lassen." Herter habe erklärt, das ostdeutsche Wahlsystem gefalle ihnen nicht; andererseits gebe es jedoch Leute, denen das westdeutsche Wahlgesetz nicht gefalle. Verschiedene Wahlsysteme seien noch kein Grund, normale Beziehungen zu unterlassen. „Die USA pflegen normale Beziehungen zur SU, obschon man nicht behaupten kann, daß das sowjetische Wahlsystem dem amerikanischen Staatssekretär besonders gut gefalle."

Comecom

Anläßlich des 10. Jahrestages des Comecoms der Oststaaten wurde vom Büro der Organisation eine Presseinformation herausgegeben, die am Schluß die Bestrebungen in folgender Weise zusammenfaßt: „Unsere Wirtschaftsexperten bekämpfen die Tendenzen der einzelnen Staaten, alles selbst zu produzieren, und versuchen, eine Verteilung der verschiedenen Produktionen schrittweise vorzunehmen. So intensiviert Polen, der wichtigste Kohlenlieferant des Ostblocks, die Kohlenproduktion und den Bergbau und entwickelt den Schiffsbau. Die Tschechoslowakei exportiert bedeutende Mengen von Industrieausrüstungen. Das rohstoffarme Ungarn liefert mechanische Konstruktionen, während Rumänien sein Erdöl und das Material für die Erdöleinrichtungen exportiert. Die DDR schließlich produziert, getreu der alten Tradition Ostdeutschlands, Industrie- und Eisenausrüstungen."

Im Gorki-Park

Vom 13. bis 24. Mai hat im Moskauer Gorki-Park eine Industrieausstellung stattgefunden, die das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung veranstaltete. An der Ausstellung beteiligten sich rund 250 Unternehmungen, deren Ausstellungsgüter in 17 Waggons nach Moskau gingen. Gezeigt wurden Papiermaschinen, Eisen- und Metallwaren, Chemikalien und elektrische Apparate sowie Erzeugnisse der Optik, der Feinmechanik und der Konfektions-Industrie. Die Ausstellung verfolgt den Zweck, den Rückschlag auszugleichen, den der Handel zwischen Österreich und Rußland im Jahre 1958 infolge eines Rückgangs der Exporte um 22,7 % erlitten hat.

Freundschaft

Vor einer Versammlung des Verbandes irakischer Industrien erklärte Ministerpräsident Kassem am 15. Mai: „Wir werden unseren Boden mit unseren eigenen Kräften verteidigen. Der Irak wird eine neutrale Stellung zwischen Ost und West einnehmen. Wir werden auf eine Stärkung der Freundschaft mit kommunistischen Ländern hinarbeiten. Wir sind auch Freunde der westlichen Länder, die ihrerseits unsere Freunde sein möchten. Wir wollen nicht ein aggressives Land sein. Wir werden unsere Kräfte für die Verteidigung des Friedens einsetzen und nicht etwa für eine Aggression." — Ende April hatte der neue Präsident der Iraq Petroleum Co. Lord Monckton als Ergebnis einer Inspektionsreise nach Bagdad und eines Gesprächs mit General Kassem berichtet, er sehe keine unmittelbare Gefahr der Verstaatlichung der Erdöl-Industrie im Irak . . . Es sei nicht einmal die Frage einer Revision des Gewinnverteilungsprinzips auf der Fifty-Fifty-Basis angeschnitten worden.

Anfang eines Verfahrens . . .

William Fullbright, der Vorsitzende der Außenpolitischen Kommission des Senats, erklärte am 26. April in einem Radio- und Fernseh-Interview, eine west-östliche Gipfelkonferenz werde zu Beginn wahrscheinlich keine Probleme lösen können. Sie solle jedoch der Anfang eines Verfahrens sein, das mit der Zeit eine bessere Verständigung mit den Kommunisten herbeiführen wird.

Entspannungsdiplomatie

Aneurin Bevan als Labour-Sprecher, und Jo Grimond, der Leader der Liberalen, erklärten sich am 27. April in der Unterhausdebatte für ein energisches Fortsetzen der Entspannungsdiplomatie. Bevan fügte hinzu, eine Labour-Regierung würde sofort auf alle nuklearen Experimente verzichten. Jo Grimond sagte, der defaitistische Glaube müsse ausgerottet werden, Westeuropa und die Nato würden einen Kollaps erleiden, wenn sie nicht mehr durch amerikanische Truppen gestützt wären.

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 7. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 1,50 DM, zuzüglich 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15—17 Uhr. Druck: F. W. Wesel, Baden-Baden.